

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

8'73 AUGUST



Dürre und Hunger

Bilder von verendetem Vieh und von zum Skelett abgemagerten Tieren gehen in diesen Wochen um die Welt. Eine vierjährige Trockenzeit in den Ländern der Sahel-Zone am Südrand der Sahara hat die Viehherden dezimiert und die Menschen in eine Hungersnot gestürzt. Die Dürre-katastrophe setzte eine internationale Aktion zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in Gang. Aus der Bundesrepublik wurden viele Tonnen Milchpulver und Getreide in diese Gebiete geliefert. Mit Beginn der Regenzeit sind neue Probleme entstanden: Die tropischen Regengüsse machen Straßen unpassierbar; aus den ausgetrockneten Bachrinnen werden reißende Ströme.



Leben und Tod wohnen in der Sahara eng beieinander.



Einmal täglich werden Hirse und Milchpulver ausgeteilt.

Der ohnehin schwierige Transport der Hilfsgüter durch LKW ist erschwert und in entlegenen Gebieten unmöglich geworden.

Die Bundesregierung hat für die schnelle Weiterbeförderung gespendeter Nahrungsmittel aus den westafrikanischen Häfen in die Notstandsgebiete Maschinen der Bundesluftwaffe bereitgestellt. So beteiligten sich im Juli zwei Transall an der von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft veranlaßten Luftbrücke in Obervolta. Im August werden weitere sechs Transall voraussichtlich in Niger und Tschad eingesetzt. Auf dem Hinflug transportierten die Flugzeuge die vom Diakonischen Werk, vom Caritasverband und vom Deutschen Roten Kreuz gespendete Kindernahrung im Werte von rund 250 000 DM, die besonders dringend benötigt wird.

Für die zur Sahel-Zone gehörenden Randgebiete Marokkos und Senegals hat die Bundesregierung die Maßnahmen der kirchlichen Hilfsorganisationen und des DRK koordiniert; sie trägt auch die Seetransportkosten. MS „Zagora“ brachte 75 mt Magermilchpulver nach Casablanca, Catholic Relief Services für Marokko leitete es unmittelbar in die von akuten Versorgungsschwierigkeiten besonders betroffene südliche Hälfte des Landes. Für hilfsbedürftige Klein-

in Westafrika

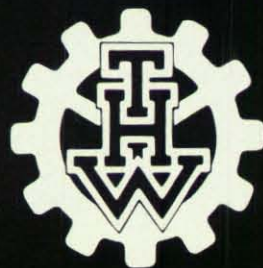
kinder bis zu sechs Jahren und für schwangere Mütter in den Dürregebieten Senegals hat der Senat von Berlin 10 mt Milchpulver gespendet, das auf Kosten des Bundes mit MS „Katjana“ von Bremen nach Dakar transportiert wurde.

Wenn auch die akute Not mit internationaler Hilfe gelindert werden mag — es wird Jahre dauern, ehe sich die Länder von den Folgen der Katastrophe erholt haben werden. Neue Wasserquellen müssen erschlossen, weite Gebiete zur Wiederherstellung der Bodenqualität wieder aufgeforstet werden. Aus eigener Kraft sind die vor dem Ruin stehenden afrikanischen Staaten dazu kaum in der Lage. -ws-



Die Dürre hat die Viehherden dezimiert.

MAGAZIN 8'73



Aus dem Inhalt

Seite 4:

„Fest in den Grundsätzen“ — Die Bundesregierung zur zivilen Verteidigung. Antwort auf eine Kleine Anfrage der parlamentarischen Opposition zu Grund- und Einzelfragen.

Seite 11:

„Paddeln, staken, wriggeln, treideln“ — In Hoya lernen Helfer des Katastrophenschutzes das Fahren auf dem Wasser und das Retten aus Wassergefahr.

Seite 19:

„Zentrale Führung — Politische Kontrolle“ — Die Zivilverteidigung in der DDR. Eine Neuerscheinung mit wertvollen Informationen.

Seite 21:

„Der Puls verrät es“ — Pulszahl, -qualität und -rhythmus geben aufschlußreiche Hinweise.

Seite 23:

„Klopfschellen weisen den Weg“ — Auf der Suche nach einem zuverlässigen Bergegerät.

Seite 28:

„Französische Gäste im Kreis Aachen“ — Zivilschutz aus der Bretagne erwiderte Besuch. Ein Gast nannte die Freundschaft „EWG des Herzens“.

Seite 32:

„Leserbriefe — Lesermeinung“

Seite 70:

„Geballte Löschkraft“ — Ein neues Feuerlöschboot für die Stadt Duisburg.

Impressum

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz
5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Werner Koller
Dr. Werner Schiefel

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek — Reinhold Budde
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Verlag P. A. Santz,
599 Altena, Postfach 137
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

Anzeigenverwaltung:

BAUVERLAG GMBH — ZS 55.1
62 Wiesbaden 1, Postfach
Wittelsbacherstraße 10
Tel. (0 61 21) 3 95 15 < 7 49 51 >
Telex: 04 186 792

Anzeigenleiter: Manfred W. Kleinfeld
Anzeigen-Preisliste Nr. 2 — gültig
ab 1. 7. 1973

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit

Genehmigung der Redaktion gestattet.
Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.
Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind
5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.
Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.



Tatsächlich verbreitete
Auflage: 106.100 Exemplare
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Das ist das FuG 10. Von Bosch.

Polizei, Feuerwehr, DLRG, DRK... sie fordern, Bosch liefert. Ein bißchen mehr als das Soll verlangt; ein bißchen mehr als das Pflichtenheft zum Beispiel.

Typisch Bosch. Die Konzeption: Zukunftssichere TDH-Technik* in modernem, funktionalem Design. Das bedeutet Leistung und Bedienungskomfort.

Das FuG 10 und das KF mini dokumentieren, was möglich ist, wenn Bosch Probleme löst. Dabei kommt Bosch die Erfahrung aus der technologischen Forschung zugute.

Die höchsten Qualitätsforderungen stellt Bosch selbst. Deshalb ist jedes Detail „made by Bosch“. Das ist einmalig.

* Tantal-Dünnschicht-Hybrid-Technik

BOSCH



Bosch-Funk überall

BOSCH

Coupon:

Boschfunk: mehr als 100 Servicestellen im Bundesgebiet. Und eine ist immer in Ihrer Nähe. Sagen Sie uns, was Sie wünschen:

- ausführliche Informationsschriften
- ein unverbindliches Informationsgespräch mit unserem Boschfunk-Fachberater

Robert Bosch Elektronik GmbH
Abt.: WEB 1 Berlin 33
Forckenbeckstraße 9-13



UMSCHAU

DRK stellt neue Bundesschule vor

Mit der 23. Ordentlichen Bundesversammlung im Juni 1973 stellte das Deutsche Rote Kreuz die neue Bundesschule in Meckenheim-Merl bei Bonn erstmalig der Öffentlichkeit vor. Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky wurde von der Bundesversammlung in seinem Amt als Präsident des DRK erneut bestätigt. In seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1972 stellte Generalsekretär Dr. Anton Schlögel diesmal den Blutspendedienst besonders heraus, der am 9. März 1951 zuerst von den DRK-Landesverbänden Nordrhein und Westfalen-Lippe nach eingehenden Studien im Ausland gegründet wurde.

Inzwischen verfügen sieben DRK-Blutspendedienste über 13 Zentralen, deren Zahl in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird. Die Zahl der Blutspenden stieg auf 1,3 Millionen im Jahre 1972 — eine Zunahme von 164 000 gegenüber 1971. Auch der Mitgliederstand ist auf 2 267 995 angewachsen — nicht mitgerechnet wurde dabei das Jugendrotkreuz mit seinen 280 000 in Schulen mitarbeitenden Jugendlichen und 54 000 Gruppenmitgliedern. Die Grüße der Bundesregierung überbrachte Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, der die Arbeit des DRK in der Hilfe am Nächsten würdigte. Er erklärte u. a.: „Ich weiß kein schöneres Wort, diese Haltung zu würdigen, als eines, das Sie als Inschrift auf einer israelischen Medaille finden können, die für Taten der Humanität verliehen wird: „Wer ein einziges Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt.“ Ich will eine Gelegenheit wie diese nicht vorübergehen lassen, ohne zu sagen, daß unsere Gesellschaft die Leistungen des Roten Kreuzes nicht als etwas Selbstverständliches verstehen darf, sondern gerade das Außergewöhnliche daran erkennen und

respektieren muß. Wir haben uns angewöhnt, bei Unglücks- und Katastrophenfällen aller Art einfach mit dem Roten Kreuz zu rechnen. Und könnte es nicht sogar sein, daß es unter uns Menschen gibt, die ihr schlechtes Gewissen über eigene Untätigkeit damit beruhigen, daß sie sagen: Das Rote Kreuz wird schon alles in Ordnung bringen. Dieses Denken ist gefährlich. Das Rote Kreuz ist nicht der verlängerte Arm des Staates im humanitären Bereich, sondern es wächst aus der Gesellschaft, es ist Teil der Gesellschaft, und es kann nur soviel Hilfe leisten, wie die Gesellschaft insgesamt aufzubringen bereit ist. Der Staat kann dabei nur Partner sein, und diesen Willen der Bundesregierung zur Partnerschaft will ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit unterstreichen.“

Der Minister erntete nicht nur den Beifall der Jugend, als er sagte: „Diese junge Generation zeichnet sich durch ein starkes, nach Aktion drängendes Engagement aus. Ich bin froh, daß es so ist. Aber ich wehre mich dagegen, daß in der Öffentlichkeit nur diejenigen zur Kenntnis genommen werden, die ihre Handlungsanleitungen bei Che Guevara oder Mao Tse-Tung suchen. Ich meine, daß eine Institution wie das Jugendrotkreuz mit seinen vielen tausend jugendlichen Helfern auch einmal das Interesse der Öffentlichkeit verdient. Und denjenigen, die allzu schnell geneigt sind, über eine junge Generation den Stab zu brechen, weil sie anders ist als wir, muß ich sagen: Nicht die Rathausstürmer von Bonn sind typisch für diese Generation, das Jugendrotkreuz ist es viel mehr. Das Rote Kreuz ist als Idee für junge Menschen attraktiv. Hier ist kein Klub von zwar liebenswürdigen, aber gänzlich unpolitischen Samaritern versammelt, sondern hier sitzen Menschen, denen die politische Dimension ihres Handelns voll bewußt ist.“

Brandschutzseminare

Im „Haus der Technik“ in Essen findet am 12. und 13. September ein Seminar über „Programmierten Feuerschutz“ statt, bei dem es um das Feuerschutzprogramm für moderne Industriebetriebe geht.

Am 6. Dezember findet an gleicher Stelle ein Seminar über „den baulichen Brandschutz im Industriebetrieb“ statt. Beide Seminare werden geleitet von Brand-Ing. Fritz

Isterling, Urach/Württ. Interessenten wollen sich bitte direkt an das „Haus der Technik“, 43 Essen, Postfach 767, wenden.

Neue Notrufsäule

Neu sind diese Notrufsäulen, die jetzt an den holländischen Autobahnen im 2-km-Abstand aufgestellt werden. Wer eine Panne hat, braucht nur einen Knopf zu drücken und ist dann sofort mit einer der 14 Hilfs-



stationen des holländischen Autoclubs ANWB verbunden. Der Clou dieser formschönen Notrufsäule: durch die besondere Anordnung der Hörmuscheln im Stereo-Look kann man auch bei größtem Verkehrslärm jedes Wort verstehen. ADAC

Kampf dem Methodik-Muffel

Mit den Worten: „So, wir bauen heute einen Dreibock!“ begann der Ausbilder.

„Was ist das: ein Dreibock?“, fragte darauf ein Helfer.

„Das ist das, was wir jetzt bauen wollen!“, war die banale Antwort. Auf weitere bohrende Fragen antwortete der Ausbilder dann noch:

„Ein Dreibock ist ein Gerüst mit 3 Beinen!“

Diese Situation ist keinesfalls erdacht — der Verfasser hat sie selbst erlebt. Und der Ausbilder war ansonsten keinesfalls so einfallslos wie seine obigen Antworten! Ihm lag es nur nicht, einen Dreibock mit Worten zu beschreiben. Und das geht vielen so! Wie kann man sich helfen — was fehlt hier?

„Ein Bild sagt mehr als tausend

Fortsetzung auf Seite 31

Die Bundesregierung
zur zivilen
Verteidigung

Fest in den Grund- sätzen

Antwort auf eine
Kleine Anfrage der
parlamentarischen
Opposition
zu Grundsatz-
und Einzelfragen

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Gerlach (Obernau), Vogel (Ennepetal), Dr. Miltner, Dr. Schneider, Handlos, Dr. Wittmann (München) und der Fraktion der CDU/CSU antwortete der Bundesminister des Innern im Namen der Bundesregierung am 11. Juli 1973. Hans-Dietrich Genscher nahm bei dieser Gelegenheit zu einigen Grundsatz- und Einzelfragen des zivilen Bevölkerungsschutzes Stellung. Die Antwort auf die Kleine Anfrage bringt das ZS-MAGAZIN nachstehend im vollen Wortlaut:

Zu den unverzichtbaren Maßnahmen des Bundes gehört auch die Arzneimittelbevorratung.

Im Namen der Bundesregierung beantwortete Bundesinnenminister Genscher — hier bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ — eine Kleine Anfrage zur Situation der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland.



Die Bundesregierung hält an ihrem im Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland vom 25. Mai 1972 dargelegten Grundsätzen unverändert fest, daß die zivile Verteidigung ein untrennbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung ist. Dies wird um so deutlicher, als das Gewicht der zivilen Verteidigung im Vergleich zu früher erstmals in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 seinen Niederschlag gefunden hat. Im Weißbuch der Bundesregierung zur zivilen Verteidigung, in der o. a. Regierungserklärung und in meinem Arbeitsprogramm für die 7. Wahlperiode vermag ich eine unterschiedliche Bewertung von Funktion und Aufgaben der zivilen Verteidigung nicht zu erkennen. Die vollständige Aussage in der Regierungserklärung lautet: „Die Freiheit, an Entspannung und

Ausgleich mitzuwirken, wird uns nicht geschenkt. Wehrpflicht, Verteidigungshaushalt und Zivilverteidigung betrachten wir nicht nur als Notwendigkeit, sondern als sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft unserer Bürger; er hilft unserer Friedensarbeit.“ Die Bundesregierung hat dadurch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Vorkehrungen der zivilen Verteidigung nicht nur auf den Verteidigungsfall abgestellt sind, sondern auch schon in Friedenszeiten für den Schutz der Bevölkerung sinnvoll genutzt werden können. Diesen Grundsätzen entspricht die Überzeugung der Bundesregierung, daß die zivile Verteidigung über den bisherigen Rahmen hinaus weiterer finanzieller Förderung bedarf. Sie hat deshalb die bis 1969 sinkende Ausgabenentwicklung beendet und ab

1970 die Haushaltsmittel verstärkt. Wenn sich trotzdem die Relation zu den Ausgaben der militärischen Verteidigung ungünstiger darstellt, ist dies auf die relativ höheren Zuwachsraten im militärischen Haushalt zurückzuführen. Gleichwohl strebt die Bundesregierung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und politischen Zielvorstellungen eine Verbesserung des Verhältnisses an. Damit würde auch eine gewisse Unruhe bei den freiwilligen Helfern beseitigt werden, die aus der nach ihrer Ansicht z. Z. nicht ausreichenden finanziellen Verstärkung und nicht etwa aus dem Gefühl einer unterschiedlichen minderen Bewertung der zivilen gegenüber der militärischen Verteidigung zu erklären ist. Ein Beweis dafür ist die nach wie vor vorhandene Bereitschaft zur Mitarbeit im Katastrophenschutz. Insgesamt 1,1 Mio freiwillige Helfer stehen zur Verfügung. Besonders erwähnenswert ist dabei die darin enthaltene verhältnismäßig hohe Zahl von rd. 17 000 Wehrpflichtigen pro Jahr, die hier einen dem Wehrdienst gleichwertigen Dienst leisten. Diese Zahl liegt immerhin mehr als eineinhalbmal so hoch, wie die Zahl der zur Zeit verfügbaren Plätze im Zivildienst. Die Einzelfragen beantworte ich wie folgt:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Gesamtsituation der zivilen Verteidigung?

Zivile und militärische Verteidigung sind gleichwertige, untrennbare und unverzichtbare Teile der Gesamtverteidigung. Da die zivile Verteidigung die ihr zufallenden Aufgaben erfüllen muß, wird die Bundesregierung um die dafür notwendige finanzielle Ausstattung bemüht sein. Die seit 1962 rückläufige Haushaltsentwicklung der zivilen Verteidigung und zwar:

1962	1966	1968	1969
in Mio DM			
786	556	440	432

hat 1969 ihren Abschluß gefunden. Ab 1970 konnte eine allmähliche Erhöhung der Haushaltsansätze erreicht werden:

1970	1971	1972	1973
in Mio DM			
436	505,7	500,4	548,3

Danach hat der Haushalt der zivilen Verteidigung im Jahre 1973 eine deutliche Steigerung des Finanzvolumens zu verzeichnen. Die absolute Priorität der Stabilitätspolitik verhindert vorerst eine weitere



Das Wassersicherungsgesetz ermöglicht Maßnahmen der Vorsorge im Frieden, die dem Schutz und der Versorgung der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte im Verteidigungsfall dienen. Der Schwerpunkt liegt bei der Wasserversorgung.



Die Sorge der Bundesregierung gilt ganz besonders der Gewährleistung der Ausbildung der Helfer. Sie wird sich intensiv darum bemühen, daß die Lehrveranstaltungen am Standort und die Lehrprogramme an den Katastrophenschutzschulen der Länder aufrechterhalten werden können.

Verbesserung des Plafonds und erlaubt der Bundesregierung deshalb eine nur angemessene Korrektur der Ansätze.

Unter diesem Aspekt sind die Steigerungsraten des geltenden Finanzplans 1974 bis 1976 zu sehen:

	1974	1975	1976
in Mio DM	558,1	563,4	575,7

Die gleichen Gesichtspunkte gelten auch für das Ausgabenverhältnis zwischen ziviler und militärischer Verteidigung, das sich wie folgt darstellt:

1970	1 : 44
1971	1 : 43
1972	1 : 49
1973	1 : 48
1974	1 : 50
1975	1 : 51
1976	1 : 52

Wie bereits ausgeführt, ist trotz Erhöhung des Plafonds der zivilen Verteidigung eine Verbesserung der Relation deshalb nicht eingetreten, weil die Zuwachsraten für die militärische Verteidigung unverhältnismäßig höher liegen. Das findet nicht zuletzt darin seine Begründung, daß der Personalanteil im militärischen Haushalt unvergleichbar größer ist.

2. Hält die Bundesregierung die freiwillige Mitarbeit in der zivilen Verteidigung lediglich für einen „sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft“ oder für eine unverzichtbare Gemeinschaftsleistung zum Schutz vor Katastrophen, die einer erfreulichen staatsbürgerlichen und solidarischen Grundhaltung entspricht?

Die Bundesregierung hält die freiwillige Mitarbeit in der zivilen Verteidigung in erster Linie für eine unverzichtbare Gemeinschaftsleistung im Rahmen der Sicherheits- und Entspannungspolitik. Dies widerspricht nicht dem Grundsatz, daß die zivile Verteidigung auch dem Schutz des Menschen gegen Katastrophen aller Art zu dienen hat und somit auch bereits im Frieden als sinnvolles Instrument für derartige Situationen zur Verfügung steht.

Das bedeutet gleichzeitig, daß die Bundesregierung die Mitbürger, die sich freiwillig und uneigennützig bereitgefunden haben, in der zivilen Verteidigung bei Katastrophen- und Notfällen jeder Art zu helfen, unterstützen und ihre im besten Sinne staatsbürgerliche und solidarische Grundhaltung ermutigen wird, wo immer es möglich ist.

3. Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die im Weißbuch zur zivilen Verteidigung



In den Organisationen des Katastrophenschutzes wirken z. Z. rd. 1,1 Millionen freiwillige Helfer mit. Ein Teil hat sich schon bei Hilfsaktionen im In- und Ausland hervorragend bewährt.



Die vom Katastrophenschutzgesetz vorgeschriebene Einordnung der Einheiten und Einrichtungen des bisherigen Luftschutzhilfsdienstes in den Katastrophenschutz der kreisfreien Städte und Landkreise ist bereits verwirklicht worden.

und im Negativkatalog des Deutschen Städtetages aufgezeigten Mängel zu beseitigen?

Ich habe darauf hingewiesen, daß die Haushaltsentwicklung der zivilen Verteidigung ab 1970 eine steigende Tendenz aufweist. Die Bundesregierung hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie um die weitere Verbesserung des Finanzvolumens bemüht bleibt, soweit dies im Rahmen der gegenwärtigen Haushaltssituation und des Stabilitätsprogramms vertretbar ist.

Das bedeutet, daß sie sich zunächst auf Schwerpunkte beschränken muß, d. h. im wesentlichen auf die Maßnahmen, die unmittelbar Leben und Gesundheit möglichst vieler Menschen sichern und auch im

Frieden hohen Nutzwert haben. Deshalb wird vor allem der Katastrophenschutz einschließlich des Hubschrauberrettungsdienstes gefördert. Aber auch der öffentliche Schutzraumbau darf nicht außer Betracht bleiben. Auf diese Gebiete entfallen folgerichtig wesentliche Teile der seit 1970 bewilligten Ausgaben

	Kap. 3604 ZV-BMI	Katastrophenschutz (in Mio DM)	öffentlicher Schutzbau
1970	182,1	80,9	29,0
1971	236,5	96,9	37,5
1972	212,9	107,2	32,8
1973	233,9	109,5	35,0

Die Schwerpunktausbildung hat aber dort ihre Grenzen, wo unverzichtbare Vorsorgemaßnahmen anderer Bereiche der zivilen Verteidigung

(z. B. Arzneimittelbevorratung, Trinkwasserversorgung) in ihrer Substanz beeinträchtigt würden. Hinsichtlich der im Negativkatalog des Deutschen Städtetages aufgezeigten Mängel darf ich darauf hinweisen, daß — soweit die Hinweise berechtigt sind — auch hier nur im Rahmen der verfügbaren Mittel Abhilfe geschaffen werden kann. Entsprechende Erörterungen über die Beseitigung der Mängel haben mit dem Deutschen Städtetag bereits stattgefunden; durch ständige Kontakte wird auch weiterhin gemeinsam eine Lösung der Probleme angestrebt werden.

4. Inwieweit ist bisher das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 sachgerecht und wirkungsvoll durchgeführt, bzw. welche Gründe stehen bisher noch seinem praktischen Vollzug entgegen?

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung sich wegen seiner gleichermaßen großen Bedeutung im Verteidigungsfall und im Frieden um den Katastrophenschutz bemüht. Sie hat erst unter dem 28. Mai 1973 wieder dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages einen umfassenden Bericht über Konzeption und Stand des Katastrophenschutzes vorgelegt. Die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen für den Vollzug des Katastrophenschutzes sind im wesentlichen geschaffen.

So hat der Bundesminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrates fünf allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen, und zwar am 11. Mai 1971 die Verwaltungsvorschrift über Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes und am 27. Februar 1972 die Verwaltungsvorschriften über Organisation, über die zusätzliche Ausstattung, über die zusätzliche Ausbildung und über die Kosten der Erweiterung des Katastrophenschutzes.

Zum Vollzug der Verwaltungsvorschriften sind weitere Einzelregelungen über Ausbildung, Ausstattung sowie technische und finanzielle Fragen erforderlich. Diese Bestimmungen soll das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz erlassen. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der es hierzu ermächtigt, liegt dem Bundestag vor. Verwirklicht worden ist auch bereits die vom Katastrophenschutzgesetz vorgeschriebene Einordnung der Einheiten und Einrichtungen des bisherigen Luftschutzhilfsdienstes in den Katastrophenschutz der kreis-



Aufgrund des günstigen Verlaufs der Modellversuche mit Rettungshubschraubern soll jetzt der endgültige Aufbau eines Hubschrauberrettungsdienstes im gesamten Bundesgebiet in Angriff genommen werden. Das Soll beträgt 20 Maschinen.



Bei der Fachdienstausstattung und der persönlichen Ausstattung ist die Lage ähnlich wie bei den Fahrzeugen. Es wird noch erheblicher finanzieller Anstrengungen bedürfen, dringend erforderliche Verbesserungen durchzuführen.

freien Städte und Landkreise; sie stehen damit uneingeschränkt auch für Zwecke des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zur Verfügung, während sie bisher nur für den V-Fall vorgehalten wurden.

Nach der gegenwärtigen Haushaltslage ist eine volle Verwirklichung der Konzeption des KatSG nicht möglich. Es können aber gewisse Schwerpunktaufgaben auf dem Ausrüstungs-, Ausbildungs- und Unterbringungssektor durchgeführt werden. Auch dies ist nur langfristig möglich. Zu diesem Zweck wurde ein auf zehn Jahre ausgerichtetes Sach- und Finanzierungsprogramm erarbeitet.

Eine dieser Schwerpunktaufgaben möchte ich hier kurz darlegen: Es handelt sich um die Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungswesen. Neue Ausstattungsgegenstände werden insbesondere daran gemessen, ob sie auch für die Hilfeleistung im Frieden, vor allem bei den tagtäglichen Notfällen eingesetzt werden können. Dieser Gesichtspunkt einer effektiven Verwendung des Potentials trifft auf den Hubschrauberdienst in besonderem Maße zu. Die seit Dezember 1971 unter Mitwirkung des ADAC, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser-Hilfsdienstes und der Berufsfeuerwehr Frankfurt laufenden Modellversuche in Köln, Frankfurt und Hannover haben positive Ergebnisse gebracht. Die Maschinen haben sich als Ergänzung des bodengebundenen Rettungsdienstes voll bewährt. Sie fliegen jeweils rd. 1000 Einsätze pro Jahr.

Jede von ihnen bewahrt in diesem Zeitraum etwa 100 Menschen vor dem sicheren Tode. Über Konzeption und Ergebnisse dieser Modellversuche habe ich kürzlich dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages einen ausführlichen Bericht erstattet.

Aufgrund des günstigen Verlaufs der Modellversuche soll jetzt der endgültige Aufbau eines Hubschrauberdienstes im gesamten Bundesgebiet in Angriff genommen werden. Rund 20 Maschinen werden als das erforderliche Soll angesehen. Wenn zu den bisherigen drei beziehungsweise vier Maschinen, wenn man die nach völlig gleichen Prinzipien organisierte Station des ADAC in München einschließt — in diesem Jahr weitere drei Hubschrauber hinzukommen, wird bereits ein Drittel des in Aussicht genommenen Endbestandes beschafft sein.

5. Wie viele Helfer stehen bisher in den Hilfsorganisationen nach dem Katastrophenschutzgesetz tatsächlich zur Verfügung, und in welchem Umfang ist deren Ausrüstung mit Fahrzeugen und Gerätschaften sowie ihre Schulung und Ausbildung gewährleistet?

In den Organisationen wirken z. Z. rd. 1,1 Millionen freiwillige Helfer mit. Ein Teil hat sich bei Hilfsaktionen im In- und Ausland hervorragend bewährt.

Angesichts der Knappheit der Haushaltsmittel konnte für die Maßnahmen des Bundes zugunsten des einheitlichen Katastrophenschutzes nicht von den 1.1 Millionen Helfern ausgegangen werden.

Vielmehr mußte vorerst nur auf eine Helferzahl, die einem Prozent der Bevölkerung entspricht, das sind etwa 600 000 Helfer, abgestellt werden. Es steht außer Zweifel, daß diese Helferzahl — legt man die größtmöglichen Schadensbilder zugrunde — für die Abwehr der im V-Fall drohenden Gefahren und Schäden noch nicht ausreicht.

Soweit Ausrüstung und Ausbildung der 600 000 Helfer zu Lasten des Bundes gehen, darf ich zu den Grundsätzen folgendes sagen: Bis zu zwei Drittel der Gesamtstärke werden die von den Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften vorgehaltenen Einheiten und Einrichtungen mit zusätzlicher



Fahrzeuge und Gerätschaften der Basisorganisationen sind zum Teil überaltert. So stehen z. B. rd. 9000 Fahrzeuge zur Aussonderung an, die älter als 15 Jahre sind.



Die personelle Ausstattung des THW entspricht noch nicht seiner Bedeutung und seinen Aufgaben. Die Bundesregierung hofft, daß in den mit dem Bundesfinanzministerium z. Z. stattfindenden Verhandlungen in absehbarer Zeit eine Lösung erreicht wird.

Ausstattung und Ausbildung versehen. Diese als Ergänzung bezeichnete Maßnahme konnte mit Ausnahme einer geringfügigen Schulung auf Bundes- und Landesebene wegen der Haushaltssituation noch nicht in Angriff genommen werden.

In einem Umfang von einem Drittel der Gesamtstärke sind neue Einheiten und Einrichtungen auf Kosten des Bundes aufzustellen und von Grund auf auszurüsten und auszubilden. Auf diese als Verstärkung bezeichnete Maßnahme sind die bereits vorhandenen Einheiten und Einrichtungen des früheren LSHD, des THW und des DRK-Hilfszuges anzurechnen.

Deren Helfer verfügen in der Regel über eine abgeschlossene Erstausbildung und sollen sich nunmehr der laufenden Fortbildung unterziehen. Die Sorge der Bundesregierung gilt ganz besonders der Gewährleistung dieser Ausbildung. Sie wird sich intensiv darum bemühen, daß die Lehrveranstaltungen am Standort und die Lehrprogramme an den Katastrophenschutzschulen der Länder aufrechterhalten werden können.

Die Ausstattung der Helfer ist komplettierungsbedürftig, worauf ich bei Beantwortung der Frage 6 noch näher eingehen werde.

Nach dem von mir bereits erwähnten Zehn-Jahres-Programm wird die Bundesregierung der Ergänzung der friedensmäßigen Katastrophenschutzkräfte um zusätzliche Ausrüstung und Ausbildung Priorität einräumen.

6. In welchem Umfang sind bisher Fahrzeuge und Gerätschaften der Einheiten und Basisorganisationen überaltert, und welche Pläne hat die Bundesregierung für notwendige Ergänzungen und Neubeschaffungen?

Hier wird ein Problem angesprochen, das die Bundesregierung mit Sorge erfüllt. Durch Versäumnisse in früheren Zeiten ist die Ausrüstung überaltert. So stehen z. B. rd. 9000 Fahrzeuge zur Aussonderung an, die älter als 15 Jahre sind. Im Haushalt 1973 sind für den Erwerb von Fahrzeugen Mittel in Höhe von 6 Mio DM veranschlagt. Es wird jedoch noch erheblicher finanzieller Anstrengungen bedürfen, um die Folgen früherer Versäumnisse zu beseitigen.

Bei der Fachdienstausrüstung und der persönlichen Ausrüstung ist die Lage ähnlich. Gerade in diesem Bereich sind nach Auffassung der Bundesregierung Verbesserungen dringend erforderlich.

7. Welche Verbesserungen plant die Bundesregierung beim Technischen Hilfswerk im personellen Bereich, Unterkunftswesen und in der Alarmierung, um seine Arbeit effektiver zu gestalten und die unzureichende Alarmierung und Unterbringung zu verbessern?

Die personelle Ausstattung des THW entspricht noch nicht seiner Bedeutung und seinen Aufgaben. Es ist jedoch zu hoffen, daß in den mit dem BMF z. Z. stattfindenden Verhandlungen in absehbarer Zeit eine Lösung erreicht wird.

Bei der ordnungsgemäßen Unterbringung des THW besteht ein erheblicher Nachholbedarf. Zur Behebung der Mißstände auf dem Unterkunftssektor hat die Bundesregierung daher ein Dringlichkeitsbauprogramm entwickelt. Danach sollen aus Rationalisierungsgründen fünf Mustertypen verwendet werden, die nach dem Baukastenprinzip durch Erweiterung eines Grundtyps gewonnen werden. Auf diese Weise können die Baukosten, die sich je nach Größe des Objekts auf 500 000 bis 700 000 DM belaufen, wesentlich gesenkt werden.

Die Bundesregierung ist auch bemüht, die Alarmierungsmöglichkeiten in den 575 Ortsverbänden des THW zu verbessern.

Bis Ende 1973 sollen alle Unterkünfte telefonisch erreichbar sein. (Bisher sind es nur 225 oder rd. 40 %). Möglichst bis Ende 1973 sollen auch für die privat oder dienstlich nicht erreichbaren 59 Ortsbeauftragten Telefonanschlüsse eingerichtet werden (bisher sind 506 Ortsbeauftragte oder 90 % erreichbar).

Ebenso schenkt die Bundesregierung einer Verbesserung der Alarmierungsmöglichkeiten über ein Funk-Alarmnetz besondere Aufmerksamkeit. Bisher ist diese Art der Alarmierung nur in rd. 23 % der Ortsverbände möglich. Es ist beabsichtigt, das THW möglichst an bereits vorhandene Einrichtungen von Gemeinden oder anderen Katastrophenschutzorganisationen anzuschließen. Wo dies nicht möglich ist, soll ein eigenes Alarmierungsnetz aufgebaut werden. Die Bundesregierung wird sich auch in diesem Bereich intensiv um Fortschritte bemühen. Mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird das Programm gleichwohl nur langfristig zu verwirklichen sein.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die jährliche Schutzzuwachsrate auf

dem Gebiet der zivilen Verteidigung im allgemeinen, beim Bau von Schutzräumen in Wohnhäusern und im Selbstschutz der Bevölkerung im besonderen?

Die durch die Bundesregierung im Weißbuch zur zivilen Verteidigung zum Ausdruck gebrachte Besorgnis, daß die baulichen Schutzmaßnahmen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus unzureichend sein werden, hat sich weiterhin nicht geändert. Wenn auch auf diesem Gebiet ein wesentlicher Schutzzuwachs nicht erreicht werden konnte, darf jedoch nicht übersehen werden, daß die an sich für den Verteidigungsfall zur Verfügung stehenden Kapazitäten an Personal und Material in einem weit größeren Umfang als bisher für Schadensfälle und Katastrophen im Frieden nutzbar gemacht werden. Diese positive Entwicklung, der ich Priorität einräume, möchte ich ganz besonders herausstellen.

Was den Bau von Schutzräumen betrifft, sind auch hier Verbesserungen aufzuweisen. Bei den Hausschutzräumen ergibt sich bei den fertiggestellten Schutzplätzen folgendes Bild:

1970	830	} Schutzplätze
1971	2680	
1972	3600	

Im öffentlichen Schutzraumbau hat das Mehrzweckprogramm eine derart große Resonanz gefunden, daß die vorhandenen Haushaltsmittel nicht ausreichen, allen Anträgen der Bauträger zu entsprechen. Für die Jahre 1970 bis 1972 sieht die Entwicklung wie folgt aus.

1970	3 607	} Schutzplätze
1971	14 983	
1972	16 507	

Ich möchte allerdings nicht unerwähnt lassen, daß dieser Schutzzuwachs in Neubauten nur durch entsprechende Reduzierung des Instandsetzungsprogramms für Schutzbauwerke aus dem 2. Weltkrieg möglich war.

Auf dem Gebiet des Selbstschutzes ist am 11. Mai 1971 mit Zustimmung des Bundesrates die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes erlassen worden. Damit steht den Gemeinden das Instrumentarium für die von ihnen eigenverantwortlich durchzuführenden Maßnahmen zur Verfügung. Ebenso hat die Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft am 6. Juni 1972 Empfehlungen herausgebracht, nach denen die

Betriebe im Rahmen ihrer Verantwortung für Schutz und Sicherheit der Beschäftigten einen betrieblichen Selbst- und Katastrophenschutz aufbauen und unterhalten sollen. Schließlich tragen die am 17. Oktober 1972 veröffentlichten Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden sowie die Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten mit dazu bei, daß die Bemühungen um einen funktions-tüchtigen Selbstschutz weiter voranschreiten.

9. Wieviel Prozent der Bevölkerung erlernen jährlich die wichtigsten Selbstschutzmaßnahmen, und wieviel Jahre wird es dauern, bis der Bevölkerung die notwendigen Selbstschutzkenntnisse vermittelt sind?

An den Selbstschutzlehrgängen, die der Bundesverband für den Selbstschutz durchführt, nehmen im Jahr durchschnittlich etwa 300 000 Personen teil; insgesamt haben diese Ausbildung etwas mehr als 2 Millionen durchlaufen. Eine Erfassung der gesamten Bevölkerung wird schon deshalb nicht möglich sein, weil die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiet des Selbstschutzes ausschließlich von der Bereitschaft des einzelnen abhängig ist, sich freiwillig einer solchen Ausbildung zu unterziehen. Die Einsicht hierfür ist nicht überall uneingeschränkt vorhanden. Zusätzlich sollen jährlich 1,2 Mio Bürger durch die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes in Erster Hilfe ausgebildet werden. Hier sollen als Zielvorstellung ständig 6 % der Bevölkerung gleich 3,6 Mio ausgebildete Personen verfügbar sein.

10. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die in der Praxis bewährten Selbstschutzzüge, die nach dem Willen der Bundesregierung aufgelöst werden sollen, unter Leitung der Kreisverwaltungsbehörde dem erweiterten Katastrophenschutz einzugliedern und damit die Selbstschutzzüge den Gemeinden im Interesse der Glaubwürdigkeit der Selbstschutzarbeit zu erhalten?

Die Selbstschutzzüge wurden in den Jahren 1961 — 1963 aufgestellt, als mit der gesetzlichen Einführung einer Selbstschutzpflicht zu rechnen war. Das Selbstschutzgesetz vom 9. September 1965 wurde aber, nachdem es zunächst suspendiert worden war, am 9. Juli 1968 aufgehoben. Damit hatte das Konzept der Selbstschutzzüge



Im Hinblick auf die einst geplante, dann aber nicht verwirklichte gesetzliche Einführung der Selbstschutzpflicht wurden Selbstschutzzüge aufgestellt. Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowohl über den Aufbau des Selbstschutzes durch die Gemeinden als auch über die Organisation des Katastrophenschutzes sehen jedoch weder Selbstschutzzüge noch andere Einheiten des Selbstschutzes vor.

seine Basis verloren. Die weitere Entwicklung zeigte, daß es schwierig war, den personellen Bestand der Züge auf freiwilliger Grundlage aufzubauen und zu erhalten. Außerdem hatte die starke Fluktuation der Helfer (meist Hausfrauen und Schüler) neben einem hohen Ausbildungsbedarf auch zur Folge, daß ein großer Teil der Züge (bei insgesamt 1095 Zugausrüstungen) nicht einsatzfähig war. Selbst dort, wo eine genügende Zahl von Helfern zur Verfügung stand, gelang es in der Mehrzahl der Fälle nicht, die Züge mit ihrer Ausrüstung so zu stationieren, daß die Helfer in erreichbarer Nähe, nämlich in dem betreffenden Wohn- und Einsatzbereich, vorhanden waren.

Das Katastrophenschutzgesetz vom 9. Juli 1968 entzog dem Bundesverband für den Selbstschutz, der bis dahin die Züge ausbildungsmäßig und organisatorisch betreut hatte, die Aufgabe der Organisation freiwilliger Helfer für den Selbstschutz und bestimmte, daß die Einheiten des Selbstschutzes grundsätzlich in den Katastrophenschutz einzugliedern seien, mit der Maßgabe, daß Einheiten, die nicht 75 Prozent des Aufstellungssolls erreichen oder die auf Grund ihrer Standorte für eine Einordnung nicht geeignet sind, aufgelöst werden können. Da die Frage des geeigneten Standorts (Zugausrüstungen und Helfer in demselben Einsatzbereich von ca.

5000 Einwohnern) in den meisten Fällen zu verneinen ist, käme eine Einordnung in den Katastrophenschutz nur in verhältnismäßig wenigen Fällen in Betracht. Diese wenigen, möglicherweise 100 bis 200 Züge würden zu den ursprünglich geplanten 7000 Zügen für das ganze Bundesgebiet in einem krassen Mißverhältnis stehen; ihr vereinzelt Vorhandensein wäre rein zufällig und könnte keine sinnvolle Konzeption tragen.

Für die Züge, die mit leichtestem Gerät (von Hand gezogene Löschkarren) ausgerüstet waren und keine Fahrzeuge besaßen, ist in den motorisierten Einheiten des Katastrophenschutzes kein Platz mehr. Andererseits zwingt die Haushaltslage zu einer Konzentration der zur Verfügung stehenden Mittel auf die wesentlichen Aufgaben des Katastrophenschutzes. Demzufolge sehen die mit Zustimmung des Bundesrates erlassenen allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowohl über den Aufbau des Selbstschutzes durch die Gemeinden als auch über die Organisation des Katastrophenschutzes weder Selbstschutzzüge noch andere Einheiten des Selbstschutzes vor.

Die Ausrüstung der früheren Züge kann jetzt besonders sinnvoll für die Verstärkung des Betriebsselbstschutzes im Bereich des Bundesministers für Verkehr eingesetzt werden.

Dr. Hermann Lorenz — Fotos: Günter Sers

Paddeln, staken, wriggeln, treideln

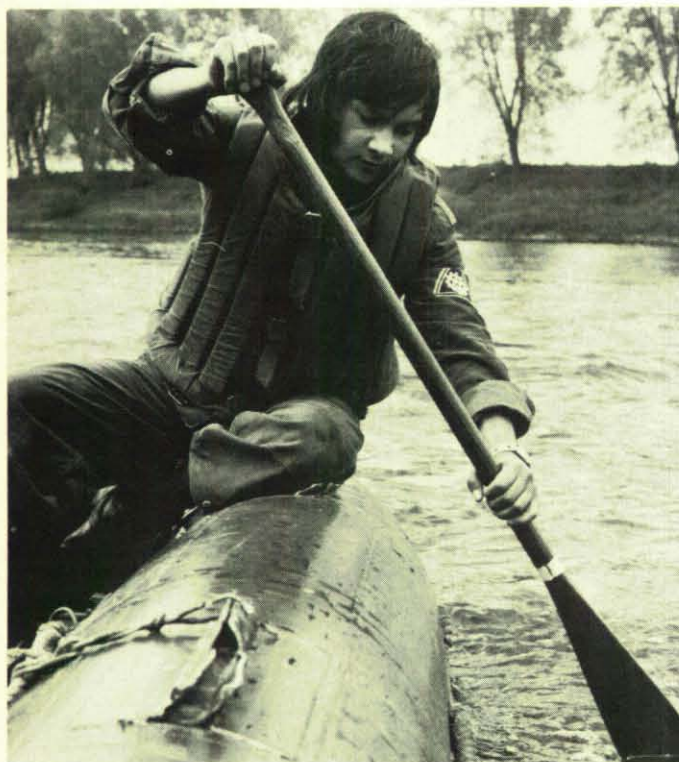
In Hoya lernen Helfer des Katastrophenschutzes das Fahren auf dem Wasser und das Retten aus Wassergefahr



Fällt bei der Ausbildung ein Helfer ins Wasser — dieser tat es freiwillig für den Fotografen des ZS-MAGAZIN —, kann er damit rechnen, daß er vom unterstrom liegenden Rettungsboot schnellstens wieder herausgeholt wird.



Was hier wie eine fröhliche Wasserpartie aussieht, hat einen ernsten Hintergrund. Helfer des Katastrophenschutzes erlernen in einem Sonderlehrgang das „Fahren auf dem Wasser“, damit sie bei Unglücken und Katastrophen auch auf diese Weise helfend eingreifen können.



Wer bei Schiffsunfällen, bei Unfällen an Wehren und Schleusen oder bei Überschwemmungen Menschen, Vieh und Güter retten will, muß in der Lage sein, sich mit jeder Art von vorgefundenen Wasserfahrzeugen sicher auf dem Wasser zu bewegen.

Wer schon einmal zugehört hat, wenn Schiffer über schwierige An- und Ablegemanöver, über besondere Strom- und Wetterverhältnisse, über die Kraft und Wucht strömenden Wassers, über Wellenschlag oder über angerichtete Schäden gesprochen haben, der hat sicher gespürt, daß selbst erfahrene, mit dem Element Wasser vertraute Fahrende die Situation gelegentlich unterschätzen können. Wer dann weiß, was Bootsbesitzer, die ihr Boot lediglich in der Freizeit nutzen und deren Zahl ständig zunimmt, teilweise für grundlegende Fehler machen, der wird verstehen, daß der Umgang mit Booten gelernt sein will. Wer mit Berufsschiffen spricht, weiß auch, wie kritisch sie das Treiben von „Freizeitschiffen“ beobachten; sie sehen manches leichtsinnige Verhalten, das noch ohne Schaden abgeht. Aber oftmals erleben sie, wie leicht jemand an und auf dem Wasser in Gefahr kommen kann. Als Fachleute wissen sie, daß das Bekämpfen von Wassergefahren gelernt sein will. Dies gilt erst recht, wenn im Verlaufe von Sturmfluten, Hochwasser, Überschwemmungen und Unglücksfällen auf dem Wasser Menschenleben zu retten sind.

Bei Sonnenschein und ruhigem Wasser wagt es schon mancher, einmal ein Boot zu besteigen. Doch beim ersten Versuch, ein Boot durch Rudern fortzubewegen, wird er feststellen, daß es gar nicht so leicht ist, das Boot auf geradem Kurs zu halten, es in eine neue Richtung zu wenden oder es zu stoppen. Um ein Boot sicher und rasch an den gewünschten Ort zu rudern, bedarf es schon einiger Übung. Diese Übung wird Helfern des Katastrophenschutzes u. a. — sofern sie im Fahren auf dem Wasser

ausgebildet werden sollen — in Hoya an der Weser, und zwar in der dort befindlichen Außenstelle der Katastrophenschutzschule des Bundes, vermittelt. Dies geschieht in einem Sonderlehrgang für Fahren auf dem Wasser ohne Motorkraft. Dieser Sonderlehrgang ist zugleich Voraussetzung für den Besuch des „Sonderlehrgangs für Aubofahrer“, also für jene Helfer des Katastrophenschutzes, die als Bootssteuerer für mit Außenbordmotoren angetriebene Boote ausgebildet werden sollen. (Über diese Ausbildung wurde in Heft 7/73 berichtet.)

Bund trägt Kosten der Ausbildung

Der Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“ (ohne Motorkraft) dauert eine Woche. Entsendet werden hierzu Helfer des Bergungsdienstes, des Instandsetzungsdienstes, unter gewissen Umständen auch Helfer des Brandschutzdienstes, die bei Katastrophen zur Bekämpfung von Wassergefahren oder zum behelfsmäßigen Herrichten von Übergängen, d. h. zum Behelfsbrücken- oder Stegebau, zum Verstärken beschädigter Brücken eingesetzt werden sollen. Diese Helfer gehören also den Einheiten der genannten Fachdienste an. Unter ihnen sind viele Helfer des Technischen Hilfswerkes, einer Katastrophenschutzorganisation, die 1953 von der Bundesregierung als Bundesanstalt errichtet wurde. Diese Organisation wirkt als öffentliche Organisation — genau wie die Feuerwehren — kraft Gesetzes im Katastrophenschutz mit. Sie stellt überwiegend die Einheiten und Einrichtungen des

Bergungs- und Instandsetzungsdienstes. Neben diesen Helfern nehmen an diesem Sonderlehrgang auch Feuerwehrmänner oder Helfer anderer Organisationen teil, die im Bekämpfen von Wassergefahren ausgebildet werden sollen.

Gemeldet werden die Teilnehmer an dem Lehrgang von dem für ihre Einheit zuständigen Hauptverwaltungsbeamten. Das ist je nach Lage bei Landkreisen der Oberkreisdirektor oder der Landrat und bei kreisfreien Städten der Bürgermeister oder Oberbürgermeister, bei den Stadtstaaten auch der Leiter des Ortsamtes. Da die Ausbildung überwiegend für die erweiterten Aufgaben erfolgt, die im Verteidigungsfall zu lösen sind, trägt der Bund die Kosten der Ausbildung. Ausgehend von dem einheitlichen Katastrophenschutz ist gesetzlich geregelt, daß diese Helfer und ihre Einheiten auch bei Katastrophen im Frieden eingesetzt werden können. Sie bilden damit ein wesentliches Potential, das bei Hochwassergefahren, bei Sturmfluten und Überschwemmungen, auch bei Unglücksfällen auf dem Wasser eingesetzt werden kann. Sie sind aber auch zur Stelle, wenn es gilt, bei Ölschäden auf dem Wasser die damit verbundenen Gefahren zu bannen, das Öl zu stoppen, Ölsperren zu errichten, Öl mit entsprechenden Mitteln zu binden und abzuschöpfen. Sofern beim Bau einer Behelfsbrücke Arbeitsboote eingesetzt werden müssen, um feste oder schwimmende Unterstützungen herzurichten, können sie ebenfalls tatkräftig mitwirken.

Der Sonderlehrgang Fahren auf dem Wasser bildet so eine wesentliche Voraussetzung für verschiedene Aufgaben, die Einheiten des Katastrophenschutzes

beim Bekämpfen von Wassergefahren zu lösen haben.

Das Wasser und seine Tücken

Die Ausbildung bietet den Teilnehmern kaum Schwierigkeiten. Fast 90 Prozent der Zeit sind der praktischen Ausbildung gewidmet. Das Ziel des Lehrgangs ist ja, den Teilnehmer so weit zu bringen, daß er Wasserfahrzeuge ohne Motorkraft bei Tag und bei Dunkelheit und bei unterschiedlichen Strömungsverhältnissen sicher beherrscht.

Kaum einer der Teilnehmer hat vorher etwas von der Stromgeschwindigkeit gehört, die in Metern je Sekunde ausgedrückt wird, geschweige denn sie gemessen und errechnet. Das ist keine höhere Mathematik, das lernt jeder Praktiker im Handumdrehen. Wer auf dem Wasser fährt, muß wissen, ob er es mit schwachem Strom, mit mittlerem, starkem oder sehr starkem Strom zu tun hat. Er muß auch allerlei über den Stromstrich, das ist die Hauptströmung eines Wasserlaufes, wissen, wenn er ihn ausnützen möchte. Andererseits gilt es dabei auch zu beachten, daß Kunstbauten, wie z. B. Brückenpfeiler oder Leitdämme, aber auch Unebenheiten im Flußbett, wie z. B. Sandbänke, Felsen, auch gesunkene Wasserfahrzeuge den ursprünglichen Stromstrich wesentlich verändern können. Wer mit seinem Boot am Ufer anlegen will, muß Uferarten und Untergrund beurteilen können. Er muß auch wissen, daß z. B. an Buhnen, die zum Schutz des Ufers errichtet werden, insbesondere an den Buhnenköpfen, oftmals Wirbel und auch Gegenströmungen entstehen. Dies gilt auch für andere



Treibgut, aber auch abgetriebene Kähne mit und ohne Menschen zu bergen, bedingt gute Kenntnisse von den Tücken des Wassers. Um sie zu erwerben, bietet die Katastrophenschutzschule in Hoya den Lehrgangsteilnehmern ausgezeichnete Wasserübungsplätze.



Das Treibgut ist geborgen. Die verschiedenen Stromverhältnisse auf dem ca. 5 1/2 km langen Flußteil der Weser mit an- und abwerfenden Stromstrichen, mit Schleusen und Sperrwerken und unterschiedlichen Stromgeschwindigkeiten sind zum Üben ideal.



Mit Hilfe von Puppen wird die Bergung von abtreibenden Leichen geübt. Nicht immer stehen in der Praxis dem Helfer Schlauchboot und Paddel zur Verfügung. Darum müssen sie auch das Rudern mit Spaten, Schaufeln, Brettern und anderen Behelfsmitteln üben.



Während zwei Helfer die Übungspuppe bergen, steuern die anderen beiden Helfer das Boot. So wird auch die Bewältigung dieser Aufgabe zu einer echten Gemeinschaftsleistung.

Querbauten, aber auch für Hafen- oder Schleuseneinfahrten, in die quer zum Strom eingelaufen werden muß. Ich werde in diesem Zusammenhang nie vergessen, wie mir 1948 ein erfahrener Handelsschiffskapitän erzählte, daß er kurz nach seinem Examen auf der Elbe quer zum Strom in den Hafen von Cuxhaven einlaufen wollte, sich dabei in der Stromgeschwindigkeit verschätzte und mit seinem stolzen Schiff trotz Heraufgehens mit der Fahrt gegen einen Molenkopf gebumst sei.

Das kann auch im kleinen Rahmen beim Fahren mit einem Boot passieren. Der Lehrgang kann und soll eine Grundlage legen. Weitere Übungen im Rahmen der Einheit muß den Helfern dann die nötige Erfahrung bringen.

Der Umgang mit Leinen

Wer sein Boot festmachen, ein anderes schleppen oder sonst seemännische Arbeiten ausführen will, muß verstehen, mit Leinen, Seilen und Tauwerk umzugehen. Fachleute merken schnell, wer unkundig und ungeübt ist. Erst kürzlich war in einer deutschen Fachzeitschrift ein Aufsatz über das gleiche Thema mit dem Ausspruch eines wenig kundigen Freizeitkapitäns etwa so überschrieben: „Schatz, nimm den Bindfaden und binde das Boot an.“ Ein Ausspruch, der in der praktischen Arbeit mit Tauwerk große Lücken vermuten läßt. In derartigen Fachzeitschriften sind gelegentlich Bilder zu sehen, die zeigen, mit welchem Aufwand an Schlingen und Knoten und mit welch mitgenommenen, an den Enden sich auflösenden oder aufgedrehten Leinen bzw. Seilen mancher Hobbyskipper sein

schwimmendes Kleinod festmacht. Der Fachmann sieht mit einem Blick,

● ob das Ende eines Seiles oder einer Leine richtig abgebunden und damit gegen ein Aufdrehen gesichert ist,

● ob ein Seil oder eine Leine richtig an einem Anker oder an einem Festmacherring angeschlagen ist,

● ob ein Seil oder eine Leine richtig aufgeschossen, d. h. in die für den Transport oder die Lagerung erforderliche Form gebracht ist,

● ob Poller oder Klampen richtig belegt, d. h. ob Seile und Leinen dort richtig festgemacht sind,

● ob Augen an Seilenden richtig abgebunden, gespießt oder richtig mit Seilklemmen hergestellt sind.

Arbeitet jemand mit Seilen und Leinen oder bemüht er sich, Seile und Leinen miteinander zu verbinden, dann kann der zuschauende Fachmann auch hier sehr schnell die Spreu vom Weizen trennen. Wer zum Beispiel mit Messer, Marlspieker oder beim Spießeln zum Körper hin arbeitet, lebt gefährlicher als der Fachmann, der stets vom Körper weg arbeiten wird. Wer beim Festmachen oder Anknern in die Schlaufen eines bereitgelegten Seiles tritt, erkennt nicht die Gefahr, die eintreten kann. Dem Fachmann läuft eine Gänsehaut über den Rücken, wenn er beobachtet, wie jemand ein Seil über den Boden oder die Pier schleift, anstatt es aufzuschließen. Sind Seile steif festgemacht und tritt dann starker Dauerregen ein, weiß der Fachmann, daß insbesondere auf Hanftauwerk eine solche Spannung kommen kann, daß es bricht. Er wird deshalb rechtzeitig die Seile nachfieren. Im Sonderlehrgang „Fahren



Das Anlegen an einer Uferstelle und das Anlandbringen von Toten und Verletzten erfordert für die Helfer des Bergungsdienstes, die sonst nur festen Boden unter den Füßen haben, eine besondere Anpassung an ungewohnte Bedingungen.



Das Bergen von Ertrunkenen oder von Verstorbenen ist nur eine von vielen Aufgaben, die bei Überschwemmungen auf die Helfer zukommen können. Ebenso gut könnte es auch das Übersetzen von Ärzten, Hebammen, Krankenschwestern und anderen für die Hilfeleistung wichtigen Personen sein.



Zum Schutz der übenden Helfer sind bei jedem Dienst und Einsatz auf dem Wasser Schwimmwesten zu tragen. Außerdem hat ein Rettungsboot mit erfahrenen Schwimmern jederzeit in der Nähe der Übenden bereitzustehen.



Das Rettungsboot ist schon zur Stelle. Mit kräftigen Handgriffen holen die Helfer ihren Kameraden ins Boot, das mit Rettungsringen, -gurten, Leinen, Stangen mit Haken und anderen Rettungsgeräten ausgerüstet ist.

auf dem Wasser“ wird das Wissen der Lehrgangsteilnehmer über das Arbeiten mit Seilen und Leinen, über die zweckmäßigen Knoten, Bunde und Stiche, das sie von der Ausbildung am Standort mitbringen, ergänzt und auf die „Bordpraxis“ übertragen. Da vieles bekannt ist, wird hierfür nicht viel Zeit aufgewendet.

Die Fortbewegung der Boote

Im Mittelpunkt der Ausbildung steht das Fortbewegen von Booten und Wasserfahrzeugen ohne Motorkraft. Das geschieht nicht nur durch Rudern und Paddeln, sondern auch durch Staken, Wriggen und Treideln.

Hierfür stehen in Hoya Boote verschiedenster Art zur Verfügung, angefangen vom Schlauchboot über die Mehrzweckboote des Katastrophenschutzes bis hin zu kleinen Booten, wie sie teilweise an Flußuferrn vorgefunden und im Ernstfall auch benutzt werden können. Gleichgültig, ob nun ein Boot mit eigener Kraft fortbewegt wird oder ob es mit dem Strom treibt, muß es, um sein Ziel zu erreichen, gesteuert werden. Ist man am Ziel, will das Anlegen richtig durchgeführt sein. Wie beim Auto Beulen oder Schrammen anzeigen, daß irgendwann etwas schiefgegangen ist, so deuten auch beim Boot gesplittertes Holz, beschädigte Scheuerleisten und Bordwände darauf hin, daß jemand mit zu viel Fahrt und zu viel Schneid gefahren ist.

Auf dem Wasser kann man nicht so rasch bremsen wie auf dem Land, die überschüssige Fahrt kann hier nicht wie beim Kraftfahrzeug an Land mit radierendem Gummi aus dem Boot

genommen werden. Beim Rudern und Paddeln kann man jedoch bei stehendem Wasser die Ruder- oder Paddelblätter zum Abstoppen der Fahrt entsprechend ins Wasser halten oder bei strömendem Gewässer sogar durch Streichen — das ist praktisch ein Rudern in Rückwärtsrichtung — die Fahrt vermindern. Diese Fertigkeiten sind nicht schwer zu erlernen, wollen aber gekonnt sein.

Wriggen nennt man das Fortbewegen eines Bootes durch eine Person mit einem Ruder, das in einer Dolle oder einem Ausschnitt im Heck des Bootes gelagert ist und ständig in Form einer liegenden Acht oder einem flachen Bogen bewegt wird.

Beim Staken wird das Boot ebenfalls von einer Person, aber mittels Stange oder Bootshaken durch Abstoßen vom Untergrund fortbewegt.

Neben diesen allgemeinen Fortbewegungsarten, die jeder in Häfen, an Flüssen, Bächen und Kanälen sowie an Seen beobachten kann, sind für den Katastrophenschutz vor allem jene Arten wichtig, bei denen Wasserfahrzeuge ohne Motorkraft von Ufer zu Ufer bewegt werden können.

Bei stehenden Gewässern — z. B. Kanal — oder bei Gewässern mit schwachem Strom kann ein Einzelfahrzeug mit Zugleinen von Ufer zu Ufer gezogen werden. Die Anzahl der Helfer, die auf jedem Ufer zum Ziehen benötigt wird, richtet sich nach Größe und Beladung des Bootes. Dieses Verfahren ist in der Regel nur bis zu einer Gewässerbreite von 50 m anzuwenden. Handelt es sich um ein Gewässer, das bis zu 100 m breit ist und höchstens schwachen Strom aufweist, kann ein Boot mit einem Fahrtrupp



Hier wird das Bergen von Sachwerten geübt. In Wasserhosen durchwaten die Helfer die durch Markierungsstäbe abgesteckte seichte Strecke zwischen Ufer und Boot, dabei das Gesicht und den Körper immer in Richtung Oberstrom gedreht.



Auch bei überschwemmten Straßenzügen braucht man zur Rettung Eingeschlossener oder zur Evakuierung von Personen nicht immer Boote. Oft genügen Helfer in Wasserhosen. Gewöhnungsübungen gehören deshalb zum Lehrprogramm.



Der Umgang mit der Trage ist zwar vergleichbar mit anderen Übungen des Bergungsdienstes an Land, doch sind hier für Helfer und „Opfer“ ganz andere Sicherheitsbestimmungen zu beachten.



Zu den Maßnahmen der Rettung aus Wassergefahr gehört auch der Bau behelfsmäßiger Stege, um z. B. Menschen bei Hochwasser aus Insellagen zu befreien. Dazu benötigte Bretter und Schläuche finden sich überall. Seile sind auf den Gerätekraftwagen.

besetzt werden, der es dann an einem vorher von Ufer zu Ufer gespannten und gut verankerten Seil zum anderen Ufer zieht. Dabei gilt es zu beachten, daß der Fahrtrupp sich unterstrom vom Seil befindet. Dieses Übersetzen kann dadurch

erleichtert werden, daß das Boot in Gierstellung gebracht, d. h. der Bug etwas gegen den Strom gerichtet wird.

Unter Gieren verstehen Schiffer und Seeleute das Ausnutzen einer Strömung für eine Querbewegung.

Wer öfter mit dem Auto unterwegs ist und an Flüssen eine kleine Fähre benutzt, hat sicher bemerkt, daß sie sich an einer Kette oder einem Drahtseil von Ufer zu Ufer bewegte. Gleichgültig, ob nun ein Motor zur Unterstützung eingesetzt war oder nicht, so handelte es sich dabei doch immer um Fähren, die die Gierstellung zum Fortbewegen ausnutzen. In unserer modernen, hochtechnisierten Welt lernen die Helfer des Katastrophenschutzes fast ausschließlich durch praktisches Üben ein einzelnes Wasserfahrzeug ohne Motorkraft mit, gegen oder quer zum Strom zu bewegen, zu steuern, mit ihm zu ankern. Das sind alles Fertigkeiten, die die Basis bilden für andere Lehrgänge, aber auch für Tätigkeiten im Rahmen des Katastrophenschutzes.

Auch unter erschwerten Bedingungen

Es darf hierbei nicht übersehen werden, daß Einsätze bei Katastrophen meistens unter ungünstigen Wetter- und sonstigen Verhältnissen erfolgen, wie z. B. Regen, Sturm, schlechte Sicht, Nebel, Dunkelheit, starke Strömung, Hochwasser und damit verbundene in Ufernähe schlechte Orientierungsmöglichkeiten, nicht zu bemerkende überschwemmte Hindernisse und Strudelbildungen.

Die Ausbildung im Fahren auf dem Wasser bereitet den Helfer des Katastrophenschutzes, der zum Bekämpfen von Wassergefahren eingesetzt werden soll, auf diese erschwerten Verhältnisse vor. Wo Wassergefahren drohen, sind auch meistens Menschen zu retten, Tiere oder Sachen zu bergen.

Auch das wird Helfern des Katastrophenschutzes in Hoya beigebracht. Der Lehrgang dauert ebenfalls eine Woche. Als Lehrgangsteilnehmer kommen Helfer der gleichen Fachdienste in Betracht, die auch im Fahren auf dem Wasser ausgebildet werden.

Der Lehrstoff dieses Lehrgangs umfaßt zunächst alle Rettungsmaßnahmen, die von Land bzw. vom Ufer aus erfolgen; auch das Bergen von Treibgut bzw. Sachen aus dem Wasser. Bei einigen Einheiten des Bergungsdienstes liegen hier schon gute Erfahrungen, insbesondere auch im Bergen von Kraftfahrzeugen aus Gewässern, vor. Dabei war zu beobachten, daß bei strömenden Gewässern oftmals die Kräfte unterschätzt werden, die aufzuwenden sind, um ein verunglücktes Kraftfahrzeug aus dem Wasser zu bergen. Hierbei müssen Seile oder Leinen und eingesetzte Kraftfahrzeuge mit Seilwinden sehr gut verankert werden.

Die Ausbildung in Hoya umfaßt weiter das Retten von Menschen und Bergen von Sachen von einem Wasserfahrzeug aus. Schon bei der normalen Ausbildung in Hoya oder am Standort, beim Bau von Behelfsbrücken oder aber bei Sportveranstaltungen auf dem Wasser kann es vorkommen, daß eine Person ins Wasser fällt. In der Situation muß ein rasch und sicher arbeitender Rettungsdienst vorhanden sein. Bei dieser Ausbildung werden Erfahrungen verwertet, die bei der Flutkatastrophe in Hamburg und den verschiedenen Hochwassern gesammelt wurden.

Die Ausbildung im Retten aus Wassergefahren und im Fahren auf dem Wasser trägt somit dazu bei, daß die Einheiten des Katastrophenschutzes ihre Aufgaben erfüllen können.

Werner Schiefel

Die Zivilverteidigung
in der DDR

Zentrale Führung – Politische Kontrolle

Eine Neuerscheinung mit
wertvollen Informationen

Zum Thema „Zivilverteidigung in der DDR“ fehlte es bislang fast gänzlich an zusammenfassenden Angaben in einer allgemein zugänglichen Veröffentlichung. „Vorsorge in Rot“ — so heißt ein kleines Buch über die „Zivilverteidigung im Osten“, das vor einigen Jahren erschienen ist. Werner A. Fischer behandelt darin auf einigen Seiten auch den Aufbau des Zivilschutzes im anderen Teil Deutschlands.

Seitdem hat es wichtige gesetzliche Änderungen gegeben, die die Organisation und den Umfang der zivilen Verteidigung jenseits der Elbe betreffen.

Ende 1970 wurde das alte „Luftschutzgesetz“ von 1958 durch das „Gesetz über die Zivilverteidigung in der DDR“ abgelöst. Das aus sieben Paragraphen bestehende Gesetz sieht unter anderem vor, die bisherige Luftschutzorganisation der DDR zusammen mit dem Katastrophenschutz in ein umfassendes System der Zivilverteidigung zu überführen.

Ideologische Bindung

Die Aufgaben der Zivilverteidigung sind in der DDR — so Innenminister Dickel in der Gesetzesbegründung vor der Volkskammer — von den

allgemeinen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aufgaben nicht zu trennen. Die „volle Integration der Maßnahmen der Zivilverteidigung in alle Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens“ müsse gewährleistet werden.

Für den Beobachter aus dem Westen bedeutet dies: Wer sich ein zutreffendes Bild über Aufbau und Ziele der Zivilverteidigung in der DDR machen will, muß ihre ideologische Bindung und die Einbettung in die Staats- und Parteiorganisation im Auge behalten. Einige Grundkenntnisse über die Verfassungsstruktur, die militärische Organisation und den Aufbau des Sicherungsapparates in der DDR sind für das Verständnis unentbehrlich.

Die kürzlich erschienene Broschüre **„Die Zivilverteidigung in der DDR“**, bearbeitet von **Ulrich Rühmland**, herausgegeben von der **Bonner Druck- und Verlagsgesellschaft**, Einzelpreis: **DM 8,—**, enthält deshalb eingehende Informationen hierüber. Da der Aufbau der Zivilverteidigung in der Sowjetunion das Vorbild für die zivilen Verteidigungsmaßnahmen in der DDR und in den übrigen Staaten des Warschauer Paktes bildet, wird auch dieser in der Schrift kurz skizziert.

Erste Phase

Den Aufbau des Zivilschutzes in der DDR regelten bis 1970 das „Gesetz über den Luftschutz in der DDR“ von 1958, eine Reihe von ergänzenden Bestimmungen und Verordnungen und schließlich das „Verteidigungsgesetz“ von 1961 — das Kernstück der DDR-Notstandsgesetzgebung.

Es sieht unter anderem eine allgemeine Luftschutz-Dienstplicht vor. Mit einer eigenen Verwaltung („Kommando Luftschutz“), die sich in sieben Fachabteilungen gliederte, unterstand der Luftschutz dem Ministerium des Innern.

Die „Organisation freiwilliger Luftschutzhelfer“ — dem „Kommando Luftschutz“ nachgeordnet — sollte die Bevölkerung über die wirksamsten Methoden des Luftschutzes aufklären und die praktische Ausbildung besorgen. Neben den örtlichen Selbstschutz-Gemeinschaften, dem Betriebs-Luftschutz und den „Diensten des Luftschutzes“ für überörtliche Einsätze gab es die kasernierten Luftschutz-Bataillone. Der Aufbau dieser Einrichtungen war Ende 1962 weitgehend abgeschlossen.

Erweiterter Luftschutz

Nach mehrjähriger Vorbereitung wurde der Luftschutz in seinen Aufgaben wesentlich erweitert. Das Gesetz vom 16. September 1970 — am 1. Oktober 1970 in Kraft getreten — bestimmt den Einbau von Luftschutz und Katastrophenschutz in ein umfassendes Zivilverteidigungssystem. In § 1, Absatz 3 des Gesetzes heißt es: „Die Zivilverteidigung hat die Aufgabe, den Schutz der Bevölkerung, der Volkswirtschaft, der lebensnotwendigen Einrichtungen und der kulturellen Werte vor den Folgen von militärischen Aggressionshandlungen, insbesondere vor den Wirkungen von Massenvernichtungsmitteln, zu organisieren . . . Die Zivilverteidigung hat gleichzeitig den Katastrophenschutz zu gewährleisten.“

Die zentrale staatliche Führung der Zivilverteidigung obliegt dem Vorsitzenden des Ministerrates, der seinerseits den Innenminister zum Leiter der Zivilverteidigung in der DDR ernannt. Als planendes und ausführendes Organ steht neben ihm der „Stab der Zivilverteidigung“. Der Ministerrat bestimmt die Zusammensetzung einer „Zentralen Katastrophenkommision“ (ZKK). Im Falle einer friedensmäßigen Katastrophe liegt die Einsatzleitung beim Stellvertreter des Innenministers.

Die Vorsitzenden der Räte in den Bezirken, Kreisen, Städten, Stadtbezirken und Gemeinden leiten die Zivilverteidigung in den jeweiligen Territorien. Auf Bezirks- und Kreisebene sind dem Vorsitzenden des Rates ein eigener Stab der Zivilverteidigung und eine Katastrophenkommision unterstellt.

„Verkürzte Struktur“

Für den Spannungs- und Notstandsfall und für die allgemeine Gefahrenabwehr verfügen die DDR-Behörden über eine zentrale Befehlsleitung.

Es gilt dann die sogenannte „verkürzte Regierungsstruktur“. Der Hauptverwaltung Planung beim Vorsitzenden des Ministerrates ist in den Bezirks- und Kreisverwaltungen die dortige „Abteilung Planung“ unterstellt. Offiziere der Nationalen Volksarmee — sogenannte „Berechnungsoffiziere“ — bilden die Stäbe dieser Abteilungen. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auch auf die zivile Verteidigung.

Der Selbstschutz

Die Nationale Front soll die Bevölkerung der DDR in den Wohngebieten erfassen und aktivieren. Zu ihren Aufgaben gehört auch, den Selbstschutz in den Wohnstätten zu organisieren. Die Wohnbezirksschüsse der Nationalen Front bilden — ebenso wie die Wohnparteiorganisationen der SED — je ein Selbstschutzkomitee, in dem zwischen 2 000 und 5 000 Menschen zusammengefaßt sind. Diese Komitees leiten ihrerseits die Selbstschutzgruppen in den Wohnblocks an.

Betriebe und Produktionsgenossenschaften errichten Betriebskomitees mit zum Teil mehreren Selbstschutzgruppen. Die Ausbildung besorgen die Bezirksschulen der Zivilverteidigung, die „Kreis- ausbildungsstützpunkte“ und die „Höhere Zentralschule der Zivilverteidigung“.

Aus dem „gesamtgesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Charakter der Zivilverteidigung“ (Innenminister Dickel) ergibt sich eine enge Verflechtung mit den verschiedensten staatlichen und halbstaatlichen Institutionen. Die Volkspolizei z. B. ist für die Aufstellung der Stäbe der Zivilverteidigung und für die Einsatzstäbe der Katastrophenkommissionen zuständig. Das Deutsche Rote Kreuz der DDR, die Feuerwehren und Massenorganisationen wie der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) oder die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) haben umfangreiche Aufgaben im Rahmen der zivilen Verteidigung zu erfüllen. Auch hier gilt freilich der Grundsatz der zentralen Leitung und Kontrolle durch Partei und Staat.

Aufgaben der Zivilverteidigung

Die Aufgaben der Zivilverteidigung der DDR gliedern sich in:

- Warn- und Alarmsystem
- Schutzbau
- Überörtliche Hilfskräfte
- Selbstschutz
- Gesundheitsdienst
- Aufrechterhaltung des Staats- und Verwaltungsapparates
- Versorgung und Aufrechterhaltung der Produktion
- Bewahrung der psychologischen Stabilität
- Unterstützung der Streitkräfte
- Katastrophenschutz

Genauere Anweisungen und Durchführungsverordnungen hierzu werden streng geheimgehalten; über die Ausrüstung und den Ausbildungsstand der Zivilschutz-Organisationen ist wenig bekannt, da die Behörden der DDR dazu keinerlei Angaben veröffentlichen. Doch lassen sich einige Feststellungen darüber machen, wie weit die Vorsorgemaßnahmen in den einzelnen Bereichen fortgeschritten sind.

In der Zusammenfassung der genannten Broschüre ist dazu u. a. folgendes zu lesen:

Das Warn- und Alarmsystem ist bereits weitgehend ausgebaut. Den militärischen Luftwarndienststellen sind zivile Warndienstverbindungsstellen angeschlossen, die wiederum über Direktverbindungen zu den zivilen Warnämtern, zum Ministerium des Innern und zum zentralen Stab der Zivilverteidigung verfügen.

Schutzräume fehlen

Schutzräume fehlen in fast allen Wohnhäusern der DDR. Ähnlich ist es in den Schulen und den Krankenhäusern. Für die obersten Behörden sind Bunker eingerichtet worden, deren Lage allerdings streng geheimgehalten wird.

Die Selbstschutzkomitees sind in vielen Orten nicht einsatzbereit. Auch fehlt es an Selbstschutzgeräten. Der Betriebsselbstschutz stützt sich vor allem auf die Betriebsfeuerwehren, den Werkschutz der Volkspolizei und die Gesundheitseinrichtungen des DRK.

Die wichtigsten Stützen der allgemeinen Gefahrenabwehr und des überörtlichen Bevölkerungsschutzes sind die beiden „Sonderformationen“ der Zivilverteidigung: Feuerwehr und Deutsches Rotes Kreuz. Es fehlt an technischen Einheiten, die dem Technischen Hilfswerk in der Bundesrepublik vergleichbar wären. Das Schwergewicht der Maßnahmen für die zivile Verteidigung in der DDR liegt in der Sicherung des staatlichen Systems. Hierfür sind Polizei- und Sicherungskräfte in genügender Zahl vorhanden.

Ähnliche Stichworte

Der Aufgabenkatalog der Zivilverteidigung in der DDR unterscheidet

sich nicht wesentlich von demjenigen anderer Länder. Die Stichworte zum Thema Zivilverteidigung lauten auch im Westen ähnlich und decken sich sogar zum Teil mit den in der Bundesrepublik gebräuchlichen Bezeichnungen. Aber trotz der von der Sache her gegebenen Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten sind grundsätzliche Unterschiede im Aufbau und in der Zielsetzung der zivilen Verteidigung nicht zu übersehen. Hierfür einige Beispiele:

In der Bundesrepublik gilt die zivile Verteidigung zwar als Teil der Gesamtverteidigung — aber sie betrifft ausschließlich die zivile Vorsorge gegen die Bedrohung im Verteidigungsfall.

In der DDR beeinflußt militärisches Denken alle Zweige der Zivilverteidigung. Sie bildet einen Bestandteil der militärischen Landesverteidigung. Ihr Aufbau erfolgt nach streng militärischen Gesichtspunkten. Häufig veranstalten die Hilfskräfte des Zivilschutzes gemeinsame Übungen mit den bewaffneten Streitkräften.

Allgemeine Dienstpflicht

Die Gesetzgebung für den Zivil- und Katastrophenschutz geht in der Bundesrepublik vom Prinzip der Freiwilligkeit aus. Schon das Verteidigungsgesetz der DDR von 1961 sah u. a. eine allgemeine Luftschutz-Dienstpflicht vor. Nach § 5, Absatz 2 des Gesetzes über die Zivilverteidigung in der DDR von 1970 können alle Männer vom 16. bis zum 65. Lebensjahr und alle Frauen vom 16. bis zum 60. Lebensjahr zur Zivilverteidigung dienstverpflichtet werden.

In der Bundesrepublik ist eine vielfache Aufgliederung der Zuständigkeiten im Zivil- und Katastrophenschutz zu beobachten. Zudem spielt die Mitwirkung freiwilliger Hilfsorganisationen eine große Rolle. Dem steht in der DDR eine streng zentralistisch aufgebaute Organisation gegenüber. Alle Bereiche der Zivilverteidigung werden straff von der Spitze her geführt und überwacht. Hinzu kommen die allgegenwärtige Kontrolle durch die Staatspartei SED und die ideologische Ausrichtung der Verteidigungsmaßnahmen: Politische Schulung wird bei der Ausbildung groß geschrieben.

Nützliches Hilfsmittel

Die von Ullrich Rühmland bearbeitete Broschüre bietet auf engem Raum wichtige Informationen zum neuesten Stand der gesetzlichen Grundlagen und zum bisherigen Ausbau der zivilen Verteidigung in der DDR. Die ausführliche Darstellung des Staats-

und Verwaltungsaufbaus ist sicherlich sehr hilfreich für den Leser. Doch scheint sie — gemessen am Umfang des Heftes — ein wenig zu breit geraten. Der Zusammenhang mit dem Thema Zivilverteidigung im engeren Sinne wird nicht immer deutlich. Leider machen auch eine unübersichtliche und vielfach inkonsequente

Gliederung sowie zahlreiche Druckfehler die Lektüre schwierig. Aber trotz solcher Mängel bleibt diese Zusammenstellung wichtiger Fakten ein handliches und nützliches Hilfsmittel, für das es im Augenblick keinen gleichwertigen Ersatz gibt.

Siegfried Volz

Der Puls verrät es

Pulszahl, -qualität und -rhythmus geben aufschlußreiche Hinweise

Im Beitrag „Erste Hilfe erfordert auch Mut“, ZS-Magazin 2/73, hieß es, daß der Laie bei Erste-Hilfe-Leistungen, um Zeit für die eigene Beruhigung und das Vertrauen von Verletzten und Zuschauer zu gewinnen, nach dem Puls des Verletzten fassen soll. Selbst wenn er diesen in der ersten Aufregung nicht findet, ist dieses vorgetäuschte Pulsfühlen besser, als mit „bleiern“ Beinen ratlos vor einem Verunglückten zu stehen. Hat sich der Helfer jedoch „gefangen“, seine ersten Hemmungen überwunden und mit der Ersten Hilfe begonnen, soll er immer wieder den Pulsschlag des Verletzten kontrollieren. Selbst als Laie kann er aus Pulsfolge, Pulsstärke und Pulsrhythmus einige Schlüsse ziehen, die für sein weiteres Handeln von Wert sein können.

60–80 Pulsschläge in der Minute

Im Körper des gesunden erwachsenen Menschen befinden sich normalerweise rund 5 — 7 Liter Blut. Dieses Blut wird vom Herzen in den Kreislauf gepumpt. Überall dort, wo Schlagadern knapp unter der Haut liegen (Schläfe, Hals, Handgelenk etc.), ist dieses stoßweise Pumpen zu fühlen. Der Pulsschlag ist abhängig von Alter, Geschlecht und krankhaften Zuständen. Für den gesunden erwachsenen Menschen sind in Ruhe 60 — 80 Pulsschläge pro Minute die Regel. Kommt es zu Verletzungen und bestimmten Krankheiten, ist die

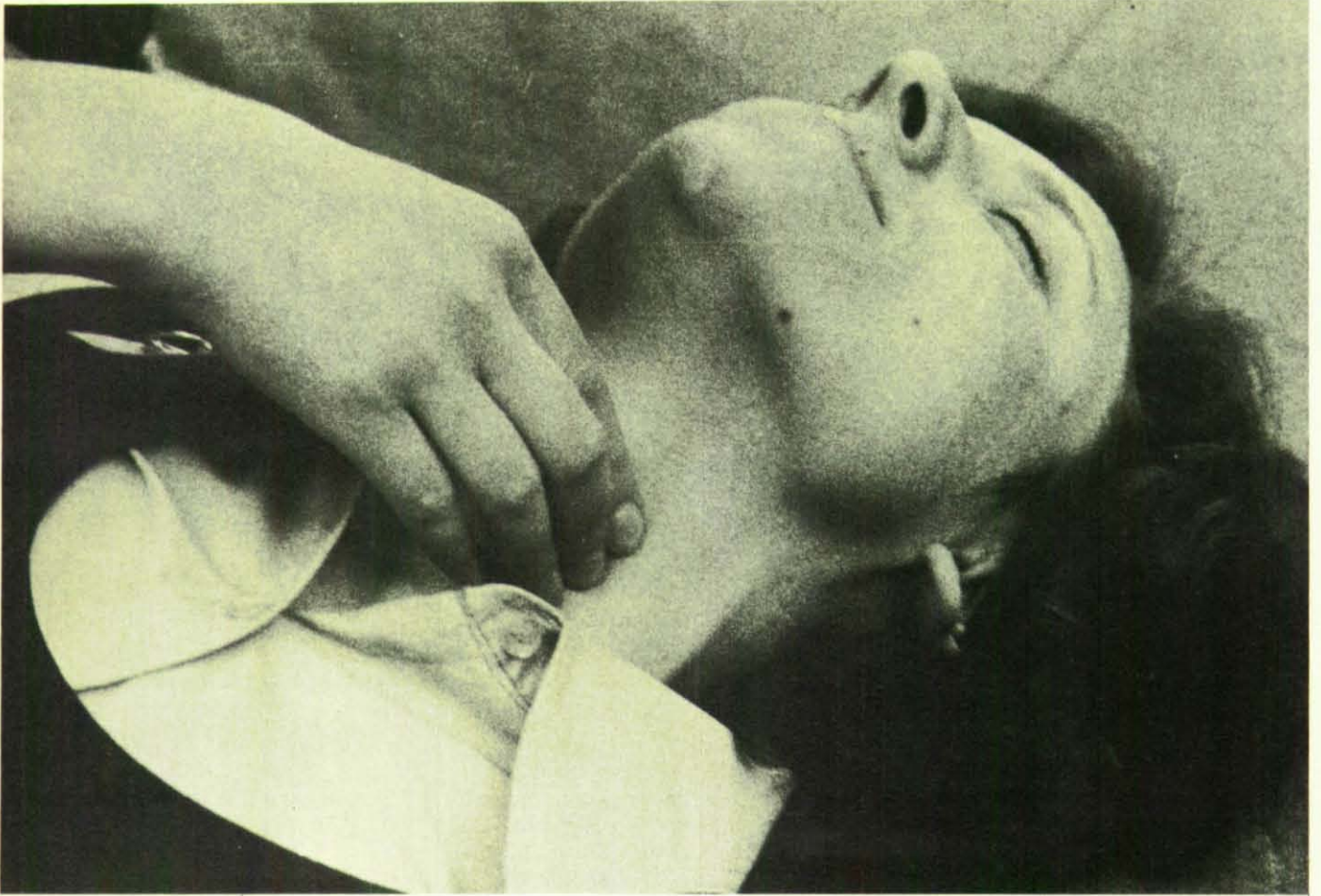
Pulszahl erheblich langsamer oder schneller und u. U. unregelmäßig. Auch bei körperlichen Anstrengungen oder Erregungen erhöht sich die Schlagzahl.

Bei verunglückten Personen gilt sowohl eine Pulsfrequenz unter 55 Schlägen pro Minute, wie auch über 140, als lebensgefährlich. Dagegen schlagen guttrainierte Sportlerherzen in Ruhe wesentlich langsamer, während bei großen körperlichen Leistungen gesunder Menschen schon Pulszahlen von 180/min gemessen

wurden. Außer der Zahl der Pulsschläge ist auch die Qualität des Pulses, auch als Blutdruck bezeichnet, wichtig. Der Blutdruck wird bestimmt von der Pumpkraft des Herzens und der Elastizität der Schlagaderwände. Leider kann der Laie diesen wichtigen Wert nur sehr unvollkommen feststellen. Fühlt er den Puls sofort deutlich, darf er einen normalen Blutdruck annehmen. Kann er diesen deutlichen Puls nicht unterdrücken, handelt es sich um einen erhöhten Blutdruck. Muß der Helfer den Puls



Beim Pulsfühlen legt man Zeige- und Mittelfinger an die Daumenseite des Handgelenks, dort wo die Pulsader dicht unter der Haut verläuft.



Am Hals kann der Puls der Halsschlagader rechts und links vom Kehlkopf getastet werden.

erst suchen und läßt sich dieser mühelos mit dem Finger abdrücken, spricht man von einem niedrigen Blutdruck.

Wenn der Blutdruck sinkt

Bei großen Blutungen, ganz gleich, ob diese sichtbar nach außen oder unsichtbar nach innen erfolgen, wird die Blutmenge geringer. Die Folge ist, daß das Herz schneller arbeiten muß, um den Körper mit Blut zu versorgen; die Pulsfolge wird erhöht. Der Blutdruck aber sinkt und der Puls ist nur noch schwer zu ertasten. Gleichzeitig kommt es zu einer Zentralisation des Kreislaufes; d. h.: der Körper reguliert durch Zusammenziehen seiner Blutgefäße in den Außenbezirken die Blutversorgung, so daß nur noch die lebenswichtigen Organe, wie Herz, Gehirn, Leber, Lunge und Nieren, durchblutet werden (Beispiel schwerer Schock). Schneller und schwächer werdender Pulsschlag deutet in jedem Fall auf eine Verminderung der kreisenden Blutmenge hin, ganz gleich ob dies durch eine Blutung nach innen oder außen

geschieht. Deshalb muß jeder Ersthelfer bei Fehlen einer sichtbaren Blutung, jedoch bei schnellem und schwachem Puls, an innere Verletzungen denken. Er muß wissen, daß fehlender Pulsschlag auf Herzstillstand und rascher Puls von schlechter Qualität auf einen lebensbedrohlichen Zustand hindeuten. Unregelmäßiger Puls bei gleichzeitiger Atemnot deutet auf einen möglichen Herzinfarkt hin. Der Puls zeigt sowohl rechtzeitig auf die Verschlimmerung eines Verletzungszustandes als auch auf eine Besserung hin. Aus diesem Grund darf es niemals nur bei einem einmaligen Pulsfühlen bleiben, sondern der Puls des Verletzten ist vom Helfer ständig zu kontrollieren.

Pulskontrolle üben

Kontrolliert wird der Puls entweder am Handgelenk des Verletzten oder an dessen Hals. Da bei Schwerverletzten der Puls an der Halsschlagader leichter zu fühlen ist, sollte dieser Methode der Vorzug gegeben werden.

Am Handgelenk ist der Puls ungefähr 2 cm unterhalb des Daumenballens in einer Sehnenlücke zu finden. In diese Sehnenlücke faßt der Helfer mit Zeige-, Mittel- und evtl. noch Ringfinger. Nie darf er zur Pulskontrolle den eigenen Daumen verwenden. Er könnte irrtümlich den kräftig schlagenden Puls im eigenen Daumen zählen.

Am Hals kann der Puls der Halsschlagader rechts und links vom Kehlkopf getastet werden. Dabei ist es für den Helfer von Vorteil, wenn er den Kopf des Verletzten etwas überdehnt. Natürlich braucht der Helfer nicht eine ganze Minute lang den Puls zu tasten und dabei angestrengt auf die Uhr zu sehen. Es genügt, wenn er den Puls 15 Sekunden lang zählt und die bis dahin gezählte Pulsfolge mit 4 multipliziert.

Doch grau ist alle Theorie; deshalb sollte jede Möglichkeit zu Pulskontrollen genutzt werden, ganz gleich, ob dies bei Übungen, am Krankenbett, bei der Arbeit oder beim Sport geschieht. Dabei kann man es sich zur Gewohnheit machen, Pulszahl, Pulsqualität und Pulsrhythmus zu bewerten.

Werner Schiefel

Klopfzeichen weisen den Weg

Auf der Suche nach einem zuverlässigen Bergegerät

Wenn nach einer großen Katastrophe die Rettungstrupps am Unglücksort eintreffen, stehen sie oft vor der schwierigen Aufgabe, verschüttete oder eingeklemmte Personen, die ihre Hilfe erwarten, in einem verwüsteten Gelände rasch ausfindig machen zu müssen. Häufig können sich die Verletzten nur durch leise Geräusche oder schwaches Stöhnen bemerkbar machen — vielleicht sind sie nicht einmal dazu in der Lage.

In solchen Fällen sind zuverlässige Bergegeräte, die mit technischen Mitteln die Lokalisierung der Verunglückten ermöglichen, eine wertvolle Hilfe.

Mögliche Suchverfahren

Viele Suchverfahren sind im Laufe der Zeit erprobt worden. Einige davon setzen voraus, daß der Verschüttete in der Lage ist, die Retter durch Klopfen oder andere Zeichen auf sich aufmerksam zu machen; andere lassen die Bergungstrupps Sondierungssignale aussenden, die von dem Gesuchten reflektiert werden. Die aufgefangenen Signale werden entweder physikalisch oder chemisch nachgewiesen.

Beim akustischen Verfahren macht sich der Verschüttete durch Schallsignale bemerkbar. Klopfeschall ist im Trümmerschutt kaum mehr als drei bis vier Meter weit wahrnehmbar. Das bedeutet für die Suchmannschaft einen beträchtlichen zeitlichen Aufwand beim Absuchen des Unglücks-



Mit größter Vorsicht sucht der Rettungstrupp im Trümmergelände nach Verletzten. Bergegeräte sind dabei ein wertvolles Hilfsmittel.

ortes. Trotzdem ist das akustische Verfahren bisher dasjenige, das im Trümmergelände den größten Erfolg verspricht.

Beim chemischen Verfahren werden „Schnüffelgeräte“ verwendet. Auch der Einsatz von Rettungshunden ist hier zu nennen: Die Hunde können menschliche Gerüche wahrnehmen und unterscheiden und führen damit gleichsam eine „qualitative chemische Analyse“ aus.

Das elektromagnetische Verfahren ermöglicht die Übermittlung von Nachrichten in verschüttete Schutz- und Kellerräume, die genaue Lagebestimmung dieser Räume und die Herstellung von Sprechverbindungen. Verschüttete Schutzräume zu orten, ist weitaus einfacher als Menschen zu finden, die außerhalb solcher Räume verschüttet

wurden. Für diese Fälle ist ein magnetisches Suchverfahren denkbar, falls der Verunglückte einen Permanentmagneten bei sich trägt, der von dem Nachweisgerät der Helfer registriert wird.

Aus der Vielzahl der mehr oder weniger geeigneten und bewährten Suchgeräte haben einige in jüngster Zeit besonders von sich reden gemacht:

Birophon- und Capsongeräte

Nach Erdbeben- und Verkehrskatastrophen, die sich in den vergangenen Jahren ereigneten, wurden von den Hilfsmannschaften mit Erfolg sogenannte Birophon- und Capsongeräte verwendet. Wie die österreichische Fachzeitschrift „Zivilschutz“ berichtet, reagiert das Birophongerät

mit akustischen Signalen auf wahrgenommene Geräusche wie Schreien, Rufen, Stöhnen, Klopfen, Scharren. Schwingungsfühler, die mit Kopfhörern verbunden sind, werden der Schallquelle angenähert. Auf diese Weise kann die Stelle, an der mit den Bergungsarbeiten begonnen werden muß, ziemlich genau bestimmt werden.

Das pneumo-mechanische Capsongerät eignet sich vor allem zur Wahrnehmung unterirdischer Geräusche. Das Arbeitsprinzip des Gerätes ist recht einfach: Es handelt sich um eine Eisenstange, die mit einem Resonator gekoppelt ist. Hieran wird über Verbindungsschläuche aus Spezialgummi ein Stethoskop angeschlossen. Der Katastrophenhelfer muß nun versuchen, aus dem „Geräuschangebot“, das er auf diese Weise erhält,



Der Helfer hofft auf ein Lebenszeichen des Verschütteten. Das akustische Suchverfahren verspricht bislang den größten Erfolg.



Unentbehrlich und meistens zuverlässiger als jedes „Schnüffelgerät“: der Rettungshund.

Klopfgeräusche oder ähnliche Lebenszeichen eines Verschütteten oder Einklemmten herauszuhören.

Im Katastrophenschutz der Bundesrepublik wurde dieses Gerät nicht eingeführt, da sein Nutzeffekt zu gering ist. Tests in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler haben ergeben, daß ein geübter Bergfachmann auch ohne dieses Hilfsmittel zu annähernd gleichen Ergebnissen gelangt.

Die „Ultraschallsonde“

Bei dem großen Eisenbahnunglück, das sich im Sommer 1972 in Frankreich in einem Tunnel in der Nähe von Soissons ereignete, machte der 27jährige Elektronik-Ingenieur Christian Morand mit einer neuartigen Erfindung auf sich aufmerksam. Mit einer sogenannten „Ultraschallsonde zum Auffinden von Menschen“ gelang es ihm offenbar, zahlreiche Verletzte aufzuspüren, die irgendwo unter dem Trümmergewirr des Tunnels begraben waren. Möglich, daß vielen von ihnen dadurch das Leben gerettet wurde. Wie Morand behauptet, kann er mit seiner Sonde durch das Aussenden bestimmter Frequenzen verschiedene Materien ausmachen. Das Gerät zeigt mit Licht- und Tonsignalen die Nähe des gesuchten Körpers an. Außer der Materialbestimmung durch Ultraschall werden Entfernung und Richtung des Objekts mit Hilfe eines elektromagnetischen Verfahrens bestimmt. Nach den Angaben Morands baut er sein Gerät in zwei Ausführungen: einer kleineren mit 6 Watt und einer stärkeren mit 85 Watt Leistungsaufnahme. Die maximalen Reichweiten gibt er mit 250 bis 300 m bzw. 4 600 m an.

Der junge Franzose — ein leidenschaftlicher Bastler — erregte mit der „Ultraschallsonde“ beträchtliches Aufsehen, das sich auch in deutschen Illustriertenberichten niederschlug. Der Präfekt des Departements Aisne, der auch Leiter des Zivilschutzes in diesem Verwaltungsbezirk ist, ließ sich die Erfindung vorführen. Interessierte Stellen in mehreren Ländern haben Kontakt mit Morand aufgenommen, um zu prüfen, ob die Sonde wirklich funktionsfähig ist und vielleicht bei künftigen Katastrophen verwendet werden kann.

Auch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) in Bonn-Bad Godesberg hat sich bemüht, mit Monsieur Morand und dem Präfekten des Departements in Verbindung zu treten. Bislang war es dem BzB jedoch nicht möglich, genaue Auskunft über das Funktionieren des Gerätes zu bekommen.

Skepsis der Fachleute

Trotz der weltweiten Beachtung, die der Erfindung des Franzosen — besonders außerhalb des Kreises der Experten — entgegengebracht wird, bleiben die Fachleute skeptisch. Sie kennen die Schwierigkeiten, die in der Lösung der technischen Probleme eines wirklich zuverlässigen Bergegerätes liegen.

Im Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz wäre man froh, wenn die hohen Erwartungen, die manchenorts an die Verwendungsmöglichkeiten der „Ultraschallsonde“ geknüpft werden, sich tatsächlich erfüllen. Es gibt jedoch deutliche Grenzen für das hier angewandte Echo-Verfahren:

Da an einer Unglücksstelle im allgemeinen kein homogenes Material ausgelotet werden kann, sondern nur ein aus vielen

Materialien zusammen-
gesetztes Schutt- oder
Trümmergelände, würden
sämtliche angepeilten
Bruchstellen Echos zurück-
werfen; die Suchtrupps
könnten keine eindeutige
Ortung vornehmen.

Ergebnis liegt vor

Im Bundesamt selbst
bemüht man sich seit
langem — in Zusammen-
arbeit mit der
Katastrophenschutzschule
des Bundes — um die
Entwicklung leistungs-
fähiger und in der Praxis
einfach zu handhabender
Suchgeräte. Ein inter-
essantes Ergebnis dieser
Forschungsarbeit liegt
mittlerweile vor: Ein nach
dem elektromagnetischen
Verfahren arbeitendes
Gerät gestattet die punkt-
genaue Ortung von
verschütteten Schutz- und
Kellerräumen und sogar von
Notausstiegen. Mit den
Eingeschlossenen kann
Sprechverkehr aufgenom-
men werden.

Wissenschaftlicher Oberrat
Dipl.-Ing. Hans Willi Send-
hoff leitet im Bundesamt für
zivilen Bevölkerungsschutz
das Referat für Akustik im
Warn- und Alarmdienst. Wir
haben ihn gebeten, uns die
Arbeitsweise und die
besonderen Vorzüge dieses
Gerätes zu erläutern.

Dipl.-Ing. Sendhoff (BzB): Antwort immer hörbar

„Das Gerät kann sozusagen
in Do-it-yourself-Fertigung
hergestellt werden. Der
Sender/Empfänger besteht
auf der Kellerseite aus
nichts anderem als einem
elektro-dynamischen Kopf-
hörer, der mit einer an der
Kellerdecke horizontal
angebrachten Kabelschleife,
der 'Antenne', verbunden
ist. Dieser Kopfhörer dient
wechselweise als Mikrophon
und als Lautsprecher. Der
Anschluß an eine Energie-
quelle — Batterie, Dynamo
o. ä. — ist nicht



Das Birophongerät reagiert mit Ton-
signalen auf unterirdische Geräusche wie
Schreien, Stöhnen, Klopfen, Scharren.



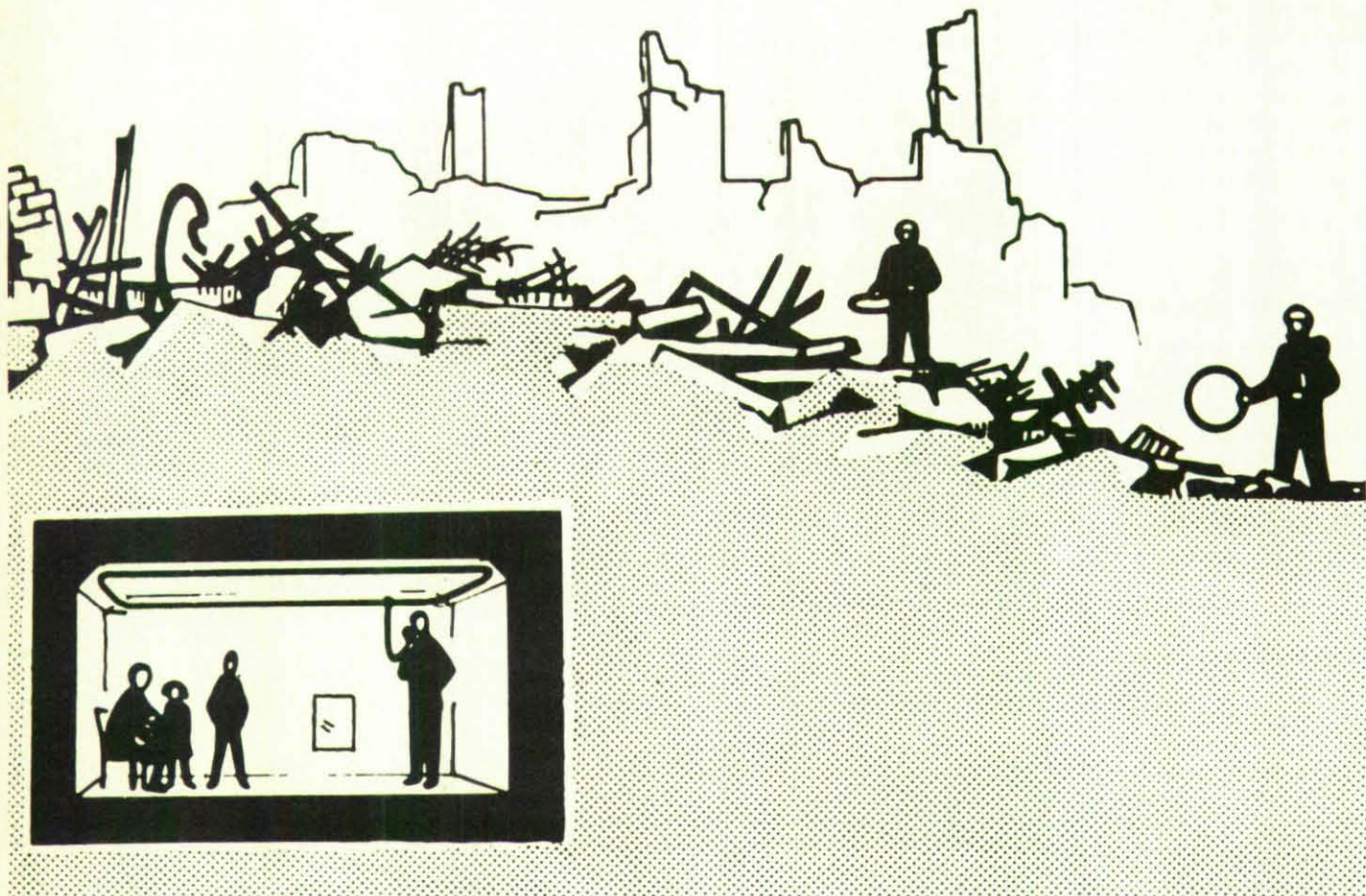
Mit Hilfe von Schwingungsfühlern tastet
sich der Helfer immer näher an die Schall-
quelle heran.



Der Franzose Christian Morand (links)
entwickelte eine „Überschallsonde zum
Auffinden von Menschen“. Bei einem
großen Eisenbahnglück konnte sie sich
erstmals bewähren. Bild: Bunte Illustrierte



Das Capsongerät: Eine Eisenstange ist
mit einem Resonator verbunden, an den
ein Stethoskop angeschlossen wird.



Verschüttete Schutzrauminassen können über die an der Decke angebrachte Kabelschleife Sprechverbindung mit dem Bergungstrupp aufnehmen. Die genaue Lage des Schutzraumes wird durch Kreuzpeilung bestimmt.

erforderlich. Umfangreiche Untersuchungen in einem Trümmergelände haben gezeigt, daß mit dieser einfachen Anordnung Eingeschlossene immerhin über Entfernungen bis zu 50 m entdeckt werden können. Die genaue Lage des Schutzraumes wird durch Kreuzpeilung bestimmt. Wie bei allen elektromagnetischen Verfahren entfallen die langen Suchzeiten, die bei akustischen Verfahren nicht zu vermeiden sind. Außerdem wird das Risiko, Verschüttete zu überhören, weitgehend ausgeschlossen, da man von außen über die Kabelschleife mit hinreichender Lautstärke in den Schutzraum hinein-zusprechen vermag und die darin eingeschlossenen Personen auffordern kann, zu antworten. Die elektromagnetische Antwort ist immer hörbar.

Der Antwortgeber

Suchgeräte auf elektromagnetischer Basis versprechen also wesentlich höhere Erfolgsaussichten als ihre akustischen Konkurrenten. Sie verlangen aber — und das führt zu gewissen Schwierigkeiten — eine besondere Vorrichtung auf der Seite des Verschütteten, die es der Suchmannschaft ermöglicht, dessen genaue Lage zu orten. Es kann dies die erwähnte Kabelschleife an der Decke des Schutzraumes oder ein anderer Antwortgeber sein. Wie sollte der Antwortgeber zu einem Personenortungsgerät beschaffen sein, mit dessen Hilfe ein Mensch auch dann noch gefunden werden kann, wenn er unter Trümmern begraben liegt und unfähig ist, sich akustisch durch Klopfen, Rufen o. ä. bemerkbar zu machen?

Der Antwortgeber müßte für den Träger scheinbar nicht existieren, und doch immer präsent sein:

- Er muß klein, leicht und flach sein, darf also nicht „auftragen“.
- Er muß beispielsweise mit einem Personalausweis oder einer Identitätskarte fest verbunden werden können (gedruckte Schaltung).
- Er muß völlig wartungsfrei sein (keine Batterie).
- Er soll durch Trümmerschutt über eine Entfernung von mindestens vier Metern geortet werden können.
- Er muß als Massenprodukt billig herzustellen sein.

Ein namhafter Antennenfachmann kommt in einer kürzlich angefertigten Studie zu dem Ergebnis, daß es möglich sein müsse, einen solchen Antwortgeber herzustellen.“

Labormuster aus Darmstadt

Das Institut für Hochfrequenztechnik der Technischen Hochschule Darmstadt hat im Auftrage des Bundesamtes ebenfalls ein Personenortungsgerät entwickelt. Es erfüllt die Forderung nach einem hohen Grad von Zuverlässigkeit. Das als Labormuster vorliegende Gerät arbeitet nach dem Radarprinzip im 27-MHz-Bereich und erreicht zur Zeit im Trümmerschutt eine Suchreichweite von drei bis vier Metern. Die notwendige Weiterentwicklung, insbesondere des dazugehörigen Antwortgebers — so ist zu hören —, steht allerdings noch aus.

Weiterhin akustisch

So viele Probleme, so viele Lösungsvorschläge. Modelle und Methoden zur Rettung von Verschütteten werden in großer Zahl angeboten.

Wird es nun bald das Gerät geben, das die Wünsche der Praktiker erfüllt und ebenso zweckmäßig wie unkompliziert konstruiert ist? Dazu Dipl.-Ing. Sendhoff:

„Es soll nicht verschwiegen werden, daß das langjährige Suchen nach einem einfachen und zugleich zuverlässig arbeitenden Bergegerät noch kein überzeugendes und 'einfüh-

rungsreifes' Ergebnis gebracht hat. Solange daher die Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sind, bleiben die akustischen Verfahren einfachster Art praktisch

die einzig anwendbaren. Und es sollte nicht vergessen werden, daß die Bergung mit diesen einfachsten Mitteln im Zweiten Weltkrieg beachtliche Erfolge erzielt hat.“

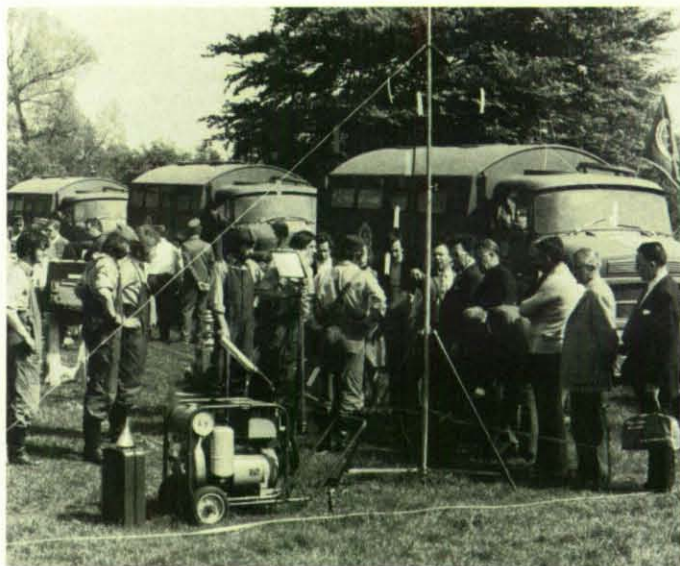


Ein Verletzter, der sich nur durch schwaches Stöhnen bemerkbar machen konnte, ist unter den Trümmern gefunden worden. Jetzt kann ihm endlich geholfen werden.

Zivilschutz aus der Bretagne
erwiderte Besuch

Französische Gäste im Kreis Aachen

Ein Gast nannte die Freundschaft
„EWG des Herzens“



Die Ausstellung des Katastrophenschutzes bei Stolberg fand das große Interesse der französischen Delegation.

Einen ausführlichen Gedankenaustausch mit Repräsentanten des französischen Zivilschutzes hatten Mitglieder des Katastrophenschutzes im Kreis Aachen in der Zeit vom 25. bis 28. Mai 1973, denn eine Delegation der Protection Civile aus der Bretagne erwiderte den Besuch von Angehörigen des Katastrophenschutzes aus dem Kreis Aachen, die sich vom 1. bis 5. November 1972 auf Einladung der Direction de la Protection Civile du Département des Côtes du Nord in Saint-Brieuc (Bretagne) über die Arbeit des französischen Zivilschutzes informierten. Durch die Städtepartnerschaft zwischen Alsdorf im Kreis Aachen und Saint-Brieuc in der Bretagne entstanden auch Kontakte auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes. Am 1. November 1972 fuhren 20 Angehörige des Katastrophenschutzes, unter ihnen Kreisbrandmeister Hennes, Kreisoberamtmann Willekens als Leiter des Amtes 38, der taktische Einsatzleiter Blumenröder sowie THW-Geschäftsführer Escherich, der als Dolmetscher fungierte, und 15 Feuerwehrmänner der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Alsdorf unter Führung von Wehrleiter Sturm mit einem Bus nach Saint-Brieuc. Nach 14 Stunden Fahrt traf die Delegation am Abend ein und wurde sehr herzlich empfangen.

Die Alsdorfer Feuerwehrmänner fanden Unterkunft in der Feuerwehrkaserne von Saint-Brieuc, während die übrigen Katastrophenschutz-Angehörigen in der Schule des französischen Zivilschutzes in Binic,

etwa 15 km von St.-Brieuc entfernt, untergebracht wurden.

Drei Tage Lehrgang in Binic

Die Feuerwehrmänner hatten ausreichend Gelegenheit, sich in der Praxis über die tägliche Arbeit ihrer französischen Kollegen und über die Struktur des dortigen Feuerwehr- und Brandschutzes zu informieren. Daneben nahmen sie an Besichtigungen und mehreren kleineren Übungen teil.

Für die Angehörigen des Katastrophenschutzes fand an der Zivilschutzschule Binic ein dreitägiger Informationslehrgang statt. Dabei wurden Kenntnisse über Planung und Organisation des französischen Zivilschutzes, den Plan „ORSEC“ (Katastrophen-Abwehrplan), die ABC-Schutzmaßnahmen und die personellen und materiellen Möglichkeiten des Zivilschutzes in Frankreich vermittelt. Vorträge über die geschichtliche Entwicklung der Bretagne und ihre Eigenarten sowie über die Geschichte Frankreichs rundeten den Lehrgang ab.

Übung mit Froschmännern

Verschiedene Empfänge, einen Ausflug zur Insel Brehat sowie zwei Übungen der Feuerwehr Saint-Brieuc mit ihren Froschmännern erlebten die beiden Gruppen gemeinsam. Kameradschaftsabende in Saint-Brieuc und Binic vertieften die Freundschaft mit den französischen Gastgebern.

Französische Freunde waren Jubiläumsgäste

Zum 75jährigen Bestehen der freiwilligen Feuerwehr Alsdorf wurden nunmehr die französischen Freunde eingeladen. Die französische Delegation mit 19 Zivilschutzangehörigen und 17 Feuerwehrmännern, an ihrer Spitze der Direktor der Protection Civile du Département des Côtes du Nord, Colonel Venys, und der Chef der Berufsfeuerwehr von Saint-Brieuc, Captain Rouvrais, traf am Abend des 25. Mai ein. Sie wurde von einem Empfangskomitee begrüßt und zum ehemaligen Rathaus in Hoengen bei Alsdorf geleitet, das vom Versorgungsdienst in ein Hotel umgewandelt worden war. Der Versorgungsdienst hatte auch die Verpflegung der französischen Gäste während ihres Aufenthaltes übernommen.

Ausstellung besichtigt

Am nächsten Morgen ging es nach dem Frühstück zu einem Stadtbummel nach Aachen, an den sich eine Führung durch das Rathaus und den Aachener Dom anschloß. Anschließend wurde das Übungsgelände bei Stolberg besichtigt, dort fand eine kurze Begrüßung durch die Kreisverwaltung statt.

Auf dem Übungsgelände war eine umfangreiche Informationsschau des Katastrophenschutzes aufgebaut worden. Die Ausstellung sollte einmal den französischen Gästen einen Überblick über Ausrüstung und Ausbildungsstand des Katastrophen-

schutzes im Kreis Aachen geben, zum anderen die zuständigen Stellen der Kreisverwaltung, den Kreistag und auch die Bevölkerung über den Katastrophenschutz im neu-gegliederten Kreis Aachen informieren.

Oberkreisdirektor Dr. Jansen, Kreisdirektor Schirp, Oberrechtsrat Nellessen als zuständiger Abteilungsleiter, Kreisoberamtmann Willekens, Landrat Dr. Tersluisen, Bundestagsabgeordneter Schmitz, Mitglieder des Kreistages, Vertreter der Bundeswehr und der belgischen Streitkräfte waren anwesend, als der technische Einsatzleiter Blumenröder dem Oberkreisdirektor die angetretenen Einheiten meldete. In einer kurzen Ansprache dankte Dr. Jansen den Helfern für ihre freiwillige Arbeit.

Nach dem Mittagessen erfolgte eine Kurzinformation über Bevölkerungszahlen, Struktur und Wirtschaft des Kreises Aachen, veranschaulicht durch entsprechende Karten und Fotos. Von der Gelegenheit, an Lehrvorführungen und der Besichtigung der einzelnen Fachdienste teilzunehmen, machten die Gäste aus der Bretagne regen Gebrauch.

Französische Gäste informierten sich

250 Helferinnen und Helfer mit etwa 60 Fahrzeugen boten einen interessanten Überblick über den Stand des Katastrophenschutzes im Kreis Aachen, der wegen seiner Lage — im Norden Industrie, im Süden große Talsperren und Waldgebiete — sehr vielseitig sein muß. Die zahlreichen Besucher und Zuschauer konnten die aufgefahrenen Fahrzeuge der Feuerwehruzüge Stolberg, Monschau und Simmerath besichtigen und ließen sich dazu fachkundige Erläuterungen geben.

Bergungs-, Instandsetzungs-, ABC- und Fernmeldedienst wurden vom Technischen Hilfswerk gestellt und boten einen guten Überblick über die Vielseitigkeit des THW.

Stark vertreten war auch der Sanitätsdienst. So stellte die JUH einen Sanitäts- und Krankentransportzug, der MHD ebenfalls einen Sanitätszug, das DRK einen Verbandplatz und einen Betreuungszug.



Über die Panzerhöcker des „Westwalls“ hinweg: Verständigung und herzlicher Händedruck zwischen Deutschen und Franzosen.

Empfang in Monschau

Alles in allem war die Informationsschau nicht nur eine Demonstration für die französischen Gäste, sondern auch ein wertvoller Überblick für die Kreisverwaltung und Bevölkerung des Kreises Aachen.

Am Abend war in Monschau Gelegenheit für einen Bummel durch die „Perle der Eifel“, um Souvenirs zu erstehen. Für 19 Uhr hatte der Kreis Aachen zu einem Empfang im Festhaus „Wiesengrund“ in Monschau eingeladen. Vor einem Kreis geladener Gäste begrüßte OKD Dr. Jansen die Mitglieder des französischen und des deutschen Zivilschutzes.

Er erklärte, daß es sicher Unterschiede im Katastrophenschutz der beiden Länder geben würde, aber die Aufgabe sei gleich: den in Not geratenen Menschen schnelle und wirksame Hilfe bringen. Der Verwaltungschef hielt es für eine erfreuliche Tatsache, daß es keine Differenzen über die Grenzen hinweg gebe und überall Menschen zu finden seien, die sich uneigennützig und freiwillig in den Dienst für den Nächsten stellen. Diesen Idealisten gelte es zu danken. Abschließend wünschte Dr. Jansen den französischen Gästen einen guten Aufenthalt in Deutschland.

Colonel Venys dankte

Colonel Venys dankte im Namen der Delegation aus dem Nachbarland für

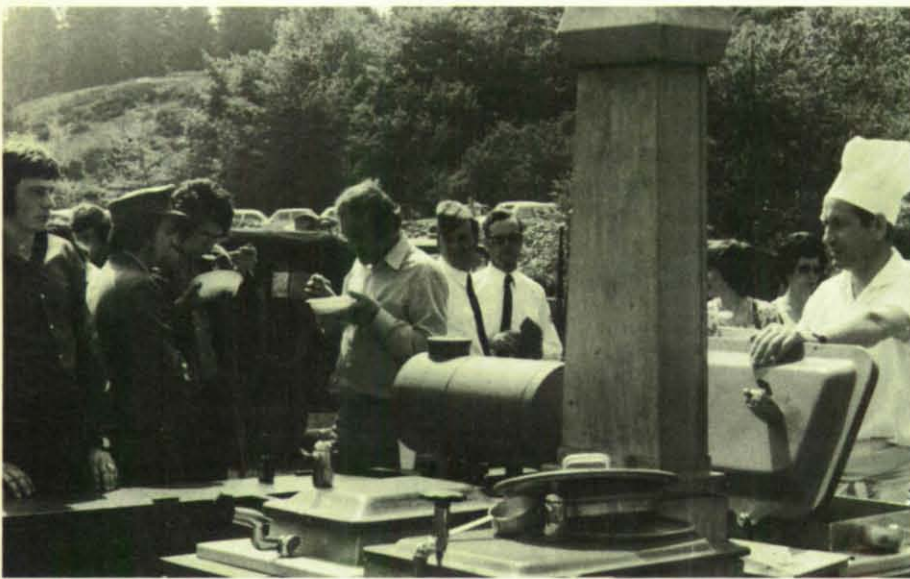
den herzlichen Empfang in Deutschland und zeigte für den Aufbau des Katastrophenschutzes seine Bewunderung. Bis man in seinem Land diesen Stand erreicht hätte, würden noch Jahre vergehen, meinte der Colonel. Wörtlich sagte er: „Von der bei Ihnen vorhandenen Ausrüstung können wir im Augenblick nur träumen.“ Er regte an, daß in großen Katastrophenfällen die



Die Verbundenheit mit dem Zivilschutz in St. Brieuc bekundet THW-Geschäftsführer Escherich durch die Überreichung einer Wappentafel an Colonel Venys.



Die französischen Gäste interessierten sich vor allem für den Inhalt der Geräte-
kisten und ließen sich jedes Detail genau erklären.



Gemeinsames Essen aus den Kesseln des THW — Erbsensuppe.



Für drei Tage waren deutsche Katastrophenschutzangehörige gern gesehene
Gäste an der Zivilschutz-Schule in Binic (Bretagne).

einzelnen Gruppen auch über Ländergrenzen hinweg schnell und unbürokratisch ihren Dienst und ihre Hilfe anbieten sollten.

Nach dem Abendessen ging es zurück nach Alsdorf zur Teilnahme am Ehrenabend zum 75jährigen Bestehen der freiwilligen Feuerwehr Alsdorf. Nach einer herzlichen Begrüßung im Festzelt der Feuerwehr wurden Colonel Venys und Capitain Rouvrais durch Kreisbrandmeister Hennes mit dem deutschen Feuerwehrzeichen ausgezeichnet. Die Franzosen revanchierten sich mit Vorführungen einer Folklore-Gruppe in Original-Trachten aus der Bretagne. Ein in der Bretagne sehr bekannter Künstler spielte bretonische Weisen auf dem Dudelsack und einem alten Saiteninstrument.

Gemeinsamer Kirchgang

Am Sonntag besuchte man gemeinsam einen ökumenischen Gottesdienst. Danach fand sich eine kleine französische Abordnung zur Kreisdelegiertentagung der Feuerwehr ein, während die anderen Gäste an der Matinee im Festzelt teilnahmen. Am Montagmorgen folgten die französischen Gäste einer Einladung des Eschweiler Bergwerks-Vereins und besichtigten die Übertage-Anlagen und die Kokerei der Grube Anna in Alsdorf. Dabei wurde auch das Ausbildungszentrum besucht, wo sich eine naturgetreue Nachbildung der unterirdischen Anlagen des Bergwerks befindet.

„EWG des Herzens“

Mit einem Empfang im Rathaus der Stadt Alsdorf am Mittag endete der Aufenthalt der Zivilschutz- und Feuerwehrdelegation aus Saint-Brieuc. Im großen Sitzungssaal wurden die Gäste aus der Partnerstadt von Bürgermeister Küpper begrüßt. Unter den Teilnehmern waren auch der Stadtdirektor von Saint-Brieuc, Deklunder, der privat in Alsdorf weilte, MdB Kurt Koblitz, Stadtdirektor Dr. Eckert sowie mehrere Stadtverordnete.

Bürgermeister Küpper sprach über die Beziehung zwischen beiden Städten und lobte die vielen freundschaftlichen Kontakte. Ein französischer Gast sprach von der „EWG des Herzens“, die Platz greifen müsse. Beim Abschiedessen wurde von deutscher und französischer Seite der Wunsch ausgesprochen, die einmal geknüpften Beziehungen auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes nicht wieder abreißen zu lassen.



UMSCHAU

Fortsetzung von Seite 3

Worte“, lautet ein Sprichwort. Dasselbe gilt für ein Modell! Bei vielen Themen kann ein Modell Worte und Zeit ersparen, z. B.: Zweibock, Dreibock, Abstützungen und Aussteifungen, sämtliche Stege, Erdanker, alle Stiche und Bunde, die 12 Schadenelemente.

Nach einem naturgetreuen Modell ist z. B. der Bau eines Steges sehr viel einfacher.

Modellbau ist eine einmalige Arbeit, die sich für die Ausbildung reichlich bezahlt macht.

Diese Serie steht unter dem Motto: Kampf dem Methodik-Muffel. Man könnte sie an dieser Stelle ergänzen: Kampf dem Modell-Muffel!

Hilflos

Leere Krankentragen — ein Bild der Hilflosigkeit, aber auch der Hilfsbereitschaft. Ohnmächtig stehen zahlreiche Retter vor dem ausgebrannten Wrack des brasilianischen Verkehrsflugzeuges, das am 11. Juli

nur vier Kilometer vom Pariser Flughafen Orly entfernt auf freiem Feld nach der Notlandung ausbrannte. 122 von 134 Menschen an Bord fanden den Tod. Dieses Foto läßt das tragische Ausmaß des Unglücks nur erahnen — es sagt mehr als Worte.



Veranstaltungen der BVS-Bundesschule

Die Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz führt im Oktober folgende Veranstaltungen durch:

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit		Meldung bei	
		vom	bis	Dienststelle	Landesstelle
77	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	2.	5. 10.	17. 8. 73	27. 8. 73
78	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Redner	2.	5. 10.	17. 8. 73	27. 8. 73
79	BVS-Fachlehrgang Brandschutz	2.	5. 10.	17. 8. 73	27. 8. 73
80	Arbeitsseminar Zivile Verteidigung	9.	12. 10.	27. 8. 73	2. 9. 73
81	Arbeitsseminar Bergungsgruppe	9.	12. 10.	27. 8. 73	2. 9. 73
82	BVS-Fachlehrgang ABC-Schutz, Teil II	9.	12. 10.	27. 8. 73	2. 9. 73
83	BVS-Fachlehrgang BVS-Redner	16.	19. 10.	3. 9. 73	10. 9. 73
84	BVS-Fortbildungslehrgang BVS-Fachlehrer	16.	19. 10.	3. 9. 73	10. 9. 73
85	Info-Seminar	16.	19. 10.	Einladung erfolgt durch die BVS-Bundesschule	
85 a	BVS-Fachlehrgang Sanitätsdienst	16.	19. 10.	3. 9. 73	10. 9. 73
86	Arbeitsseminar Zivile Verteidigung	23.	26. 10.	7. 9. 73	17. 9. 73
87	BVS-Fachlehrgang Weiterführende BVS- u. Se-Ausbildung	23.	26. 10.	7. 9. 73	17. 9. 73
88	Info-Seminar	23.	26. 10.	Einladung erfolgt durch die BVS-Bundesschule	



LESERBRIEFE LESERMEINUNG

Haarsträubend

Im ZS-MAGAZIN 5/73 haben wir unter dem Titel „400 Helfer waren dabei“ über eine Vollübung des Katastrophenschutzes der Stadt Leverkusen berichtet. Dazu erreichte uns eine kritische Zuschrift. Der Autor ist Sachbearbeiter des Sanitätswesens für den Erweiterten Katastrophenschutz beim Regierungspräsidenten in Darmstadt und Ausbilder beim Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Wiesbaden.

Auf den Seiten 14 und 15 veröffentlichten Sie u. a. zwei Bilder von Rettungsmaßnahmen, bei deren Anblick sich mir die Haare sträuben: Die Helfer, die mit der Trage einen Verletzten transportieren (Seite 14, unten rechts), lassen den Anschnallgurt so „fachmännisch“ an beiden Seiten herunterhängen. Der Verletzte ist — obwohl sich die Helfer in unwegsamem Gelände bewegen — nicht festgeschnallt. Ein Stolpern würde genügen, um das Unfallopfer auf dem Boden landen zu lassen.



... und so auch nicht.

Dabei könnten zusätzliche Verletzungen entstehen.

Seite 15, unten rechts: Ein Schockpatient wird behandelt. Der Helfer hat den Verletzten in die Schocklage gebracht. Das ist richtig. Er hat ihn aber mit den Füßen, d. h. mit den empfindlichen Achillessehnen, auf die scharfe Kante einer Kiste gelegt, ohne diese vorher mit einem Polster abzudecken. Der Patient wird hierdurch nach kurzer Zeit zusätzliche Schmerzen erleiden müssen. Das Verhalten der Helfer widerspricht den Ausbildungslehren des Deutschen Roten Kreuzes und der Katastrophenschutzschulen des Bundes und der Länder. Solche krassen Fehler sollten in einer Fachzeitschrift, wie sie das ZS-MAGAZIN darstellt, nicht veröffentlicht werden — es sei denn mit dem entsprechenden Hinweis auf das fehlerhafte Verhalten. Was meinen Sie?

Franz-Josef Kneipp

Wir meinen, eine Reportage sollte in Text und Bild wahrheitsgemäß berichten — auch über Fehler und Unzulänglichkeiten. Eine kritische Bemerkung allerdings — das sei zugegeben — wäre in den genannten Fällen angebracht gewesen. Deshalb hier noch einmal Bilder:



So nicht . . .

Mitfahrende Hunde

Aus einer Zeitungsnotiz über einen schweren Verkehrsunfall war zu entnehmen, daß der verletzte Autofahrer zu spät geborgen werden konnte, weil sein im Fond sitzender Schäferhund die zu Hilfe eilenden Polizisten nicht heranließ. Einer der Helfer wurde von dem Hund gebissen und mußte selbst ärztlich betreut werden.

Das Problem des Mitführens von Hunden im Auto beschäftigt mich seit langem. Ein Hund kann wie ein Mensch bei einem Unfall „durchdrehen“. Deshalb frage ich: Sollte der Gesetzgeber nicht das Anlegen eines Maulkorbes bei Mitführen von Hunden im Auto zwingend vorschreiben?

H. Bodemüller, Karlsruhe

Tiefgarage als Mehrzweckanlage

Im ZS-MAGAZIN 12/72, S. 16/17 berichteten wir unter der Überschrift „Tiefgarage als Mehrzweckanlage“ über die erste in Bremen fertiggestellte Anlage dieser Art. Die Architekten Theodor Rosenbusch, Architekt BDA, und Klaus Rosenbusch, Dipl.-Ing. Architekt, legen Wert auf den Hinweis, daß sie für Entwurf und Bauleitung der Tiefgarage verantwortlich gewesen sind.

Steuerfrei

In Kandel/Pfalz besteht seit mehr als acht Jahren eine Rettungshundestaffel, die schon wiederholt erfolgreich im Einsatz war. Alle Rettungshundeführer haben sich bereiterklärt, bei Katastrophen im In- und Ausland und zu Suchaktionen nach vermißten Mitbürgern mit ihrem Rettungshund kostenlos zur Verfügung zu stehen. Da Rettungshunde durch laufende Übungen einsatzbereit gehalten werden müssen und die Haltung dieser Hunde nicht gerade billig ist, sollte man dem Hundeführer zur teilweisen Bestreitung der Kosten einen monatlichen steuerfreien Betrag gewähren, der nicht unter 40 DM liegt.

Egon Arnold, Staffelführer

Hierüber müssen die jeweils zuständigen Gemeinden entscheiden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf einen Bericht auf Seite 39 dieser Ausgabe.

Zwischen Nord- und Ostsee

Bark. „Cora vom Silberwald“ heißt der erste Rettungshund im Kreis Segeberg. Innerhalb eines Jahres erfolgte die Ausbildung in zwei jeweils achttägigen Lehrgängen an der BVS-Schule in Ascheberg.

Gleichzeitig wurde auch die Besitzerin der gutgewachsenen Schäferhündin, Brigitte Tatje, dort zur Rettungshundeführerin herangebildet. Sie ist auch BVS-Beauftragte für den Bereich des Amtes Leezen, während ihr Ehemann Klaus Tatje in gleicher Funktion den Amtsbereich Segeberg-Land betreut.

Die Rettungshundplakette für „Cora“ wurde Brigitte Tatje von dem Leiter der auch für den Kreis Segeberg zuständigen BVS-Dienststelle Pinneberg, Waldemar Plewig, überreicht. Dieser meinte, daß nur ein Rettungshund für einen gesamten Kreis nicht ausreicht. Notwendig sei zumindest ein ausgebildeter Hund für jede Gemeinde.

✱

Heiligenstedten. Bei einer großen zweitägigen Katastrophenschutzübung im Kreis Steinburg hatte man eine Hochwasserkatastrophe angenommen. Bis zum Sanddeich bei Heiligenstedten war die Störniederung überschwemmt. Um das dort weidende Vieh zu retten, sollte es nach Ostholstein verfrachtet werden. Doch bei diesem Transport mußten weitere Schwierigkeiten überwunden werden. Der Weg führte durch ein verstrahltes Gebiet, das erst entseucht werden mußte. Dann gab es zwischen Bad Segeberg einen Verkehrsunfall. Drei Fahrzeuge waren hierin verwickelt. 14 Verletzte — äußerst realistisch dargestellt — mußten versorgt und betreut werden. Dabei wurde der eingesetzte DRK-Trupp überfordert, so daß alle Hilfskräfte zupacken mußten.

Am nächsten Tag war im Kreisgebiet Steinbruch aus einem verlassenen Hof Vieh zu bergen. Es handelte sich um etwa 13 Tiere, von denen — wie angenommen wurde — zwei notgeschlachtet werden mußten. An beiden Tagen hatte alles geklappt. Nach Abschluß der Übung sprach der Leiter des Katastrophenschutzes Kreis Steinburg, Landrat Dr. Brümmer, den 66 beteiligten

Helfern aus den verschiedenen Organisationen sowie Übungsleiter Dr. Becker seinen Dank und seine uneingeschränkte Anerkennung aus für das Geleistete und dafür, daß sie stets bereit seien, ihren Ausbildungsstand unter Beweis zu stellen.

An der Übung waren beteiligt: 2 Veterinärzüge, der Pferde-Sanitätszug, Teilkkräfte der Lenkungsbereitschaft (Versorgung), ABC-Spürtrupp der Freiwilligen Feuerwehr Itzehoe und der erste Fernmeldezug Itzehoe des DRK.

✱

Barmstedt. An der Chemnitzschule in Barmstedt (Kreis Pinneberg) konnten wieder Selbstschutz-Grundlehrgänge für die Abgangsklassen

durchgeführt werden. Teilnehmer waren 53 Schüler und Schülerinnen, die in drei Arbeitsgruppen aufgeteilt worden waren. Mit großem Eifer waren die jungen Leute dabei, sich die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten für den Selbstschutz anzueignen.

Vor Beginn der Ausbildung dankte BVS-Dienststellenleiter Plewig Realschuldirektor Wittern, daß er bei diesem stets eine besonders aufgeschlossene Haltung dem Selbstschutz gegenüber gefunden habe. In den beiden Kreisen seines Dienstbereiches, Pinneberg und Segeberg, gibt es keine Schule, die sich den Aufgaben des BVS bisher verschlossen habe.



Schon beim Auslaufen bildeten sich erste Gesprächsgruppen. In der Mitte: Fregattenkapitän Stricker; rechts neben ihm: Landesstellenleiter Sohl.

Kontaktgespräche auf See

Kieler Woche 1973. An Bord des Erprobungsbootes der Bundesmarine „Heinz Roggenkamp“ befinden sich weit mehr Zivilisten als Uniformierte. Es sind leitende Persönlichkeiten aus Behörden, Verbänden, Organisationen und sonstigen Institutionen, die auch in diesem Jahre wieder vom Dezernat Öffentlichkeitsarbeit des Territorialkommandos Schleswig-Holstein zu einer Regatta-Begleitfahrt eingeladen worden waren. Dort, wo sich früher ein Feuerschiff befand und jetzt eine Leuchtfeuerinsel fest im Meeresboden fundamementiert ist, verweilt die „Heinz Roggenkamp“ für längere Zeit. Nach allen Richtungen hin können jetzt die Gäste ausgiebig die verschiedenen Regatten beobachten.

In erfrischender Seeluft findet man sich zu anregenden Gesprächen zwanglos zusammen. Bestehende Kontakte werden erweitert, neue

angeknüpft. Lebhaft im Gespräch mit Persönlichkeiten anderer Bereiche befinden sich auch die Vertreter des Bundesverbandes für den Selbstschutz: Landesstellenleiter Sohl mit seinen Fachgebietsleitern Hoberg (Öffentlichkeitsarbeit) und Heinitz (Ausbildung), der Leiter der BVS-Schule in Ascheberg, Koch-Vollstedt, und der Leiter der BVS-Dienststelle Kiel, Busch. Vieles, was bei früheren Zusammenkünften, so z. B. bei den „Ascheberger Gesprächen“, angesprochen worden war hinsichtlich des Selbstschutzes im Rahmen der Zivilverteidigung, wird neu und der gegenwärtigen Situation entsprechend erörtert. Die Regatten gehen zu Ende. Die „Heinz Roggenkamp“ macht wieder an der Tirpitzmole fest. Nun kann der Organisator der „Prominentenfahrt“, Fregattenkapitän Stricker, den Dank aller Beteiligten entgegennehmen. Zum Teil werden dann die Kontaktgespräche auf See an Land noch weitergeführt. Man ist sich wieder einmal nähergekommen.

Selbstschutz in der Kirche

In dem ehrwürdigen Gotteshaus aus dem Jahre 1745 in Niendorf an der Stecknitz im Kreise Herzogtum Lauenburg fand etwas statt, das sich von kirchlichen Gepflogenheiten deutlich abhebt, innerlich aber in einem Zusammenhang steht auf der Grundlage echter Nächstenliebe. Mit Pastor Lopau hatten sich dort 38 Konfirmanden im Kirchenschiff versammelt. In anschaulicher und eindrucksvoller Weise zeigte Dieter Restorf von der BVS-Dienststelle Mölln den Jugendlichen den tieferen Zusammenhang zwischen dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter, dem 5. Gebot und dem Selbstschutz als Notwendigkeit christlicher Verantwortung auf. Anfangs nahmen die Konfirmanden dies fast in theologischen Denk- und Sprachkategorien gehaltenen Ausführungen etwas befremdet auf, da sie von jener Seite her bisher weder im Schul- noch im Konfirmandenunterricht, geschweige denn im Gottesdienst angesprochen worden waren. Die Skepsis der jungen Leute legte sich dann aber mehr und mehr,

als der „Selbstschutzmann“ mit einem Freiwilligen aus ihren Reihen „lebensrettende Sofortmaßnahmen“ vorführte.

Als dann noch die Tonbildschau des BVS „Der Mensch in der Katastrophe“ ablief, zeigten sich die Konfirmanden wie auch ihr Pastor sichtlich beeindruckt von dieser außergewöhnlichen Stunde für Konfirmanden in der alten Dorfkirche. Das gute Gelingen dieser neuartigen Veranstaltung zur Gewinnung von Menschen für den Selbstschutzgedanken ließ erkennen, daß das nur wenige Tage vorher im Christophorushaus in Bäk am Ratzeburger See stattgefundene Informations-Seminar des BVS mit Pastoren und anderen Vertretern des christlich-religiösen Wirkungsbereiches sich schon in einer Kirchengemeinde ausgewirkt hat.

Wahl der Helfervertreter

Nach vollzogener Wahl setzt sich die Vertretung der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfer für den Bereich der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein wie folgt zusammen:

BVS-Dienststelle Eutin (mit Sitz in Oldenburg): Eberhard Schmidt, Monika Nimschefskey und Walter Sarno;

BVS-Dienststelle Flensburg: Gerd Schreiber, Horst Fischer und Uwe Jensen;

BVS-Dienststelle Husum: Hans Green, Doris Sohn und Otto Tischler;

BVS-Dienststelle Itzehoe: Ernst Kroezus, Heinz Haupthoff und Jürgen Grabke;

BVS-Dienststelle Kiel: Bruno Mizgayski, Claus-Peter Dittmann und Jürgen Karnatz;

BVS-Dienststelle Lübeck: Karl-Heinz Sckappien, Hans Gehlsen und Rudolf Schröder;

BVS-Dienststelle Mölln: Erwin Kuhn, Kurt Kratsch und Gudrun Oppitz;

BVS-Dienststelle Neumünster: Willi Brandt, Wolfgang Dahmann und Herbert Ohm;

BVS-Dienststelle Pinneberg: Gerd Lütters, Siegmund Lichtenberg und Gisela Lütters;

BVS-Dienststelle Schleswig: Peter Aichner, Friedel Ripken und Johannes Held.

HAMBURG



Lohbrügger Sommerfest

Am ersten Sommerwochenende feierten die Bergedorfer und Lohbrügger wieder ihr Sommerfest im Grünen Zentrum. Mehr als 30 000 Menschen waren gekommen, um sich auf diesem Fest zu vergnügen, das jährlich unter der Regie des Bürgervereins Lohbrügge stattfindet. Für jeden gab es etwas: Jahrmarkt, Tanz, Vorführungen der Sportvereine und Hilfsorganisationen, Fahrrad-rallye, Flohmarkt für die Kinder, um nur einige der Attraktionen zu nennen.

Für das leibliche Wohl der Besucher und Aktiven des Festes sorgte die Feldküche der Freiwilligen Feuerwehr Warwisch. Zu einer Riesengaudi entwickelte sich das „Wasserballspiel“ der beteiligten Organisationen gegeneinander. Es galt, mit drei C-Rohren einen an einer Schnur hängenden Ball ins gegnerische Tor zu treiben. Dabei bekamen die Zuschauer oft eine erfrischende Dusche ab. Die Mannschaft der Bergedorfer BVS-Dienststelle schied

in der Vorrunde aus, da sie vom Bürgerverein Lohbrügge mit 5:2 geschlagen wurde. Da half auch nicht die lautstarke Unterstützung durch den Spielmannszug „Deichwacht Hamburg“.

Am Stand der BVS-Dienststelle

Bergedorf zeigten die Helfer das richtige Ablöschen brennender Personen und die Atemspende an den dafür vorgesehenen Puppen. Gerade diese Vorführungen, an denen sich auch die Besucher beteiligten, fanden großes Interesse.



Wasserballspiel mit je 3 C-Schläuchen. In origineller Verkleidung die Mannschaft des Bürgervereins Lohbrügge (rechts) gegen BVS Bergedorf.

So wurden etwa 8500 Besucher am Stand gezählt. Die vorbereiteten Tragetaschen mit Informationsmaterial über den Selbstschutz reichten längst nicht aus. Auch die Termine der nächsten Se-Grundlehrgänge in der Dienststelle, die auf Handzetteln bekanntgegeben wurden, waren rasch vergriffen. Beim Abbau am Sonntagabend konnten sich die BVS-Helfer einmütig freuen: „Es war für uns und die anderen Hilfsorganisationen ein Erfolg!“ Die THW-Helfer zeigten den Einsatz der Sauerstofflanze. Die DLRG hatte ein Schwimmbecken aufgebaut, in

dem gezeigt wurde, wie man bereits Kleinkindern mit BEMA-Schwimmflügeln das Schwimmen beibringt. Außerdem zeigte die Tauchergruppe der Bergedorfer DLRG ihr Können und ihre Ausrüstungsgegenstände. Besonders bei den Kindern kamen die Vorführungen der Freiwilligen Feuerwehr Lohbrügge an, die zeigten, was man mit Wasser alles machen kann. Viel Sympathien erwarb sich der Spielmannszug „Deichwacht Hamburg“, der die Besucher an beiden Tagen mit flotten Melodien erfreute.

Eindrucksvolle Besichtigung

Im Rahmen der Besichtigungen von Betrieben, die wegen ihrer vorbildlichen Sicherheitsvorkehrungen für den betrieblichen Selbstschutz von besonderem Interesse sind, wurde die Zigarettenherstellerfirma „BAT“ in Hamburg besucht.

Die Vorbereitungen für diese Besichtigung, an der über 30 Helferinnen und Helfer des BVS, insbesondere der Dienststelle Hamburg-Nord teilnahmen, waren von der Fachgebietsleiterin II 5 bei der Landesstelle Hamburg, Frau Paula Fietzke, getroffen worden. Durch einen leitenden Angestellten wurden wir in einem Empfangsraum innerhalb des Werksgeländes begrüßt und zunächst mit der Eigenart dieses Betriebes vertraut gemacht.

Bei der anschließenden Besichtigung wurde jeder Teilnehmer mit einem kleinen Empfangsgerät ausgerüstet, damit sich der Vortragende über Mikrofon bei dem Lärm, den die zahlreichen Maschinen erzeugten, besser verständlich machen konnte. Wir wurden zuerst in eine riesige Halle geführt, in welcher der Roh-tabak lagerte. Hier fielen die vor-

bildlichen Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere gegen Brandgefahr, auf.

Die insgesamt etwa 800 Betriebsangehörigen waren einheitlich mit entsprechender Werkskleidung versehen. Bei der Schnelligkeit, mit der die Zigarettenherstellung erfolgt, bedarf es größter Sorgfalt und Geschicklichkeit von seiten der Arbeiter, um jederzeit den störungsfreien Ablauf zu gewährleisten. Man konnte beobachten, mit welcher Schnelligkeit auftretende Störungen beseitigt und die notwendigen Materialien neu ergänzt wurden. Eine ausgebildete Sanitäterin steht für kleinere Verletzungen jederzeit bereit. Ein perfekt eingerichteter Sanitätsraum ist vorhanden, und ein Notarztdienst kann in Ausnahmefällen sofort eingesetzt werden.

Für die Brandbekämpfung steht eine Werksfeuerwehr, die sich aus Angehörigen der Belegschaft zusammensetzt und laufend auf einem hohen Ausbildungsstand gehalten wird, zur Verfügung. Mit einem besonderen Dank an die Betriebsleitung verabschiedeten sich die Teilnehmer.

Jeder Mitarbeiter ein Werber

Seit langem war von der BVS-Dienststelle Hamburg-Altona ein Termin mit dem Fachgebiet II 4 abgesprochen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ea. besetzten Dienststelle im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft mit Themen der Öffentlichkeitsarbeit vertraut zu machen.

Erst nach den abgeschlossenen Renovierungsarbeiten in der Dienststelle konnte Fachgebietsleiter Bochert sein Versprechen einlösen, um in einem Vortrag und einer anschließenden Diskussion die Aufgabenstellung des BVS und die

Mitarbeit im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herauszustellen.

Ausgehend von den täglichen Gefahren bis hin zu Katastrophen gab Bochert zunächst einen zahlenmäßigen Überblick. Hier stellt sich die Frage, was sollen und können wir tun, um die Opferzahl zu mildern? Trotzdem vergehen in vielen Fällen kostbare Minuten oder gar Stunden, bis Hilfe eintrifft. Darum muß jeder sich selbst und seinen Nächsten zuerst einmal aus eigener Kraft helfen können.

Um über diese Gefahren und Hilfsangebote die Bevölkerung aufzu-

klären, ob in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Freizeit, müssen wir das Gespräch suchen und werbend für unsere Aufgaben tätig werden. Diese Aufgabe können wir nur erfüllen, wenn jeder BVS-Mitarbeiter weiß, was er zu sagen hat, und wie er seine Aussage macht, um überzeugen zu können.

10 Jahre im BVS



In einer Feierstunde der BVS-Dienststelle Harburg überreichte der Leiter der Landesstelle Hamburg, Ludwig Müller, 12 Helferinnen und Helfern eine Urkunde für ihre mehr als 10jährige treue Tätigkeit im BVS. Es sind dieses (stehend, von links): Werner Schütze, Willi Bergeest, Willi Riege, Horst Kunze, Claus Roewer, Wilfried Kahnt, Paul Mäurer, Frau Gisela Deters, Dieter Krauel, und (knieend): Wolfgang Everien, Norbert Winkelmann, Uwe Holtmann; rechts stehend: Landesstellenleiter Ludwig Müller.

Langjährige Helfer geehrt

In den Räumen der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord war eine Zusammenkunft angesetzt worden, um bei dieser Gelegenheit Frau Johanna Bartels, Frauensachbearbeiterin, Hermann Thomsen, Beauftragter im ZS-Unterabschnitt, und Adolf Sammer, Vertreter des Beauftragten, die Ehrennadel des Verbandes für ihre langjährige und treue Mitarbeit zu überreichen.

Die BVS-Landesstelle hatte gebeten, von der ehrenamtlich besetzten Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel deren Leiter Erich Stein und den Mitarbeiter Werner Hauffe ebenfalls einzuladen, damit auch diesen die Ehrennadel überreicht werden konnte. Zu der kurzen Feierstunde waren 25 bewährte Helferinnen und Helfer eingeladen worden. Nach einer Begrüßung durch Dienststellenleiter Karl-Heinz-Schuhmacher überreichte Landesstellenleiter Ludwig Müller der genannten Helferin und den drei Helfern die BVS-Ehrennadel.

Schon Eröffnung ein Erfolg

In Zusammenarbeit mit der Landesstelle gestaltete die Dienststelle Brake im Rathaus der Stadt Nordenham eine Ausstellung. Zur Eröffnung dankte Bürgermeister Münzberg vor allem den ehrenamtlichen Helfern. Die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz werde nicht immer in der Öffentlichkeit günstig aufgenommen, obwohl gerade die Information an die Bevölkerung eine notwendige Maßnahme der Vorsorge sei. Nach einführenden Worten des BVS-Bereichsbeauftragten Fisser (Oldenburg) stellte sich Dienststellenleiter Horst Schlicht den Gästen als direkter Gesprächspartner vor, und zwar für das Gebiet des Landkreises Wesermarsch. Schlicht ging in seinem Vortrag besonders auf die ersten zehn Minuten ein, die nach jedem Unglück für die Betroffenen von entscheidender Bedeutung sein können. Schlicht sprach besonders die Vertreter der Industrie und der Behörden an, damit sie von den Möglichkeiten einer Teilnahme an den erwähnten Lehrgängen Gebrauch machen. Er betonte, daß bei allen Lehrgängen des BVS die Betriebsangehörigen Gelegenheit haben, an den eigenen Geräten zu üben und sich somit mit diesen vertraut zu machen. Gerade im Landkreis Wesermarsch sei die Resonanz in den einzelnen Betrieben über die BVS-Arbeit recht gut. An die Vorsitzenden der Großvereine gewandt, bat der Dienststellenleiter, Vereinsversammlungen durch informative Filmveranstaltungen des BVS zu beleben. Als Ergebnis konnte bereits unmittelbar nach der Eröffnung gewertet werden, daß mehrere Betriebsinhaber und Behördenleiter den BVS zur Durchführung von Lehrgängen anforderten.

Zu Gast in Berufsschulen

Im Rahmen eines Erlasses des Kultusministers, der den Schulen die Beteiligung des BVS am Gemein-

schaftskundeunterricht empfiehlt, war die Dienststelle Rinteln zu Gast an den gewerblichen und hauswirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschulen. Der Oberstudiendirektor ließ seine Schülerinnen und Schüler klassenweise in einem Lehrgespräch über das Thema „Der Selbstschutz im Rahmen behördlicher Vorsorge“ informieren. Referent war BVS-Dienststellenleiter Lühke; der ehrenamtliche Helfer Hausmann unterstützte ihn mit Tageslichtschreiber und Filmgerät. Den Abschluß jedes Lehrgesprächs bildete ein Film. Er zeigte an praktischen Beispielen aus der Vergangenheit und der Gegenwart, wie notwendig es ist, für alle Katastrophen, mit denen wir täglich konfrontiert werden können, Vorsorge zu treffen.

Günstiger Jahresbericht

Die Dienststelle Osterholz-Scharmbeck hatte die Helfer aus dem Landkreis zu einer Versammlung eingeladen. Auf der Tagesordnung standen: Wahl der Helfervertreter, Verpflichtung einiger Helfer, Entgegennahme des Jahresberichts 1972 und ein Vortrag über die Aufgaben des BVS-Helfers in einer ehrenamtlichen Dienststelle. Erschienen waren 80 % der eingeladenen Personen, darunter auch zwei neue Helfer. Insbesondere sie wurden von Dienststellenleiter Walter Schulz begrüßt.

Die Wahl der Helfervertreter ging zügig vonstatten. Der Dienststellenleiter verpflichtete einige Helfer für ihre Aufgaben. Dann erstattete Walter Schulz den Jahresbericht. Als zählbare Leistungen nannte er 50 Grundlehrgänge mit 1050 Teilnehmern, 7 Informationsveranstaltungen mit 315 Teilnehmern, eine Ausstellung im Kreishaus und — als besondere Würdigung — je 96 ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden von 4 BVS-Helfern. Der anschließende Vortrag des Dienststellenleiters Eversmann (Cuxhaven) über die Aufgaben des BVS-Helfers löste eine lebhafte Diskussion aus.

Ein Zeichen dafür, daß seine Ausführungen mit Interesse aufgenommen worden waren.

Selbstschutz in Lüneburg

Seit einigen Jahren finden in Lüneburg regelmäßig Lehrgänge für den Behörden- und Betriebselbstschutz statt, die vom BVS im Auftrage des Oberstadtdirektors durchgeführt werden. Zur Zeit werden Mitarbeiter von 26 Betrieben und Behörden im Brandschutz, in der Bergung und im Sanitätswesen theoretisch und vor allen Dingen auch praktisch unterwiesen. Für die Behörden ist allen Dienststellen mit mindestens 15 Beschäftigten durch Erlaß des Innenministeriums die Aufstellung eines Behördenselbstschutzes zur Pflicht gemacht. Auch die Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft haben in Erkenntnis der Notwendigkeit betrieblicher Vorsorgemaßnahmen einen wesentlichen Beitrag durch die Herausgabe von Informationen und von Empfehlungen für den erweiterten Katastrophenschutz in den Betrieben geleistet.

Kurzseminar

Ein Informationsseminar über alle Fragen der zivilen Verteidigung veranstaltete die BVS-Dienststelle in Zusammenarbeit mit der Landesstelle für 90 Leiter von Behörden und Betrieben aus dem Einzugsbereich Göttingen. Diese zeitlich sehr stark beanspruchten Personen konnten vom einladenden Oberstadtdirektor zu einer Teilnahme veranlaßt werden, so daß künftig zweifellos der BVS bei seiner Informations- und Ausbildungstätigkeit in den Behörden und Betrieben weniger Widerstand bei den Inhabern und Leitern vorfinden wird. Eine parallellaufende Ausstellung in der Stadthalle informierte zusätzlich über die Praxis des Selbstschutzes im Haus und an der Arbeitsstelle.

AG in neuer Dienststelle

Die Landesstelle Bremen hat ihre Diensträume von der Bahnhofstraße in die Bürgermeister-Schmidt-Straße 35 verlegt.

Mitte Juni fand die erste Arbeitsgemeinschaft der Fachgebiete II 2 und II 4 dort statt. Gerda Anton und Hellmuth Günther berichteten über ihre praktische Ausbildung an der BVS-Schule Voldagsen. Landesstellenleiter Umlauf gedachte der Verstorbenen: Heinrich Regendanz, langjähriger Helfer aus Bremen-Nord, und Paul Werbelow, der die Öffentlichkeitsarbeit durch Vermittlungen zu Bürgervereinen und Vertriebenenorganisationen gefördert hat.

„Als neue Stätte der Begegnung“ wünscht sich Landesstellenleiter Umlauf die Landesstelle. Insbesondere erhofft er sich eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, Ausbau bestehender Kontakte zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, zu Landes- und Bundesbehörden sowie zu Organisationen und Verbänden aus Handel, Wirtschaft und Industrie der Hansestadt.

Im Verlauf der AG — die Durchführung hatte BVS-Fachlehrer Georg Jakubeit — zeigte Werner Schwanck, Bremen-Nord, 30 gelungene Farbdias vom Schloß und Park Voldagsen und der Ausbildung, die er während seiner Lehrgänge an der BVS-Schule gemacht hatte. Abschluß der Veranstaltung bildete die Vorführung des Farbfilms „Das große Gleichgewicht“, Probleme der Umwelt- und Wasserverschmutzung wurden eindrucksvoll zur Diskussion gestellt.

BVS-Informationseminar

Am 19. Mai führte die Landesstelle ein ganztägiges Seminar „Mitarbeit der Frau im Selbstschutz“ in Bremen-Schönebeck, im „Haus Hügel“, Freizeit- und Tagungsstätte der Bremer evangelischen Kirche, durch. Zur Information und Unterrichtung

über Aufgaben von Staat und Bürger im Selbstschutz der Bevölkerung, bezogen auf die Mitarbeit der Frau, waren Mitarbeiterinnen der Frauenarbeit aus evangelischen und katholischen Gemeinden sowie Vorsitzende von Frauenverbänden aus Bremen und Bremerhaven aufmerksame Zuhörerinnen.

Die Leitung des Seminars hatte Sachgebietsleiter Broders, Dr. med. E. Frühbrodt, Vorsitzender des Arbeitskreises „Ärzte des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Bundeswehr“ sowie die Fachgebietsleiter Singer und Freese behandelten unter Verwendung von Folien mittels Tageslichtprojektor Fachthemen.

Fachgebietsleiterin Frau Werbelow gab eingehende und praktische Anregungen zur „Vorsorge und Selbsthilfe in Familie und Haushalt“. Der Vortrag „Brandgefahren im Haushalt“, speziell bezogen auf den Umgang mit Erdgas und Flüssigkeitsbrennstoffen, durch Bezirks-Schornsteinfegermeister Chairsell, ehrenamtlicher BVS-Beauftragter für Bremen-Nord, fand uneingeschränkte Zustimmung bei den Seminarteilnehmerinnen. Diskussion und Aussprache zu den behandelten Themen bildeten den Abschluß des Seminars.

Vielseitige Kontaktpflege

Auf Veranlassung des Fachgebiets II 1 mit dem Helfervertreter sind seit geraumer Zeit für die Helfer und Helferanwärter der Dienststelle „Arbeitsgemeinschaften zur Kontaktpflege“ eingerichtet worden. Sie dienen der ständigen Information über dienstliche Belange und der Aufrechterhaltung des Kontaktes der Mitarbeiter.

Neben der Vorbereitung gemeinsamer Aufgaben für einen Zeitraum von jeweils vier Wochen, wie beispielsweise Schwerpunkte zur Gewinnung von Helfern oder der Einsatz bei Veranstaltungen, wird auch die menschliche Verbindung unter den Mitarbeitern in geeigneter Weise gefördert.

Außer Themen mit rein dienstlichem Charakter werden aktuelle Tagesfragen aus dem Beruf oder der Gemeinde behandelt. Den Abschluß der Arbeitsgemeinschaften bilden Filme über die Bundeswehr oder Vorträge der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Die Kontakte zu Radio Bremen anlässlich der Zusammenarbeit bei der Herstellung von zwei Kurzfilmen für das Regionalprogramm des Fernsehens führten zur Einladung in die Hörfunk- und Fernsehstudios.



In einem privaten Schutzraum für 25 Personen in einem Neubau in Bremen-Oberneuland hielt die Arbeitsgemeinschaft Schutzraumbau des BVS Bremen eine Arbeitstagung ab. Dabei wurde auch die Luftzufuhr eingehend erörtert und die Wirkungsweise der Belüftung demonstriert. Links der Leiter der Arbeitsgemeinschaft, Fachgebietsleiter Karl Golde.

Im Ruhestand

Mit Ablauf des Monats Juni 1973 wurde Verwaltungsoberramtmännin Anneliese Rose durch Urkunde des Bundesministers des Innern im Alter von 62 Jahren in den Ruhestand versetzt. Nachdem sie bereits seit 1941 im öffentlichen Dienst tätig gewesen war, wurde sie am 2. Februar 1966 von der Senatsverwaltung für Gesundheitswesen Berlin zur Bundeshauptstelle des damaligen BLSV versetzt. Von diesem Zeitpunkt an war die Beamtin als Personalsachbearbeiterin für die Arbeitnehmer der Landesstellen Niedersachsen, Hessen und Saarland eingesetzt. Bei der Erledigung der damit verbundenen vielseitigen Aufgaben hat sie sich besonders bewährt. Verwaltungsdirektor Boison stellte bei der Verabschiedung der Verwaltungsoberramtmännin Rose fest, daß ihr Ausscheiden eine weitere Lücke im Personalreferat des BVS aufreißt, nachdem erst vor kurzem ein anderer Mitarbeiter in den Ruhestand getreten ist.

Ehrennadel zum Abschied

Stadtdirektor Alfred Gleisner (Bergkamen), der in einer Feierstunde wegen Erreichens der Altersgrenze aus den Diensten der Stadt Bergkamen verabschiedet wurde, erhielt von Günter Eggert — in Vertretung des BVS-Landesstellenleiters — die ihm vom Vorstand des BVS verliehene Ehrennadel. Stadtdirektor Gleisner gewährte dem BVS seit Bestehen jede ideelle und materielle Unterstützung beim Aufbau des Selbstschutzes. Er tat dies offen und öffentlich zu einer Zeit, als Zivil- und Selbstschutz noch ein „heißes Eisen“ war. Seine Unterstützung erstreckte sich bei der Durchführung von Ausstellungen, Vortragsveranstaltungen in der Öffentlichkeit und in Schulen sowie bei der Organisation von Selbstschutzgrundlehrgängen in den Entlaßklassen sämtlicher Schulen in Bergkamen. Er sorgte dafür, daß die im Behördenselbstschutz verantwortlichen Mitarbeiter in Vorträgen



Günter Eggert (links) überreicht dem scheidenden Stadtdirektor von Bergkamen (rechts) die Ehrung des BVS.

eingehend in ihre Aufgaben eingewiesen wurden. Stadtdirektor Gleisner dankte für die ihm erwiesene Ehrung mit dem Hinweis, er habe sich von Anbeginn für diese humanitäre Aufgabe des Helfens bekannt im Interesse seiner Bürger, denen er sich verpflichtet fühle.



Urkunde für Rettungshunde: Die Schäferhunde „Junker von Högden“ (Halter Dr. Hädicke) und „Arko“ (Halter Kurt Manten) haben die Rettungshundeprüfung an der Landes-schule für den Selbstschutz bestanden. Stadtdirektor Raupach (Rheydt) händigte den Besitzern die Urkunden aus.

Bürger von Altena eingeladen

Im Oktober vergangenen Jahres wurde von dem Bereichsbeauftragten Arnsberg vor dem Kreisdirektor und den Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Lüdenscheid im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Altena ein Referat über die Durchführung der VwV-Selbstschutz in den Gemeinden gehalten. Dabei wurden die verschiedenen Möglichkeiten erörtert, die dazu

führen könnten, die Notwendigkeit und Möglichkeiten des Selbstschutzes bei den Bürgern der einzelnen Gemeinden publik zu machen. Stadtdirektor Dr. Gramke ging zur Erreichung dieses Zieles einen besonderen Weg. In Verbindung mit der Dienststelle Lüdenscheid wurden am 26. April Leiter von Ämtern, Behörden und Schulen sowie Vertreter von Vereinen, Verbänden und Organisationen, außerdem Damen und Herren, die in der Stadt Altena als Multiplikatoren für die Idee des Selbstschutzes angesehen werden konnten, zu einem Informationsgespräch eingeladen. Es erschienen insgesamt 40 Teilnehmer.

Nach der Begrüßung durch Stadtdirektor Dr. Gramke sprachen Stadtamtmann Höttler und BVS-Beauftragter Sahnow. Die Diareihen „Es gibt immer zwei Möglichkeiten“ und „Der Mensch in der Katastrophe“ unterstrichen die Ausführungen.

Aus der Diskussion, die von Bereichsbeauftragten Leufgens geführt wurde, ist folgendes festzuhalten:

Das Interesse der Teilnehmer war entsprechend ihrem freiwilligen Erscheinen sehr groß. Es wurden kaum kritische Fragen gestellt, sondern vielmehr brauchbare Anregungen gegeben und Vorschläge gemacht.

Regierungsdirektor Tismar von der Volkshochschule sagte für das nächste Semester eine Vortragsreihe: „Zivilschutz — Selbstschutz“ zu. In der Altenaer Werbewoche vom 20. bis 26. August soll in Verbindung mit Feuerwehr, THW, DRK, JUH und DLRG der BVS einen besonderen Stand erhalten.

Bei dem „Tag der offenen Tür“ der Feuerwehr soll der BVS eine Werbeveranstaltung durchführen. Hauptkommissar Opitz, Chef der Polizei, will seinen Beamten einen Grundlehrgang vermitteln. Der Vorsitzende des Stadtsportbundes, Löttgers, will sich dafür einsetzen, daß in jedem Sportverein ein Grundlehrgang durchgeführt wird.

Die anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Altena sagten ihre Teilnahme am nächsten Grundlehrgang zu.

Hinweise auf Gefahren

Mehr als zwei Millionen Unfälle ereignen sich jährlich in der Bundesrepublik im häuslichen Bereich. Davon enden laut Statistik rund 11 000 tödlich. Mit diesem Hinweis machte die Verbraucherberatung in Frankfurt auf ihre Ausstellung „Gefahren im häuslichen Bereich“ aufmerksam. Die BVS-Dienststelle Frankfurt beteiligte sich an der Ausstellung.

In drei Fachvorträgen wies die Dienststelle auf die Möglichkeiten der Ausbildung im Selbstschutz durch den BVS hin. Dabei wurden vor allem die so wichtigen Maßnahmen zur Unfallverhütung, das Löschen von Bränden, die Sofortmaßnahmen am Unfallort und die Nahrungsmittelbevorratung behandelt.

Da die Ausstellung in ganz Hessen gezeigt werden soll, wird sich sicher noch manche Gelegenheit finden, bei der sich der BVS und die Verbraucherberatung harmonisch ergänzen können.

Unfallübung in Darmstadt wirkte echt

Reichlich entsetzt waren zahlreiche Darmstädter Bürger, die eine offensichtliche Unfallstelle passierten. Drei PKW und ein Moped waren zusammengestoßen, die Insassen herausgeschleudert oder in den Fahrzeugen eingeklemmt worden. „Nur weil die Leute so rasen“, sagte ein blasser älterer Herr.

In zwei VW-Transportern kamen Helfer in Schutzanzügen und begannen sofort mit den ersten Hilfeleistungen. Ein vorbeikommender Arzt warf einen Blick auf einen der Verletzten und wollte sofort per Autotelefon den Notarztwagen anfordern. Er und viele andere hatten die großen Schilder mit der Aufschrift „Übung“ übersehen, die auf beiden Seiten der Unfallstelle standen. Die BVS-Dienststelle Darmstadt hatte ihre Mitarbeiter zu einer Unfallhilfeübung aufgerufen. Ein Abschleppunternehmen hatte echte Unfallfahrzeuge zur Verfügung gestellt. Dort war auch die Geschichte der Unfallfahrzeuge und ihrer Insassen bekannt, daher konnten die Verletzendarsteller naturgetreu



Dieses Unfallfahrzeug war nur „Statist“ einer Übung, wie auch der Verletzte. Helfer des BVS demonstrierten rasche Hilfeleistung.

geschminkt werden. Selbstverständlich waren die Polizei und der Krankentransport über diese Übung unterrichtet.

Schon in 45 Minuten waren acht „Verletzte“ mit Kopf- und Schnittwunden, Atemstillstand, offenem Brustkorb, Fremdkörper in den Wunden und einem Beckenbruch geborgen und transportfähig betreut. Auf die fachgerechte Hilfe wurde besonderer Wert gelegt.

Erfreulich waren spontane Hilfsangebote von Kraftfahrern und Passanten. Ihnen wurde für den guten Willen gedankt, um sie in ihrer Hilfsbereitschaft zu bestärken

BVS gab Unterricht

Die „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ des Deutschen Industrie- und Handeltages werden für den BVS in Zukunft eine verstärkte Tätigkeit in den Betrieben zur Folge haben. Die BVS-Dienststelle Frankfurt sammelte darin bereits die ersten Erfahrungen. Nach mehreren Kontaktgesprächen mit einem Sicherheitsbeauftragten der Firma Ymos und einer sich anschließenden Informationsveranstaltung wurden Werkschutz und Werksfeuerwehr im Bergungs- und Sanitätsdienst unterrichtet. Dabei wurden die Anforderungen des Werkes mit 3 000 Beschäftigten besonders berücksichtigt. Gleich von Anfang an waren durch das Interesse der Beteiligten die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit gegeben. Nach der theoretischen Ausbildung wurde das erlernte Wissen durch betriebsnahe

Übungen in die Praxis umgesetzt. Regelmäßige Übungen sollen die Kenntnisse festigen und erweitern. Es bleibt zu hoffen, daß recht viele Betriebe diesem Beispiel folgen.

BVS Friedberg beim Feuerwehr-Jubiläum

Anlässlich der Hundert-Jahr-Feier der freiwilligen Feuerwehr Bad Vilbel hatte die BVS-Dienststelle Friedberg auf dem Festplatz einen Informationsstand aufgestellt. Die Stadtverwaltung hatte das Gelände bereitgestellt, und das DRK überließ kostenlos das Zelt, um den BVS-Informationsstand gegen Witterungseinflüsse zu schützen. Durch gute Vorbereitungen der Dienststelle Friedberg mit ihren ehrenamtlichen Helfern informierten sich über 5 000 Besucher über die Notwendigkeit des Selbstschutzes. Ein großer Teil der Besucher zeigte sich sehr interessiert und ließ sich ausführlich beraten. Dabei nutzten sie die Möglichkeit, Geräte für Brandschutz, Rettung und Laienhilfe zu besichtigen.

Rettungshunde bald keine Steuerzahler mehr

Eine CAC-Spezialhundeschau von 40 Hovawart-Hunden in Kassel veranlaßte die BVS-Dienststelle, Züchter und Besucher auf die Rettungshunde-Ausbildung hinzuweisen. Hovawart-Hunde sind dem Laien wenig bekannt, aber auch sie sind für die Ausbildung als Rettungshunde geeignet. Seit 50 Jahren werden sie entsprechend alten Vorbildern als bodenständige deutsche Hunderasse wieder gezüchtet. Mit Standtafeln und Ausschnitten aus Berichten von Arbeiten der Rettungshunde improvisierte die BVS-Dienststelle eine Werbung für den Rettungshunde-Gedanken. Bis jetzt gibt es in Kassel nur einen ausgebildeten Rettungshund mit Führer für den Einsatz in Katastrophenfällen. Die Stadt Kassel teilte den interessierten Hundehaltern ihre Bereitschaft mit, durch stufenweise Steuererleichterung bis zur vollen Steuerfreiheit die Ausbildung von Hunden für den Rettungsdienst zu honorieren.

Helfervertreter

Manfred Osterburg wurde für den Bereich der Koblenzer Dienststelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz satzungsgemäß als ehrenamtlicher Helfervertreter gewählt.

Nachruf

Im 84. Lebensjahr verschied am 19. Juni in Montabaur der verdienstvolle frühere BVS-Kreisstellenleiter für den Unterwesterwaldkreis, Stephan Radke. Der Verstorbene, der bis zum Kriegsende in Stettin als Leiter von großen städtischen Luftschutzrevieren wirkungsvoll im Interesse der Mitmenschen tätig war, hatte sich schon 1952 dem gerade gegründeten Bundesluftschutzverband für den Neuaufbau eines Selbstschutzes der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Mit Tatkraft und Geschick aktivierte er in wenigen Jahren die für den nur kleinen Landkreis beachtliche Zahl von mehr als 600 Helfern. Nach einer Tätigkeit von über zehn Jahren als Kreisstellenleiter schied er nach Vollendung des 75. Lebensjahres aus der aktiven Arbeit für den Verband aus. Für seine Verdienste um den Aufbau des BVS ist er mit der Ehrennadel ausgezeichnet worden. Der BVS wird sein Andenken bewahren.

Offene Wünsche

Strahlender Sonnenschein und guter Teamgeist lagen von Anfang bis Ende über der Arbeitstagung des Fachgebietes II 5 an der BVS-Schule Birkenfeld. Tagungsleiterin Anita Darimont verstand es ausgezeichnet, die 25 Mitarbeiterinnen aus den vier Landesstellen durch ihren Bericht über die zurückliegende Zeit und das Ziel dieser Zusammenkunft gleich in die Arbeit einzuführen. Zur Wissenserweiterung war das Referat einer Gastrednerin über „Unsere Verantwortung für die Umwelt“ gedacht.

Die Leiterin der hauswirtschaftlichen Beratungsstelle Bingerbrück, Franz, die gerade von einer Vortragsreise durch Bolivien zurückgekehrt war, brachte das weltweite Problem der Umweltverschmutzung zur Sprache. Mit den Worten: „Nichts ist unerschöpflich, keine Ernte endlos —

unsere Wissenschaft hat den Menschen auf den Mond gebracht, ohne daß er seinen Hinterhof aufgeräumt hätte“, begann sie ihre Ausführungen.

Der zweite Tag war der praktischen Arbeit vorbehalten und begann mit Berichten der Fachbearbeiterinnen II 5. Die rege Tätigkeit auf dem Gebiet der Frauenarbeit in Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland und Baden-Württemberg berechtigt, dank des persönlichen Einsatzes und der vielen Kontaktabnahrungen, zu den schönsten Hoffnungen. Diese Aufwärtsentwicklung ist erfreulich, doch trägt sie die Verpflichtung in sich, jede Mitarbeiterin in ihrer Arbeit nach besten Kräften zu unterstützen. Da die verstärkte Mitarbeit der Frau im BVS dringend erforderlich ist, sollte auch die Stellung der Fachbearbeiterin II 5 gefestigt und ausgebaut werden. Das Streben nach einem guten Fundament bewies allein, daß von den 25 Lehrgangsteilnehmern zwei Fachlehrerin und Rednerin, zwei BVS-Lehrerin und Rednerin und sechs BVS-Lehrerin waren. Einige waren Ausbildungshelferinnen bzw. waren sie in der Methodik der Beratung ausgebildet.

Der Bericht über die Tätigkeit in der Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit zeigte neben Erfolgen auch Schwierigkeiten auf, die nicht unberücksichtigt bleiben sollten. Einstimmig wurde festgestellt, daß die in den Se-Grundlehrgängen vorgeführten Filme überaltert sind und dringend überholt werden müssen. Während einige am Beginn ihrer „BVS-Laufbahn“ stehende Damen einen Überblick über ihre künftige Aufgabe als Fb II 5 und Anleitungen dazu erhielten, lösten die anderen in Gruppenarbeit die Aufgaben:

1. Entwurf für ein Faltblatt über Vorsorgemaßnahmen zur Verteilung nach Info-Veranstaltungen für Frauen.
2. Entwurf eines Kurzberichtes zur Übergabe an Pressevertreter bei Info-Veranstaltungen für Frauen.
3. Ausarbeitung von Fragen, die Info-Veranstaltungen lebendiger werden lassen sollen.

Die Auswertung der Arbeitsergebnisse wurde wieder gemeinsam vorgenommen, so daß alle den Nutzen für ihre persönliche Arbeit hatten.

„Rheinland-Pfalz Mainz 73“

Die Landesausstellung „Rheinland-Pfalz Mainz 73“ gab der BVS-Dienststelle Mainz die Möglichkeit, die Besucher mit einer gut aufgebauten Ausstellung auf Gefahren und Schutzmöglichkeiten hinzuweisen. Ein breit gefächertes Programm verfehlte nicht seine Wirkung auf die Bürger, die sehr interessiert die Informationen, durch Filmvorführungen unterstützt, aufnahmen.

Mit Genugtuung kann gesagt werden, daß Ressentiments abgebaut sind und der Bürger sich mit dem Selbstschutzgedanken vertraut macht. Dieser Eindruck wurde im Gespräch und durch die Fragen der Besucher gewonnen, wodurch sich das Empfinden erhöht, der Selbstschutzgedanke hat in breiten Kreisen Fuß gefaßt. Erfreulich war auch die Tatsache, daß viele Schulklassen über einen längeren Zeitraum am BVS-Stand verweilten und die Schüler sehr sachbezogene Fragen stellten. Dieses gibt der Dienststelle Mainz die Bestätigung, wie sinnvoll es ist, im Rahmen gesetzlicher Aufgabenstellung den Selbstschutz über die Jugend in die Familie und in die Arbeitsstätten zu tragen. Darüber hinaus wurden Beratungen durchgeführt, welche die staatliche Hilfe für den Bau von Hausschutzräumen betreffen. An Hand der Schutzbaufibel informierten sich die Interessierten über die staatlichen Zuschüsse, steuerlichen Abschreibungen und technischen Richtlinien.

Die Kontaktgespräche über weitere Informations- und Ausbildungsveranstaltungen waren ein Beweis, daß der Bürger sich Gedanken um eine sinnvolle Planung des Lebens macht.

Wie bei dieser Landesausstellung, so ist es immer wichtig, die Bevölkerung durch gezieltes Informations- und Filmmaterial, ferner zusätzlich durch Inanspruchnahme des Rundfunks — hier war es der Südwestfunk — auf die gesetzlichen Aufgaben des BVS hinzuweisen, weil der einzelne Bürger die Möglichkeit zu seinem Schutz, die der Staat ihm persönlich bietet, nicht ausschöpft. Die Ausstellung war in zweifacher Hinsicht ein Erfolg: Einmal für den dort aufgeklärten Bürger und zum anderen für den BVS.

Landesstellenleiter Görnemann besuchte 2. Korps

Der Kommandierende General des 2. Korps, General Dr. Schönfeld, hatte den Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Herrn Görnemann, unlängst zu einem Informationsgespräch in das Generalkommando nach Ulm gebeten, um sich über Fragen und Probleme des Selbstschutzes der Truppe zu orientieren. Dr. Schönfeld wies eingangs auf die außerordentliche Bedeutung der zivilen Verteidigung für die militärische Sicherheit hin und unterstrich die Notwendigkeit reibungslos funktionierender Zusammenarbeit (ZMZ).

Herr Görnemann schilderte dann, daß von den in Baden-Württemberg stationierten Einheiten sowohl BVS-Dienststellen wie auch die fahrbaren BVS-Schulen seit geraumer Zeit vielfach für die Selbstschutz- Grund- und Fachausbildung angefordert werden.

Bei vielen Truppenteilen ist die Zusammenarbeit mit dem BVS inzwischen zu einer ständigen, regelmäßigen Einrichtung geworden, wofür der Landesstellenleiter seinen Dank aussprach. So wurden in den Jahren 1971/72 im Landesstellenbereich für die Truppe 280 Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt, an denen 6 000 Soldaten teilgenommen haben. Görnemann sagte zu, auch in Zukunft den Ausbildungswünschen der Truppe nachzukommen.

Von der Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppe konnte dem Kommandierenden General berichtet werden, daß seit Erscheinen des Info-Dienstes 6 jetzt öfter Mitarbeiter des BVS zur Interpretation der Grundlagen der ZV im Zuge der Unteroffiziersfortbildung herangezogen würden. Anscheinend haben die ersten Vorträge dieser Art für sich geworben und werden von den verantwortlichen Ausbildern weiterempfohlen. Der Landesstellenleiter kam dann auf die geplanten Informationsseminare für Lehrer zu sprechen und schlug vor, nach ausreichender Erfahrung in Zukunft den Versuch gemeinsamer Veranstaltungen auf diesem Sektor unter der Mitwirkung von Jungoffizieren zu unternehmen.

General Dr. Schönfeld verwies auf die Jugendoffiziere beim WBK, sagte aber die Unterstützung und

Mithilfe des Korps zu. Görnemann gab seinem Bedauern Ausdruck, daß es dem Verband kaum gelänge, Angehörige von längerdienenden Soldaten zur Teilnahme an Grundausbildungen zu bewegen und es auch in großen Garnisonen nicht möglich sei, für diesen Bevölkerungskreis geschlossene Veranstaltungen zu planen.

Dr. Schönfeld wies darauf hin, daß Offiziere wie Unteroffiziere in der Truppe dienstlich um ein Vielfaches stärker beansprucht seien als vergleichbare Berufsgruppen der Wirtschaft. Der Soldat müsse in der Regel erheblich mehr „Arbeitsstunden“ wöchentlich leisten, dazu kämen die Zeiten der Bereitschaft, Fort- und Weiterbildung, so daß der verheiratete Soldat heutzutage nur relativ wenig „Familienfreizeit“ kenne. Der Slogan „Sonntag gehört Vati mir“ sei aus verständlichen Gründen auf den längerdienenden Soldaten nicht anwendbar. Hierin sehe er den äußeren Grund, daß es schwierig ist, Soldatenfrauen zur Teilnahme an abendlichen Schutzinformationen zu bewegen.

General Dr. Schönfeld dankte für die reibungslose, gute Zusammenarbeit und für den ihm übersandten Jahresleistungsbericht, der eine eindrucksvolle Bestätigung der Arbeitsweise des BVS darstelle. Er sicherte der Landesstelle jede mögliche Unterstützung zu und dankte für das Gespräch. Für die Landesstelle bedeutet die Zusammenkunft mit dem Kommandierenden General des 2. Korps: In allen Dienstbereichen die Kontakte zur Bundeswehr zu vertiefen und zu pflegen.

Rettungshund machte Suchaktion überflüssig

Seine Vielseitigkeit und Zuverlässigkeit bewies am 25. Mai der Rettungshund „Piko von der Lotosburg“. Sein Besitzer, Kurt Schöffner aus Rottweil, benutzte einen freien Tag, um mit Piko nach einem ihm bekannten und seit dem 21. Februar vermißten Kriminalobermeister aus

Rottweil zu suchen. Von seiner Tochter ließ er sich mit Piko zur „Kalten Herberge“ zwischen Furtwangen und Hammereisenbach im Schwarzwald fahren. Dort hatte man seinerzeit den Wagen des Vermißten auf einem verlassenem Parkplatz aufgefunden. Mehrere Suchaktionen der Polizei waren aber bisher erfolglos geblieben. Eine weitere große Suchaktion, bei der Polizeieinheiten und französische Truppen eingesetzt werden sollten, wurde gerade für den 29. Mai vorbereitet.

Von einem älteren Einwohner, den Schöffner zufällig traf, erhielt er Hinweise, wo das Fahrzeug gefunden worden war und wo man den Vermißten zuletzt gesehen hatte. Aufgrund dieser Hinweise suchte Schöffner zwei Stunden lang ein großes Waldgebiet ab. „Piko“, den er in freier Stöberarbeit einsetzte, ließ dabei kein Gebüsch aus. Schon wollte er nicht mehr an einen Erfolg glauben, da zeigte der Hund durch sein Verhalten an, daß er eine besondere Witterung bekommen hatte. Sich immer wieder nach seinem „Herrn“ umschauend, zog es das Tier zu einem Dickicht am Rande eines Hochwaldes hin. Als Kurt Schöffner ihm durch das Gestrüpp folgte, stand der Hund vor der Leiche des Vermißten.

Die große Suchaktion wurde durch den selbstlosen und freiwilligen Einsatz Schöffners und durch die gute Sucharbeit von „Piko“ überflüssig.

Aktive Konfirmanden

Daß auch Konfirmanden aktiv sein wollen, hat sich kürzlich in einer Konfirmandenstunde im „Zeppelin-Gemeindehaus“ Böblingen gezeigt, in der Fachlehrer für den Selbstschutz der BVS-Dienststelle Böblingen, Holdschuh, im Rahmen des Themas: „Das fünfte Gebot: Du sollst nicht töten“, sprach. Er hat uns mit zwei eindrucksvollen Kurzfilmen gezeigt, von wieviel Gefahren unser Leben bedroht ist und wie wir als Mitmenschen und Christen zum Helfen und Schützen aufgerufen sind. Diese Stunde hat die Konfirmanden so beeindruckt, daß sie sich in großer Zahl entschlossen haben, an einem Selbstschutzzlehrgang, welcher



Den Brustknoten zum Abseilen übten Konfirmanden bei einem Selbstschutzlehrgang in Böblingen.

auch schon für 14jährige angeboten wird, teilzunehmen. Darüber berichten die Konfirmanden selbst:
„Wir, das heißt die Böblinger Konfirmandengruppe Nord, durften — vermittelt durch unseren Pfarrer —

an einem Selbstschutzgrundlehrgang teilnehmen. Der Leiter dieses Lehrgangs war Herr Holdschuh, den wir schon von einer früheren Aufklärungsveranstaltung mit Filmvorführung über den Selbstschutz, die er im Konfirmandenunterricht

durchgeführt hatte, kannten. Wir waren 15 Jungen und Mädchen, die sich zu diesem Lehrgang gemeldet hatten. Die Dauer des Lehrgangs betrug sechs Doppelstunden, von denen wir jeweils eine Stunde Praxis und eine Stunde Theorie hatten. Die Praxis machte uns natürlich mehr Spaß, aber auch die Theorie war nicht langweilig. Wir lernten die verschiedenen Gefahren des Lebens sowie deren Schutzmöglichkeiten und das selbstschutzmäßige Verhalten kennen. Auch die Alarmzeichen wurden uns erklärt.

Dann ging es zu den Rautekgriffen, Brandschutz, Rettung, Absichern der Unfallstelle bis zur Atemspende.“

Saarland



BVS-Landesstelle Saarland erhielt Goldmedaille

In einer internen Feierstunde überreichte der Beauftragte für die Internationale Verbraucherausstellung (IVA) „Welt der Familie“ in Saarbrücken, Dr. A. Masloh, im Namen der Protokoren der IVA und der Saarmesse dem Leiter der Landesstelle Saarland des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), Ernst Krakowsky, die Goldmedaille und eine vom saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Franz-Josef Röder, Oberbürgermeister Schuster und dem Geschäftsführer der Saarmesse GmbH, Heinz Grandmontagne, unterzeichnete Ehrenurkunde für hervorragende Leistungen anlässlich der Teilnahme an der 10. Europäischen Verbraucherausstellung „Welt der Familie 1972“.

Dr. A. Masloh betonte bei der Übergabe der Auszeichnung an den BVS, bei den als Vertreter des saarländischen Innenministers Ministerialdirektor van Recum, die Regiergungsdirektoren Hans Grundmann (Mdl) und Junker (Staatskanzlei) sowie Oberst Oppermann vom Verteidigungsbezirkskommando in Saarbrücken zugegen waren, daß die

Goldmedaille zwar in erster Linie für die hervorragende Gestaltung der vorjährigen BVS-Ausstellung verliehen wurde, zugleich aber auch im Hinblick auf die stetige Beteiligung des BVS an der „Welt der Familie“ seit 1964. Er stellte dabei das Verdienst des Fachgebietsleiters für Öffentlichkeitsarbeit des BVS im Saarland, Oskar Wachsmut, heraus, der von Anfang an unter teilweise sehr schwierigen Umständen die Ausstellungen des BVS konzipiert habe.

Landesstellenleiter Ernst Krakowsky dankte für die Ehrung, die dem BVS zuteil wurde. Dazu führte er aus, daß er sie auch als einen Dank für die mühevollen Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Verbandes auffasse, ohne die eine gute Selbstschutzarbeit nicht möglich sei.

Er nehme die Auszeichnung ferner in Empfang für die hauptamtlichen BVS-Mitarbeiter, die ihre Pflicht auf den Sektoren der Ausbildung und der Öffentlichkeitsarbeit voll erfüllt hätten, um den heutigen Stand der

Zivilschutzarbeit im Saarland zu erreichen.

Nach der Übergabe sprachen die Ehrengäste den Mitarbeitern des BVS ihre Glückwünsche aus, wobei Dr. A. Masloh den Wunsch äußerte, daß auch die künftige Beteiligung des Verbandes an der „Welt der Familie“ stets von Erfolg begleitet sein möge.

Personalvertretung

Im Landesstellenbereich Saarland wurde am 2. Mai von Angestellten und Arbeitern gemeinsam in Listenwahl ein neuer Bezirkspersonalrat gewählt. Die Interessen der Bediensteten werden für die nächsten zwei Jahre von Helmut Klippel, Anita Darimont und Joachim Schmelzer vertreten. Am gleichen Tag wurde Christian Koch zum Personalvertreter der Landesstelle gewählt.

Ausstellung beeindruckte

„Ich betrachte es als eine Auszeichnung und eine Anerkennung der Arbeit der ehrenamtlichen BVS-Dienststelle in Homburg, daß diese Ausstellung bei ihrem zweiten Einsatz im Saarland hier gezeigt wird“, erklärte der Erste Beigeordnete der Stadt Homburg/Saar, Karl Stöck-

lein, bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“.

Er stellte bei der Eröffnung vor den Ehrengästen — an ihrer Spitze Landrat Bungart — mit besonderer Betonung heraus, daß diese Ausstellung in sehr verständlicher Weise den Begriff des Katastrophenschutzes verdeutliche und die gemeinsame Hilfeleistung der im Katastrophenschutz tätigen Organisationen erkenntlich mache. Stöcklein gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß hoffentlich in Homburg nie ein solcher Hilfeinsatz ernstfallmäßig notwendig werde, daß sich aber immer möglichst viele Menschen zum humanitären Einsatz bereit finden möchten.

3 100 Besucher sahen innerhalb drei Tagen die Ausstellung. Die ersten Besucher, noch vor der offiziellen Eröffnung, waren Vorstandsmitglieder des am Vorabend in Kirkel bei Homburg gegründeten Ortsverbandes des Arbeiter-Samariter-Bundes, dem an diesem Abend 40 aktive Mitglieder beigetreten waren.

Selbstschutz notwendig

Die Fachbearbeiterin für Frauenarbeit der BVS-Dienststelle Saarbrücken, Monika Pletsch, hatte Gelegenheit, zwei Informationsveranstaltungen in der Amtsverwaltung Kleinblittersdorf durchzuführen. Amtsvorsteher Küster unterstrich in seinen Begrüßungsworten die dringende Notwendigkeit des Selbstschutzes in unserer Zeit. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß recht viele Bürger von der Möglichkeit einer Selbstschutz-Grundausbildung Gebrauch machen, die nach vorheriger Absprache mit dem BVS-Beauftragten Otto Mehringer durchgeführt wird.

Personalien

Anstelle des bisherigen ea. Fachgebietsleiters II 3 der Landesstelle Saarland, Bergdirektor Wilhelm Klein, der sein Amt wegen beruflicher Überlastung niederlegen mußte, wurde der langjährige Fachberater II 3

der Dienststelle Saarbrücken, Architekt F. W. Glaser, als ea. Fachgebietsleiter II 3 der Landesstelle berufen. Neuer Fachberater II 3 der Dienststelle Saarbrücken als Nachfolger von Architekt F. W. Glaser wurde der Dipl.-Ing. Gerhard Tiator.

Unser Filmwagen

Die Öffentlichkeitsarbeit des BVS verfügt über vielerlei Möglichkeiten, der ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Eines dieser Mittel ist der Filmwagen der Landesstelle Saarland in Saarbrücken, der gleichzeitig auch für den Landesstellenbereich Rheinland-Pfalz zuständig ist. Der Wagen läuft jetzt im 9. Jahr und leistet hervorragende Dienste. Durch die Vielfalt der zur Auswahl stehenden Filme ist es möglich, ihn bei vielen Anlässen einzusetzen, so im April und Mai zum ersten Mal bei der Südwestdeutschen Camping- und Freizeitausstellung in Bexbach. Mehrmals in der Woche wird der Wagen an Supermärkten mit sehr gutem Erfolg zum Einsatz gebracht.

Bayern



Das selbstschutzbereite Dorf

Knapp 1200 Einwohner hat Eußenheim im Main-Spessart-Kreis, aber die Bevölkerung ist selbstschutzmäßig sehr aufgeschlossen. Neben mehreren Informationsveranstaltungen wurden schon 4 Se-Grundlehrgänge mit 89, davon 38 weiblichen Teilnehmern, durchgeführt. Bei einer Ausbildung im März dieses Jahres, die der Bundeswehr-Reservisten-Verband Eußenheim organisierte, wurde der Wunsch laut, doch einmal Selbstschutz zu demonstrieren, der Bevölkerung praktisch zu zeigen, zu was das Gelernte nützlich sein kann. Die Gelegenheit bot sich bald, denn das „Reservistentreffen“ am 19. und 20. Mai forderte zur Tat auf. Die Ausbildungs- und Aufklärungshelfer der Dienststelle Würzburg waren sofort bereit, ein Wochenende für einen guten Zweck zu opfern. In der Nähe der Werrn gab die Gemeindeverwaltung einen Platz frei, denn Löschwasser ist das A und O einer Brandschutzübung. Holz wurde

kostenlos zur Verfügung gestellt. So wurde dort eine provisorische Übungsanlage gebaut. Abends waren die Helfer dann mit

der Bevölkerung am Lagerfeuer auf dem Biwakgelände gemütlich beisammen. Petrus meinte es mit den Veranstaltern recht gut und folglich mundeten das Bier vom Faß und das Gegrillte gut.



BVS-Helfer zeigen bei einer Übung in Eußenheim die Schocklage.

Auf dem Programm des Sonntagvormittags stand die praktische Übung am Objekt. Die Frühaufsteher beteiligten sich an Marschübungen über 12 und 20 km. Nach dem Mittagessen stellten sich die Übungsoffer zum Schminken für ihre Rollen als „echte Patienten“ ein.

Zu Beginn der Übung um 13 Uhr wurden bereits zahlreiche Zuschauer, unter ihnen Bürgermeister Löber, begrüßt. Den Übungsablauf erläuterte BVS-Fachbearbeiter Merkle (Würzburg), wobei er zugleich auf Sinn und Zweck des Selbstschutzes aufmerksam machte.

Dann folgte ein fürchterlicher Krach, zwei PKW prallten frontal zusammen. Aus dem Motorraum und dem Wageninnern eines Fahrzeugs entwickelte sich starker Rauch, eine akute Gefahr war nicht auszuschließen. Die „schwerverletzten Insassen“ mußten sofort aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich geborgen werden. Viele Schaulustige waren da — aber auch bei dieser Übung war es wie in der Praxis: nur wenige halfen. Schnell wurde die Unfallstelle abgesichert. Mit geübten Griffen brachten die Helfer die „Verletzten“ an einen sicheren Ort und behandelten deren wirklichkeitsnah geschminkte Verletzungen.

Anschließend galt es noch einen kleinen Ölbrand zu löschen — was erfahrungsgemäß schnell geht, wenn man einen Feuerlöscher richtig bedienen kann. Ein paar beherzte Bürgerinnen und Bürger wagten sich an diese Aufgabe. Es wurde auch bewiesen, daß man das Feuer in der Ölwanne mit einer Decke ablöschen kann. Weiterhin wurde gezeigt, daß mit dem Sprühstrahl einer Einstellspritze auch brennbare Flüssigkeiten ablöschbar sind.

Erstaunt waren die Zuschauer beim Löschen brennenden Abfalls in einem Papierkorb, hervorgerufen durch eine noch brennende Zigarettenkippe — dafür genügt Zeitungspapier oder eine alte Jacke.

Beim Brand eines Schuppens mit eingelagertem Stroh — verursacht durch Kinderhand — richteten die Kleinlöschgeräte aber nichts mehr aus. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr wurde mit der TS 2/5 eine Ausweitung des Feuers verhindert. Zum Schluß wurde an einer Holzpuppe, dem „Brandjakob“, das Ablöschen brennender Personen demonstriert.

Annähernd 350 Zuschauer waren sich am Ende der Veranstaltung einig, daß man mit Kenntnissen und klarem Kopf selbst mit primitiven Maßnahmen viel erreichen kann. So war es nur logisch, daß der Wunsch laut wurde, im Herbst weitere Lehrgänge in Eußenheim und den Nachbarorten durchzuführen. Möge das Beispiel Eußenheim Schule machen.

FDP-Abgeordnete informierten sich

Wie sehr die BVS-Schule in Tutzing am Starnberger See nicht nur ihrer Ausbildungs-, sondern auch ihrer Informationsaufgabe gerecht wird, zeigte sich jetzt wieder, als 26 Mandatsträger der FDP aus den Bundesländern Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Baden-Württemberg ein Informationsseminar besuchten. Unter ihnen befanden sich auch zehn Frauen, die durch ihre besondere Aufgeschlossenheit die Veranstaltung belebten.

Der Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, Frhr. v. Leoprechting, charakterisierte den Selbstschutz der Zivilbevölkerung als den Kern des Zivilschutzes im Rahmen der zivilen Verteidigung.

BVS-Lehrer Mahler feierte 60. Geburtstag



Der ehrenamtliche BVS-Lehrer Totnan Mahler (Unterpleichfeld) feierte im April seinen 60. Geburtstag. Er gehört dem BLSV/BVS seit März 1957 an. Von 1963 bis 1968 war Totnan

Mahler Kreisstellenleiter des BLSV im Landkreis Würzburg. Als bei der Umstrukturierung des BLSV die Kreisstelle entfiel, übernahm er eine Funktion im Stab der Dienststelle Würzburg, der er heute noch angehört.

Als Ausbilder des BLSV und des MHD war es für Totnan Mahler leicht, die neue Lehrgangreihe zu absolvieren und BVS-Lehrer zu werden. Voller

Tatendrang, von der Aufgabe des BVS überzeugt, bildet er Jahr für Jahr im Landkreis Würzburg hunderte Bürgerinnen und Bürger in Se-Grundlehrgängen aus. Allein im ersten Quartal 1973 händigte er 216 Teilnehmern, darunter 65 Frauen, die Lehrgangsbesccheinigung aus. Für seine Verdienste blieb ihm die Anerkennung nicht versagt: er erhielt vom Landrat des Landkreises Würzburg die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland. Landrat und Landkreis wollten damit Dank sagen für den Idealismus und die Freizeit, die Totnan Mahler im Dienst für das Wohl der Mitbürger opferte. Die Helferschaft und die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Würzburg wünschen dem Jubilar alles Gute für die Zukunft und hoffen, noch viele Jahre mit seiner wertvollen Mitarbeit rechnen zu dürfen.

Uns unvergessen

Im Alter von 50 Jahren verstarb in Weiden der frühere BVS-Mitarbeiter Franz Hufnagl. Aus dem Sudetenland stammend, kam er 1963 als ehrenamtlicher Helfer zum BVS. Am 1. Februar 1965 übernahm er die Leitung der BVS-Schule Regensburg und noch im gleichen Jahr die Leitung der BVS-Dienststelle Weiden. Hufnagl erlag einem langjährigen Leiden. Eine Delegation der Dienststelle Weiden erwies ihm die letzte Ehre.

Die Post schläft nicht

Wenn manche vom Selbstschutz reden, aber wenig dafür tun, kann man dies von der Bundespost nicht behaupten. Besonders aktiv sind die Postdienststellen in Bad Kissingen. Hier besteht auch eine enge Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle als Basis für einen funktionierenden betrieblichen Selbstschutz. Vor kurzem erfolgte in Gegenwart des Bezirksselbstschutzleiters bei der Oberpostdirektion Nürnberg, Oberamtsrat Leupold, eine Überprüfung des Ausbildungsstandes der Brandschutzstaffeln und deren Geräte. Auch der Leiter der BVS-Dienststelle Bad Kissingen, Heinz Harbig, war hinzugezogen worden, damit Fragen der Ausbildung und Ausrüstung fachmännisch beantwortet werden konnten.



Nachruf

Durch einen tragischen Verkehrsunfall kam am 3. Juni 1973 unser Kamerad

Roland Weber

im Alter von nahezu 20 Jahren ums Leben. Wir verlieren in ihm einen pflichtbewußten Helfer, der dem Ortsverband jederzeit zur Verfügung stand. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverband Waldshut

✱

Plötzlich und unerwartet verstarb unser langjähriger Bereitschaftsführer und THW-Kamerad

Max Leonhardt.

Wir verlieren in ihm einen guten Kameraden, der sich um den Aufbau des Ortsverbandes Flensburg verdient gemacht hat. Er wird uns unvergessen bleiben.

Ortsverband Flensburg

✱

Der Ortsverband Warburg hat den Verlust von zwei Kameraden zu beklagen:

Auf dem Wege zur Arbeitsstelle starb durch einen tragischen Unglücksfall

unser junger Helfer

Manfred Floren.

Sein humorvolles Wesen und stete Hilfsbereitschaft wird uns unvergessen bleiben.

Kurz nach Vollendung seines 59. Geburtstages starb nach langer schwerer Krankheit unser erster und langjähriger Zugführer

Karl Krottenthaler.

Seit dem 1. 12. 1957 Mitglied des Ortsverbandes, hat er durch sein Wissen und Können wesentlich zum Aufbau der 35. Bergungsbereitschaft beigetragen. Beispielhafte Einsatzfreudigkeit und Hilfsbereitschaft haben ihm die Achtung der Helferschaft gebracht. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsverband Warburg

✱

Durch einen tragischen Unglücksfall verstarb im Alter von 42 Jahren der Gruppenführer des OV Obernburg

Heinz Popp.

Weiter mußte der OV Obernburg von seinem Helfer

Werner Scholz

Abschied nehmen.

Der Ortsverband hat zwei gute

Kameraden verloren, deren Andenken er in Ehren halten wird.

Ortsverband Obernburg

Verdienstorden für A. Rhaden

Oberstudienrat Alfred Rhaden ist vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Amtschef des Kultusministeriums Staatssekretär Reinhold Borzikowsky überreichte Rhaden die Auszeichnung am 30. April in seinem Amtszimmer.

Oberstudienrat Rhaden wurde am 11. Juli 1917 in Berlin geboren. Er steht seit 1946 im Schuldienst und ist seit 1955 Technischer Lehrer an der Kreisberufsschule in Heide. 1970 wurde er Studienrat.

Rhaden ist mit mehreren Ehrenämtern betraut. Er ist stellvertretender Landesverbandsleiter und Bezirksleiter der DLRG sowie Ortsbeauftragter der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Büsum.

Er hat sich sowohl um den Aufbau des THW in Büsum als auch um den Aufbau der DLRG an der Westküste Schleswig-Holsteins große Verdienste erworben.

HAMBURG



„Bärennummer“

Ein Frühlingsfest mit besonderer Note feierten die Helfer in den Räumen des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte. Nach einer kurzen Begrüßung würdigte Bezirksbeauftragter Kellner die Arbeit der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter und überreichte deren Ehefrauen, die jeweils an mehreren Abenden in der Woche allein zu Hause sitzen, als Trostpflaster Pralinen.

Für den Landesbeauftragten Ing. grad. Trautvetter, der seit gut einem Jahr die Geschicke des THW-Hamburg leitet, hatte der BV-Mitte etwas Besonderes eingeplant.

So wurde der Landesbeauftragte unter allgemeinem Beifall zum „Ehrenhelfer des BV HH-Mitte“ ernannt. BB Kellner bedauerte, daß er keinen Spitzenpolitiker aus Berlin zu diesem Anlaß habe gewinnen können, dafür aber sei der Berliner



„Kleiner Bär aus Berlin“ gratuliert Landesbeauftragten Ing. grad. Trautvetter zum „Ehrenhelfer“.

Bär gekommen, um dem gebürtigen Berliner Trautvetter seine Reverenz zu erweisen.

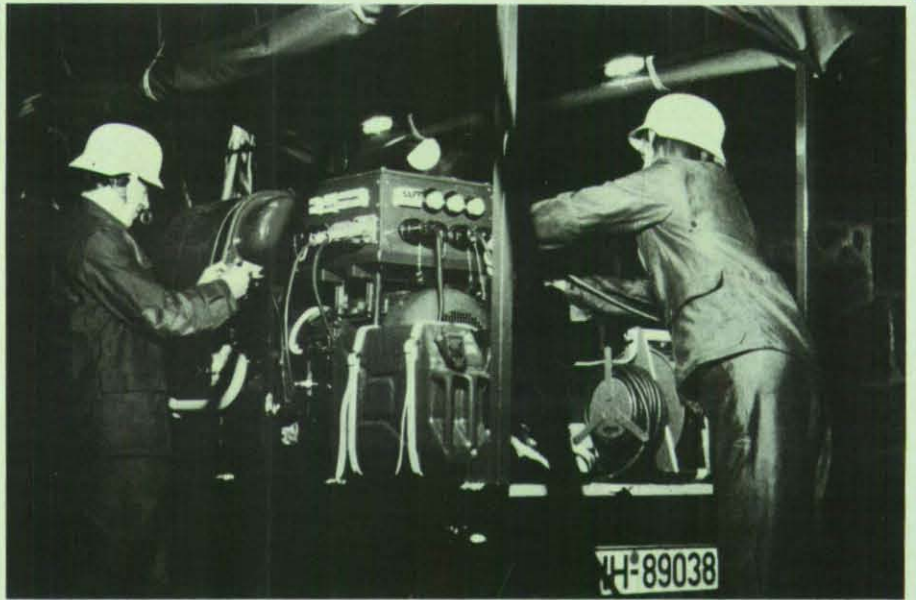
Staunende Gesichter gab es dann, als ein kleiner zottiger Bär den festlich geschmückten Lehrsaal betrat und aus den Lautsprecherboxen die Melodie „Kleiner Bär von Berlin, schau mich an . . .“ ertönte. Es war sehr schnell festzustellen, daß hier „Berliner unter sich“ waren, denn der Bär wollte vom Landesbeauftragten gar nicht mehr weg. LB Trautvetter freute sich über diese Ehrung und bedankte sich bei der Helferschaft des BV Hamburg-Mitte.

Alle Helfer aber waren froh, daß es eine echte Überraschung geworden war, denn wochenlang war im BV nur noch von einer „Bärennummer“ gesprochen worden; bis zum LV war diese Kunde aber nicht gedrungen. Übrigen kann sich der BV derartige Späße leisten, denn ein Großwildjäger und Tierhändler zählt zur Helferschaft.

Vereinbarungen mit der Feuerwehr

Die am 1. Januar 1973 zwischen dem LB für Hamburg und der Berufsfeuerwehr der Freien und Hansestadt Hamburg getroffene Vereinbarung, die Berufsfeuerwehr generell bei einem Ausnahmezustand und bei Spezialaufgaben zu unterstützen, hat sich ein weiteres Mal bewährt. Am Mittwoch, 18. April, brach in den Abendstunden gegen 18.40 Uhr im ehemaligen Hotel Esplanade, Am Stephansplatz, ein Großfeuer aus. Das Feuer breitete sich schnell über den Dachstuhl aus und fraß sich schließlich bis in das Erdgeschoß durch.

Acht Züge der Hamburger Berufsfeuerwehr bekämpften mit 19 C- und 2 B-Rohren den Brand. Gegen 22 Uhr wurde das THW (LB) von der Feuerwehreinsatzzentrale alarmiert. An der Einsatzstelle war die gesamte Stromversorgung ausgefallen. Eine Spezialeinheit des THW Hamburg sollte mit einem 28-KVA-Stromerzeuger — Geschenk eines deutschen Elektro-Konzerns — eine Notversorgung aufbauen. Die gesamte Aktion konnte sehr schnell eingeleitet werden, da der BV Hamburg-Bergedorf, dem dieses Gerät zur Verfügung steht, seinen Ausbildungsabend hatte. 90 Minuten später war die Notversorgung — einschließlich der Beleuchtung der Hausfront — aufgebaut und arbeitete zur vollen Zufriedenheit, bis am



Der 28-KVA-Notstromerzeuger wird einsatzbereit gemacht.

nächsten Tag gegen 10 Uhr der Einsatz beendet wurde. Überwältigt aber zufrieden kehrten auch die THW-Helfer in ihre Unterkunft zurück, zogen sich um und gingen wieder ihrem Beruf nach. Überall ist man der Meinung, es ist richtig, daß die Einheiten des THW auch bei Einsätzen des Alltags beteiligt werden. Nicht nur, weil dieses die beste Schulung ist, sondern weil der Helfer damit das Gefühl bekommt, echt gefordert zu

werden und nicht nur für den Tag „X“ ausgebildet zu sein. Daß darüber hinaus auch noch wertvolle Erfahrungen in einsatztaktischer Hinsicht sowie in der Frage der friedensmäßigen Ausstattung des THW gewonnen werden können, ist mehr als erfreulich. Die immer aktuelle Frage: Wie kann das THW die kommunalen Sicherheitsorgane im Alltag stützen, ist damit vielleicht zu einem kleinen Teil beantwortet worden.

Kipper sinnvoll eingesetzt



Der BV Hamburg-Mitte unterstützte mit seinem Kipper die „Aktion Sauberes Hamburg“.

Eine sinnvolle Bewegungsfahrt machte der Kipper des BV Hamburg-Mitte. Zwei Klassen der Schule Sterntalerstraße im Hamburger Stadtteil Horn wollten sich an einer Aktion der BILD-Zeitung beteiligen

und zur Verschönerung der Stadt beitragen.

So entschloß sich die Schulleitung, das sogenannte „Schiffbeker Moor“ von Unrat und Zivilisations-Nebenerscheinungen zu befreien. Vielfach hatten sich spielende Kinder hier schon verletzt, da Mitmenschen „halbe Autos“, Glasscherben usw. hier abladen. Für den Abtransport des gesammelten Gutes stellte der BV Mitte seinen Kipper und einen ehrenamtlichen Mitarbeiter zur Verfügung; das DRK hatte die Sanitätsbetreuung übernommen. Innerhalb von zwei Stunden war eine große Kipperladung zusammengetragen, und ein weiteres Fahrzeug wurde von der Gartenbauabteilung zum Abtransport bereitgestellt. Regierungsamtmann P. Reichel und Oberamtsrat Hiestermann, Chef der Gartenbauabteilung Hamburg-Mitte, dankte dem THW für die schnelle und unkomplizierte Unterstützung. Der Kipper hatte damit seine erste Bewährungsprobe bestanden.

Gefahrenstelle beseitigt

Im Rahmen einer Sonntagsübung rückte der OV Sörup mit 22 Helfern und 5 Fahrzeugen aus, um einen auffälligen Meiereischornstein, der zu einer erheblichen Gefahrenstelle geworden war, zu beseitigen.

Der 20 m hohe Schornstein stand schief und neigte sich bereits beträchtlich über das zur Meierei gehörende Wohngebäude. Es bestand deshalb die akute Gefahr, daß er bei einem Sturm abbrechen, in das Wohnhaus stürzen und Menschen verletzen könnte.

Auf dem Dach des ehemaligen Kesselhauses mußte eine Fallkerbe in den Schornsteinrumpf geschlagen werden. Zunächst wurde ein Schlitz lotrecht eingeschlagen und mit Hartholzstempel sowie Stahlunterlegplatten ausgesteift. Danach wurde der Schlitz nach beiden Seiten erweitert. In ca. 14 m Höhe wurde ein Seilstropp um den Schornstein gelegt, ein Zugseil eingehakt, mit der Anhängerkupplung des LKW verbunden und straff gezogen. Um den Hartholzstempel wurde ebenfalls ein Seilstropp gelegt und mit dem Greifzug verbunden. Als Verankerung diente die Anhängerkupplung eines MLW, dessen Räder mit Vorlegekeilen abgesichert wurden.

In der Fallrichtung gab es einen kleinen freien Raum von lediglich 6 m Breite, an dem sich, verteilt nach beiden Seiten, ein überdachter Heizölagertank mit etlichen tausend Litern Inhalt, ein dreiteiliger Batterietank, eine Garage und ein Geräteraum anschlossen.

Nun begann der aufregendste Teil der Arbeit. Wie verhält sich der Schornstein beim Fall? Welche Drehung, bedingt durch seinen die Umlegung erschwerenden Überhang entgegen der vorgesehenen Fallrichtung, wird er machen?

Mit dem Greifzug wurde die Aussteifung aus der Fallkerbe gezogen und sofort kippte der altersschwache „kleine Riese“, zweimal in der Luft auseinanderbrechend, um. Alle Helfer atmeten erleichtert auf. Allerdings wurde der Geräteraum durch den wegfliegenden Schornsteinkopf leicht beschädigt. Dies konnte im Hinblick auf die Schwierigkeit des Gesamtvorhabens jedoch getrost als „Künstlerpech“ hingenommen werden.



Kreisbeauftragter Otto Preuß bei seiner Begrüßungsansprache im Bramstedter Hof.

THW-Helfertag auf Kreisebene

Der Beauftragte für den Kreis Pinneberg führte eine Helfer-Versammlung in Barmstedt durch. Insgesamt 180 Helfer aus den Ortsverbänden Pinneberg, Elmshorn und Barmstedt nahmen daran teil. KB Preuß begrüßte zunächst Helfer und Gäste, unter ihnen Regierungsrat Wolfgang Kossendey als Vertreter des Landrats, Barmstedts Bürgermeister Karsten Christiansen, Amtsvorsteher Hell, Kreiswehrführer Walter Michau, Horst Schlosser vom BVS und nicht zuletzt den THW-Landesbeauftragten Dipl.-Volkswirt Helmut Meier und den benachbarten Steinburger THW-Kreisbeauftragten Walter Dähne.

Preuß dankte dem Kreis und den Städten für die Unterstützung, die sie der Arbeit des THW stets entgegengebracht haben, und sprach die Hoffnung aus, daß dies auch in Zukunft so bleiben möge. Gleich nach Übernahme des Amtes als Kreisbeauftragter habe er sich vorgenommen, die Helfer der drei Ortsverbände des Kreises einmal alle an einem Ort zu versammeln, damit sich die Führungskräfte und Helfer näher kennenlernen. Dies sei aber nur der Anfang. Solche oder ähnliche Veranstaltungen müßten in Zukunft des öfteren stattfinden.

Die Zeit, wo jeder Ortsverband in gewisser Weise ein Eigenleben führen konnte, sei vorbei. Es wäre sogar erforderlich, daß die Ortsverbände innerhalb eines Kreises in Zukunft stärker zusammenarbeiten, denn nach dem Katastrophenschutzgesetz von 1968 seien ganz bestimmte

Aufgaben zu lösen, die nur auf Kreisebene gemeinsam angepackt und koordiniert werden könnten.

Bürgermeister Christiansen bekundete — zugleich im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung — Freude über das Engagement und die große Anzahl der „jungen Leute“ beim THW. Er wünschte für die Zukunft, daß alle Hilfsorganisationen gemeinsam an die große neugestellte Aufgabe herangehen sollten und verband damit die Hoffnung auf ein gutes Gelingen.

LB Meier lobte die Ortsverbände für ihren Leistungsstand und hob dabei besonders hervor, daß der OV Barmstedt beim durchgeführten Landeswettkampf den zweiten Landessieger stellte.

Nach seinem Dank an den Kreis und die Städte Elmshorn, Pinneberg und Barmstedt ging LB Meier auf die neuen gesetzlichen Grundlagen ein und stellte fest: „Wir müssen den Rahmen, den uns der Gesetzgeber im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes abgesteckt hat, mit Leben erfüllen“. Neben dem friedensmäßigen Katastrophenschutz dürfte jedoch nicht vergessen werden, daß dem THW auch im Bereich der zivilen Verteidigung wichtige Aufgaben zugeteilt seien. Abschließend dankte LB Meier allen Helfern für die Hilfeleistung, die sie häufig im stillen zum Wohle der Nachbarn und Bürger vollbringen.

Nach weiteren Grußworten und der Vorführung des Films „Der Bundespräsident beim THW“ wurde der Kreis-Helfertag des THW mit einem kameradschaftlichen Beisammensein beendet.



Gasexplosion

In Bremerhaven ereignete sich in der Hauptgeschäftsstraße, der Bürgermeister-Schmidt-Straße, eine Gasexplosion. Daß dabei nur acht Personen verletzt wurden, ist zwei Umständen zu verdanken: Zur Zeit des Unglücks, Sonntag um 16.26 Uhr, war die Geschäftsstraße fast menschenleer und bei dem schönen Wetter waren auch die umliegenden Wohnungen weitgehend verlassen. Außerdem ereignete sich die Explosion in einer Wohnung im dritten Obergeschoß in einer Gegend mit viergeschossiger Bebauung. Sieben der acht Personen wurden durch Glasstückchen verletzt und konnten nach ambulanter Behandlung entlassen werden, während die Inhaberin der betroffenen Wohnung mit schweren Verbrennungen tagelang in Lebensgefahr schwebte. In der Straße wurden auf einer Länge von 100 m fast alle Fensterscheiben zerstört. In der an der Rückseite des Explosionsherdes liegenden Ankerstraße waren ebenfalls zahlreiche Glasschäden zu verzeichnen. Zerstörte Schaufenster wurden aber noch im Umkreis von 200 m und darüber hinaus festgestellt. Die Wache 1 der Berufsfeuerwehr liegt 300 m Luftlinie vom Explosionsort entfernt. Daher waren ein Löschzug und der Rettungswagen bereits wenige Minuten später am Ort, wodurch die Verletzten sofort versorgt wurden und ein Entstehungsbrand gelöscht werden konnte. Als das volle Ausmaß des Schadens erkannt war, löste die Feuerwehr Großalarm aus. Da es vorzugsweise darum ging, Schaufenster und Wohnungsfenster abzudichten, wurden bei Firmen Plastikfolie, Hartfaserplatten und Dachlatten beschafft. Bald mußte man jedoch einsehen, daß man mit den zur Verfügung stehenden Kräften bis zum Dunkelwerden und möglichem Regen nicht fertig sein konnte. Der Einsatzleiter der Feuerwehr entschloß sich daher gegen 18.30 Uhr, Unterstützung durch das THW anzufordern. Um 18.45 Uhr wurde der Geschäftsführer von der Katastrophenschutzleitung der Stadt benachrichtigt und löste seinerseits telefonisch Alarm aus. Obwohl zu dieser Zeit auf den Straßen lebhafter Wochenend-Rückreiseverkehr herrschte, trafen

die ersten Helfer bereits nach 15 Minuten in der Geschäftsstelle ein. Sie begannen nach den Anweisungen des Bereitschaftsführers des Bergungsdienstes sofort mit der Beladung des Kombi-Wagens. Zur gleichen Zeit war der Zugführer des I. Zuges zur Garage seiner Fahrzeuge gefahren und rückte an der Unterkunft mit dem ersten MKW an, der mit Leitern beladen wurde. Als der Kombi beladen war, fuhr der Bereitschaftsführer (Bf) mit Kraftfahrer und sieben Helfern zur Schadensstelle. Während die Helfer dort sofort eine Geräteablage schafften, ließ sich der Bf vom Einsatzleiter der Feuerwehr einweisen. Zu diesem Zeitpunkt ging es vor allem darum, noch offene Schaufensteranlagen zu verschließen. Wegen der großen Fensterflächen und der Bauweise der Fensterrahmen aus Leichtmetall mußten hierzu Stützgerüste aus Latten hergestellt werden. Die erste Helfergruppe wurde dazu in Trupps zu zwei und drei Mann aufgeteilt und auf die entsprechenden Geschäfte angesetzt. Inzwischen traf auch der Zf I mit Helfern auf einem MKW und dem GWK an der Schadensstelle ein. Er wurde in der Ankerstraße eingesetzt, wo hauptsächlich Wohnungs- und Lagerraumfenster mit Plastikfolien abzudichten waren. Weitere Helfer, die inzwischen mit dem Kombi herangebracht worden waren, wurden zur Unterstützung der Anwohner beim Abdichten der Wohnungsfenster eingesetzt, Plastikfolie war bereits von der Feuerwehr an die Bevölkerung zur Selbsthilfe ausgegeben worden. Insgesamt waren jetzt 28 Helfer im Einsatz. Die von der Feuerwehr angeforderte Zahl von 25 war vollauf erfüllt. Schon zu Beginn des Einsatzes war der 15 km entfernt stehende GWK des II. Zuges in Marsch gesetzt worden, um für den Fall bereitzustehen, daß schweres Gerät benötigt würde. Als gegen 20.30 Uhr die Dämmerung begann und der Himmel inzwischen bewölkt war, ließ der Bf vorsorglich das Beleuchtungsgerät des GWK des I. Zuges bereitmachen. Die Feuerwehr begann zu dieser Zeit ihre Kräfte abzuziehen, um die Wachen wieder zu besetzen. Ein Abgehen der Schadensstellen ergab aber, daß noch vereinzelte Fenster

nicht abgedichtet waren, da die Wohnungsinhaber nicht anwesend waren. Da der zuletzt eingesetzte Zug der Feuerwehr zu einem Brand-Einsatz abgerufen wurde, mußten diese Restarbeiten vom THW übernommen werden. Um 22.15 Uhr waren auch diese Aufgaben erledigt, gerade rechtzeitig vor einsetzendem Nieselregen, der sich später zu einem Dauerregen entwickelte. Das Beleuchtungsgerät brauchte nicht mehr eingesetzt zu werden. Die Helfer wurden gegen Ende des Einsatzes gruppenweise zur Geschäftsstelle zurückgeschickt und dort vom Gf entlassen. Der gegen 20.30 Uhr eingetroffene GWK des II. Zuges wurde nur noch in Reserve gehalten und am Ende des Einsatzes zum Rücktransport der restlichen Helfer und des restlichen Gerätes eingesetzt. Die Versorgung der Helfer lag in den Händen der Berufsfeuerwehr. Weil die Feuerwehrleute bereits seit dem Nachmittag eingesetzt waren, wurde in einer betroffenen Filiale der Ladenkette Thams & Garfs Kaltverpflegung in Form von belegten Broten ausgegeben. Auch die THW-Helfer wurden truppweise aus dem Einsatz gezogen und verpflegt. Dies war der erste Katastropheneinsatz.

Ehrung beim BV Bremen-West

Am 19. Juni wurde in Anerkennung seiner besonderen Verdienste sowie seiner 20jährigen Zugehörigkeit zum Technischen Hilfswerk dem im Bezirksverband Bremen-West zur Zeit kommissarisch eingesetzten Bezirksbeauftragten Helmut Böhne das Helferzeichen in Gold mit Kranz überreicht. Geschäftsführer G. Hildebrandt, der stellvertretend für den Landesbeauftragten G. Kluge die Ehrennadel überreichte, würdigte in seiner Ansprache u. a. besonders den Idealismus, den sich der Kamerad Helmut Böhne während seiner 20jährigen Zugehörigkeit zum THW bewahrt hat. Dieses zeigt nicht nur seine bis zum heutigen Tage währende Aktivität, sondern auch seine Teilnahme an Hochwassereinsatz Aller/Leine 1956, Sturmflutkatastrophe 1962 Bremen, Flugzeugunglück und Wintereinsatz Bremen 1966 sowie Sturmflutkatastrophe im November 1972 in Bremen.

Beobachten - Melden - Bergen: Aufgaben des Berliner THW auf der neuen AVUS

Jahrzehntelang war die Hauptattraktion der weltberühmten Berliner AVUS die als Steilwand ausgebaute Nordkurve. Verkehrstechnische Planungen — die AVUS ist jetzt an das Stadtautobahnnetz angeschlossen — und die Baufähigkeit der Nordkurve machten deren Abriß notwendig. In diesem Zusammenhang wurde auch die gesamte Rennstrecke verbreitert und aus der alten Kurve wurde eine Flachkurve.

Motorsportfans behaupten, daß der rund 8,1 km lange Kurs jetzt noch sportlicher und interessanter geworden ist. Die gefahrenen Geschwindigkeiten — der Rundenrekord liegt bei über 190 km/h, und die Spitzengeschwindigkeiten auf den Hochgeschwindigkeitsgeraden betragen 280 km/h — beweisen diese Behauptung, obwohl jetzt einmal das Rennen „nur“ Rallyefahrzeuge bestritten.

Schon vor Beginn der Umbauarbeiten hatte der ADAC-Gau Berlin eine aus einen Mitgliedern bestehende AVUS-Planungskommission ins Leben gerufen, die intensive Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium, der GFN (Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen) und dem Senator für Bau- und Wohnungswesen in Berlin führten und dabei die sportlichen Belange vertreten konnten. Diese Planungskommission forderte den Fernmeldezug des THW Berlin auf, das gesamte FernmeldeNetz für die Rennstrecke zu planen. Da der Fernmeldezug in den vergangenen Jahren immer mit dem ADAC bei den AVUS-Rennen zusammengearbeitet hatte, kannten alle Beteiligten die Probleme. Über diese Planung wird zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich berichtet werden. Für die vom AvD durchgeführte Rennveranstaltung „Goldener Bär von Berlin“ hatte das THW folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Ausbau und Umbau der Leitplanken, um die „normale“ Autobahn in eine Rennstrecke umzuwandeln. Die Leitplanken sind so vorbereitet, daß sie verhältnismäßig leicht demontiert und später wieder montiert werden können. Besonders schwierig wurde die Arbeit jedoch, weil sie am Abend vor Rennbeginn bei noch

nicht gesperrter Autobahn durchgeführt werden mußte. Es mußten deshalb ganz besondere Sicherheitsvorkehrungen für den Schutz der eingesetzten Helfer getroffen werden. Diese Arbeiten wurden von zwei Bergungsgruppen mit je einem GKW und einem MKW ausgeführt.

2. Übernahme des schweren Bergungsdienstes bei Unfällen während der Rennen.

worden.

3. Aufbau, Betrieb und Unterhaltung eines umfangreichen FernmeldeNetzes, wofür

24 Feldfernsprecher OB/ZB 54
14 tragbare Handsprechfunkgeräte HFG 160 im 2-m-Bereich und
7 Fahrzeuge mit Funkgeräten
80 m im 4-m-Bereich
eingesetzt waren. Zusätzlich waren die Leitstellen Heros und Hermine



Über Sprechfunkgeräte melden Fernmeldehelfer Zwischenfälle auf der Rennpiste.

Die für die AVUS von der Planungskommission in Abstimmung mit der Obersten Nationalen Sportkommission für den Automobilsport in Deutschland (O.N.S.) erarbeitete Sicherheitskonzeption sieht umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltungen vor:

a) Rund um die Rennstrecke verteilt sind 7 sogenannte Sicherheitsfahrzeuge; es handelt sich um schnelle Tourenwagen, die mit Feuerlöschern, Asbestdecken und -anzügen, Ölbindemittel, Brechstangen usw. ausgestattet sind, um innerhalb kürzester Frist an einem Unfallort helfen zu können. Die Einsatzanweisungen erhalten diese Fahrzeuge über THW-Sprechfunk.

b) Alle 200 — 250 m sind Streckenposten mit Feuerlöschern und Signalflaggen verteilt; insgesamt 10 dieser Posten waren über Fernmeldemittel des THW erreichbar.

c) Jeweils an der Nord- und Südkehre standen ein Feuerlöschfahrzeug mit 250 kg Schaum-Anhänger, ein Sanka des MHD und der GKW des THW bereit, um auf Anordnung der Rennleitung auf die Strecke zu fahren. Die Besetzungen der GKW sind vorher in Kurzunterweisungen auf ihre Aufgaben aus motorsportlicher Sicht ausgebildet

sowie der Funkleitwagen mit Heros 100 und Hermine 100 eingesetzt. Leitstelle und Funkleitwagen standen ständig mit jeweils einem weiteren FuG 7b in Verbindung mit der örtlichen Polizeieinsatzleitung. Während der eigentlichen Rennen waren alle Streckentelefone sowie die Sprechfunke an den Sicherheitsfahrzeugen direkt in den Sicherheitsraum geschaltet, wo die Sicherheitsbeauftragten und der Rennleiter sofort ihre Entscheidungen treffen konnten.

Die Bilanz dieser technischen Hilfeleistung sieht für das Berliner THW sehr erfreulich aus. Bei zeitweise 45 eingesetzten Helfern wurden insgesamt rund 1810 Stunden geleistet. Wenngleich die Bergungsgruppen nicht zu Unfällen eingesetzt werden mußten, beweisen diese Zahlen jedoch eindeutig, daß das THW fest in die AVUS-Rennveranstaltungen integriert ist und dabei seine Einsatzbereitschaft unter Beweis stellen konnte.

In diesem Jahr laufen noch zwei Verwaltungen: das Internationale DMV-AVUS-Rennen und am 8./9. 9. das große ADAC-AVUS-Rennen. Das Berliner THW wird auch bei diesen motorsportlichen Höhepunkten dabei sein.



Fußgängerbrücke gebaut

Neben der Grund- und Fachausbildung befaßt sich der OV Oldenburg jedes Jahr zusätzlich mit dem Bau eines größeren Objektes. Zweck dieser Arbeit ist einmal, den Ausbildungsbetrieb aufzulockern, zum anderen die während der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten an einem größeren Objekt anzuwenden. Außerdem sind derartige Arbeiten ein nicht gering zu wertender Werbefaktor.

Während 1970/71 ein etwa 180 Meter langer Bootssteg in Zusammenarbeit mit den OV Hude und Wardenburg ins Zwischenahner Meer gebaut wurde, begannen im Frühjahr 1972 die Vorarbeiten für den Bau einer Fußgängerbrücke im Stadtgebiet von Oldenburg. Diese Brücke sollte in einem Schulzentrum ein Rückhaltebecken inmitten des Gebäudekomplexes überspannen und damit Schülern und Lehrern den Umweg über eine mehrere 100 Meter entfernt liegende Brücke ersparen.

Nach Abschluß der Planungsarbeiten, zum überwiegenden Teil vom OB durchgeführt, wurde im Spätsommer mit den Arbeiten begonnen. Das Planungsziel war, eine Konstruktion zu finden, die es ermöglichte, fast alle

Teile in der Unterkunft vorzufertigen. Der gesamte Oberbau wurde daher in 3 Strecken von je 6 Metern Länge aufgeteilt, wobei die beiden Landstrecken und die Mittelstrecke völlig gleich und austauschbar wurden. Auf zwei Pfahljochen wurden dann bei der Endmontage diese Teile verbunden und an den Endauflagern festgelegt. Jedes Brückenteil besteht aus 2 Doppel-T-Trägern und 2 U-Trägern, die, durch Gewindestangen auf Abstand gehalten, den Belag aufnehmen und auf denen an angeschweißten Winkeln die Geländerpfosten angebracht wurden. Die Endmontage der fast 2 Tonnen schweren Einzelstrecken erfolgte mit Hilfe eines Autokrans der Bundeswehr. Die beiden Pfahljoche wurden nicht gerammt, sondern eingespült, ein Verfahren, mit dem der Ortsverband bereits seit Jahren erfolgreich arbeitet und das den Vorteil hat, ohne aufwendiges Rammgerüst und die Lärmbelästigung durch eine Explosionsramme auszukommen. Der Geräteaufwand für den Spülvorgang ist gering, außerdem ist bei der Montage ein Nachrichten der Jochpfähle leicht durchführbar. Der Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg wies bei der Übergabe der Brücke darauf hin, daß durch die Brücke eine erhebliche Zeit-

ersparnis für Lehrkräfte und Schüler erreicht wird, die zu beiden Seiten des Gewässers im Schulzentrum tätig sein müssen.

Die wichtigsten technischen Daten der Konstruktion: Gesamtlänge der Brücke: 18 Meter; Gesamtgewicht: 6 t; Breite: 2,25 Meter; Tragkraft: 500 kg/m².

Stahlbedarf: 6 Stahlträger U 24, 6 m lang; 6 Stahlträger I 24, 6 m lang; 2 Stahlträger U 24, 2,60 m lang; 6 Flacheisen 10 x 50, 6 m lang; 12 Knotenbleche 10 x 400 x 500 mm.

Insgesamt 250 Schrauben und Bolzen M 12 und M 20, sowie lfd. m. Gewindestange M 30.

Holzbedarf: 75 Belagbohlen 6 x 22 x 250 cm, 10 Belagbohlen 6 x 27 x 250 cm, 24 Eichenpfosten 12 x 17 x 120 cm, 6 Eichenpfähle 24 x 24 x 600 cm, div. Tannen/Fichtenleisten für den Handlauf.

Konstruktionsmerkmale: 3 Teilstrecken von je 6 m Länge auf 2 Pfahljochen aus Eiche und 2 Endauflagern aus Betonfertigteilen montiert.

Die Brücke wurde aus vorgefertigten Einzelteilen ausschließlich mit verzinkten Schraubverbindungen errichtet. Das erlaubt die völlige Demontage bzw. das problemlose Auswechseln von Einzelteilen ohne schweres Gerät.

RHEINLAND~PFALZ



Ausbildung in Erster Hilfe

Zum zweiten Mal schon seit Gründung des Ortsverbandes Sinzig vor drei Jahren nahmen die Helfer an einer Ausbildung in Erster Hilfe teil. Unter der bewährten Leitung von Angehörigen der DRK-Bereitschaft Sinzig, die dankenswerterweise wiederum Räumlichkeit und Gerät zur Verfügung stellte, wurden über 30 Helfer in Theorie und Praxis der Ersten Hilfe unterrichtet.

Eine gründliche Ausbildung in Erster Hilfe ist besonders wichtig, da die Angehörigen des THW oftmals als „Ersthelfer“ zu Unfallverletzten kommen und deshalb in der Lage sein müssen, Erste-Hilfe-Leistungen bzw. Erste-Hilfe-Maßnahmen unter Berücksichtigung lebensrettender Sofortmaßnahmen durchzuführen. Daß sich die Ausbildung dabei nicht



30 Helfer des OV Sinzig ließen sich von Ausbildern der DRK-Bereitschaft in Erster Hilfe unterrichten.

nur auf Hilfeleistungen für Unfallverletzte beschränkte, sondern auch andere Notfälle und Sofortmaßnahmen am Unfallort einbezogen, soll nicht unerwähnt bleiben. Da — wie die Erfahrung seit der ersten Ausbildung gelehrt hat — manches in Vergessenheit gerät, für manche Handgriffe die Übung fehlt

und auch auf dem Gebiet der Ersten Hilfe neue Erkenntnisse gefunden und neue Methoden entwickelt worden sind, soll in Zukunft halbjährlich ein Übungsabend des Ortsverbandes der Erhaltung und Auffrischung alter ggf. der Vermittlung neuer Kenntnisse in Erster Hilfe dienen.

Ehrung für OB Breitbach

Im Mittelpunkt einer besonderen Ehrung stand anlässlich seines 40jährigen Dienstjubiläums der THW-Ortsbeauftragte von Bitburg, Kreisbauamtmann Hans Breitbach. In einer Feierstunde des Landratsamtes Bitburg-Prüm, an der die Dezernenten, Abteilungsleiter und der Vorsitzende des Personlrates teilnahmen, zeichnete Landrat Vogt den Werdegang des Jubilars auf. Der Landrat würdigte sein Wirken, dem während des langen Berufsweges Aufgaben vielfältiger Art oblagen.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit — so Landrat Vogt — habe der Jubilar 1958 den Ortsverband des Technischen Hilfswerkes übernommen. Durch sein Organisationstalent und sein großes Engagement habe er den THW-Ortsverband auf den heutigen Stand gebracht, der einen wirksamen Katastrophenschutz gewährleistet.

Nicht unerwähnt blieben auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Hans Breitbach im Bitburger Stadtrat, besonders im Bau-, Wasserwerks- und Umlegungsausschuß.

Für all diese Leistungen sprach Landrat Vogt dem Jubilar Dank und Anerkennung aus und überreichte ihm eine Dankurkunde des Rheinland-Pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl.

Auch der THW-Landesverband schloß sich den zahlreichen Gratulanten mit allen guten Wünschen für die Zukunft des sehr eifrigen Ortsbeauftragten an.

Fabriksschornstein gesprengt

Ein Fabriksschornstein und 15 Mann vom Technischen Hilfswerk OV Kaiserslautern lockten an einem Samstag zahlreiche Zuschauer in die Friedenstraße. Dort wurde auf dem Gelände der ehemaligen Gießerei Lindeck ein 32 Meter hoher Kamin gesprengt.

838 Gramm Amon-Gelit waren vom Sprengmeister Hans Weil und seinen Helfern eingebracht worden. Anschließend hatte man das untere Ende von 2,50 Meter Durchmesser mit Strohballen verkleidet. Polizisten sorgten ab 14 Uhr dafür, daß sich kein Unbefugter mehr der Sprengstelle näherte.

Alle Anwohner waren per Flugblatt aufgefordert worden, die Fenster zu öffnen und eventuell vorhandene Fensterläden zu schließen.



Drei Signale, dann ein Knall — der Schornstein neigt sich.

Diejenigen, die es dennoch versäumt hatten, wurden kurz vor der „Minute X“ von einem Trupp des Technischen Hilfswerks nochmal dazu aufgefordert.

Endlich war es soweit: der Sprengmeister und seine Mannschaft gingen in Deckung. Es folgten drei langanhaltende Signale. Dann, genau um 14.25 Uhr, gab es einen dumpfen Knall. Der Veteran neigte sich nach der vorberechneten Seite und schlug auf den Boden auf. Staubwolken wirbelten durch die Luft, doch nach einer halben Minute war alles vorbei. Sprengmeister Weil konnte mit dieser gelungenen Arbeit zufrieden sein. Wieder ertönten drei Signale. Die Gefahr war endgültig vorbei.

Bergen aus zerstörtem Gebäude

Der Ortsverband Wittlich des Technischen Hilfswerks hatte sonntags eine Tagesübung angesetzt. Erprobt werden sollte der Einsatz eines Bergungszuges unter Anwendung aller dem Zug üblicherweise zur Verfügung stehender Geräte zum Zweck der Helferschulung in der Anwendung und Handhabung.

Bei strahlendem Urlaubswetter trat der Zug um 10 Uhr mit zwei Mannschaftskraftwagen und einem Gerätewagen den Marsch an, der von Wittlich über Alf und Zell zum Altlayer Bachtal führte. Marschziel war das Gelände der ehemaligen

Grube Barbara-Segen. Während sich die Helfer am Ziel noch von der in den Fahrzeugen erduldeten übergroßen Hitze erholten, kam auch schon über Funk die Katastrophenmeldung: „Starke Explosion in einer mehrstöckigen Fabrikationsanlage — erhebliche Zerstörung des Gebäudes mit totalem Treppeneinsturz — zahlreiche Verletzte, in sämtlichen Stockwerken verteilt — mehrere vermißte Personen — genauere Angaben über Gebäudezustand sowie Lage der Verletzten und über Bergungsmöglichkeiten zunächst nicht möglich — schnelle Hilfe wird dringend erbeten.“

Unter Mitnahme der zunächst erforderlich erscheinenden Geräte machten sich zwei Bergungsgruppen sofort auf den Weg zur Einsatzstelle. Beim Eindringen in das „zerstörte Fabrikgebäude“ wurden sie von der Gerätegruppe unterstützt. Mit Hilfe von Leitern und Leinen waren bald mehrere Einstiege fertiggestellt.

Leichtverletzte wurden auf diesem Einstiegsweg aus dem Gebäude gebracht, Schwerverletzte mußten über Stangenheben und Seilbahn geborgen oder mit Krankentragen und Leinen aus den Fenstern abgelassen werden. In heißer Sonne und ständig aufgewirbeltem Staub war dies für die Helfer kein reines Vergnügen, und der Wunsch nach „Labung“ kam nicht nur immer lautstark von den Verletzten.

Zahlreiche Neulinge unter den Helfern konnten erstmals ihren Mut beweisen, als sie an einer Steckstrickleiter das Gebäude enterten, um auch die letzten „Verletzten“ und „Vermißten“ zu suchen. Alle Aktionen wurden kritisch überwacht durch den stellvertretenden Ortsbeauftragten Claer und durch Zugführer Henke. Zwischendurch hatten die Köche ebenfalls „ganze Arbeit“ geleistet und den Helfern einen schmackhaften Rollbraten mit Kartoffeln, Gemüse und Soße zubereitet. Kühle Getränke standen ebenfalls bereit. Als ausgezeichnete Kühltische diente der Altlayer Bach. Die meisten der übrigen Küchengeräte (Herde, Kochtöpfe usw.) hatte ein Helfer dem Ortsverband gestiftet.

Der Verlauf der Übung zeigte, daß die Helfer ihre Ausbildung im Winter und Frühjahr sinnvoll genutzt hatten und das Gelernte richtig anzuwenden verstanden.

Nach der abschließenden „Manöverkritik“ wurde gegen 20 Uhr der Rückmarsch angetreten.

Licht zur 600-Jahr-Feier von Krefeld

Bei der 600-Jahrfeier der Stadt Krefeld erklang zum Abschluß der Große Zapfenstreich, gespielt vom Stabsmusikkorps der Bundeswehr, auf der Pferderennbahn im Stadtpark. Da der Rennplatz keine Beleuchtung hat, hatte das Technische Hilfswerk mit Scheinwerfern für Licht gesorgt.

Die E-Gruppen der OV Krefeld, Moers und Kamp-Lintfort hatten diese Aufgabe im Rahmen einer Übungsveranstaltung (Ausleuchten einer Großschadenstelle) hervorragend gelöst. Eingesetzt waren 12 Scheinwerfer. Dabei wurden Halogenscheinwerfer auf 7-m-Stativen auf den Tribürendächern so aufgestellt, daß sie trotz des teilweise dichten Baumbestandes große Flächen mit ihren Lichtkegeln erfassen konnten. Die Stadt hatte mit etwa 5000 bis 7000 Besuchern gerechnet, gekommen waren aber über 30 000. Verschiedentlich wurden die Absperrungen durchbrochen. Im Scheinwerferlicht wurden diese Menschenmassen erfaßt, und damit hatten die Ordnungshelfer Gelegenheit, helfend einzugreifen. Ohne vorherige Berechnung wäre das allerdings nicht möglich gewesen. Allen beteiligten Helfern unter der Organisationsleitung von BF Zindler und unter der technischen Leitung von ZF Salomon war sehr bald zusätzlich klar geworden, daß bei dem Besucherstrom in ihrer Arbeit keine Panne passieren durfte. Ihre Mithilfe hat dann auch so gut funktioniert, daß Oberbürgermeister Heuser und Stadtdirektor Dr. Steffens den Helfern besonders dankten.

Ein Abenteuerspielplatz für Dortmund-Scharnhorst

Die Großsiedlung in Dortmund-Scharnhorst wächst zu einem der einwohnerstärksten Vororte heran. Schon bald wird der Mangel an Infrastruktureinrichtungen bemerkbar. Es fehlt auch an geeigneten Spielgelegenheiten für die Kinder. Um Abhilfe dieses Mangels bemühte sich die Franziskus-Kirchengemeinde. Auf einem annähernd 15 000 m² großen baumbestandenen Gelände sollte ein kindgerechter Spielplatz entstehen. Pfadfinder, KAB und nicht zuletzt die

Helfer des THW-OV-Dortmund übernahmen die Arbeiten. Innerhalb der Holzbearbeitungsausbildung stellten die THW-Helfer Spiel- und Klettergeräte, wie Hochsitz, Kletterbaum, Wippe, Wigwam, Kletterpyramiden, Tische und Bänke, her. Nach drei Sonnabenden war der Spielplatz fertig und wurde am 9. Juni an die Stadt Dortmund übergeben.



THW-Geschäftsführer Pfeiffer (Bildmitte) übergab der Stadt Dortmund den neuen Spielplatz.

Aubofahrer probten auf der Lahn

Die im Mai wie in den vergangenen Jahren durchgeführte Wasserdienstausbildung mit Unterstützung des Lagers Mehlem bot den ausgebildeten Aubo-Fahrern und Helfern erneut Gelegenheit, ihre Kenntnisse und den Ausbildungsstand zu erweitern. Auch den bisher wenig ausgebildeten Helfern wurde die Möglichkeit gegeben, den Wasserdienst von der praktischen Seite aus kennenzulernen. Die Gesamtstundenzahl der praktischen Ausbildung auf dem Wasser belief sich auf 22 Stunden. Durch die Verlagerung auf die Lahn konnte erstmals eine ernsthafte Ruder- und Stockausbildung durchgeführt werden. Auch die Vielzahl der Schleusendurchfahrten auf der Lahn bot den Aubofahrern die Möglichkeit, ihre Kenntnisse zu erweitern.

Durch die Abordnung von hauptamtlichem Personal des Lagers Mehlem wurde ein Höchstmaß an theoretischer und praktischer Ausbildung vermittelt. Obwohl der THW-Ortsverband Soest über vier ausgebildete Aubofahrer verfügt, war die Unterstützung durch

das hauptamtliche Personal sehr wertvoll. Damit war die Übung auf der Lahn in jeder Hinsicht ein Erfolg.

Bewährungsprobe für Ortsverband

Der THW-Ortsverband Brilon, erst am 30. Juni 1971 mit Unterstützung der Kreisverwaltung gegründet, stand vor seiner ersten Bewährungsprobe. Es galt, einen Fußgängersteg über die Hoppeke bei Brilon-Wald zu bauen. Die erste Vorbereitung wurde schon in Zusammenarbeit mit der Stadt Brilon und dem Verkehrsverein Brilon-Wald im Jahre 1971 getroffen. Es galt nicht nur den Zeitpunkt, die Beschaffung des Brückenbau-Holzes, sondern auch die Zeichnungen und statischen Berechnungen festzulegen. Der erst kürzlich ernannte Kreisbeauftragte des THW-Ortsverbandes Brilon, Hermann Tennesel, löste diese Aufgabe mit viel Geschick.

Das vorgefundene Gelände eignete sich für einen Brückenbau ausgezeichnet. Die Stadtverwaltung hatte vorzeitig schon ein Fundament gießen lassen, um der Gefahr eines Einsturzes bei der in den Wintermonaten doch sehr reißenden Hoppeke vorzubeugen. So war es für den etwa in Zugstärke angetretenen Ortsverband Brilon, unterstützt durch ein Gkw des OV Wickede und Soest, relativ einfach, die beiden Binder aufzulegen. Die Verbindung mit dem Fundament wurde mittels Bauschrauben durchgeführt. Diesen Abschnitt bewältigten die Helfer bis zur Mittagspause.

Gestärkt durch Spießbraten wurden in den Nachmittagsstunden das Geländer und die Auflage angeschlagen. Schon um 16 Uhr übergab der Kreisbeauftragte die Fußgängerbrücke den zuständigen Stellen.

Im Hinblick auf den beachtlichen Ausbildungswert für die Helfer und das Tätigwerden des Ortsverbandes in der Öffentlichkeit war das Übungsvorhaben von großem Nutzen. Auch der Bevölkerung, die regen Anteil an der Übungsveranstaltung nahm, wurde durch den Brückenbau geholfen. Nun brauchen Schulkinder und ältere Leute nicht mehr die doch recht gefährliche Bundesstraße 251 zu überqueren.

Alarmübung in Heidelberg

Gegen 16.30 Uhr wurde für die THW-Einheiten I. und II./1. BB sowie den 1. ABC-Zug HD ein Übungsalarm ausgelöst. Dabei waren folgende Gesichtspunkte von besonderem Interesse:

Funktioniert der Alarmplan der Einheiten auch zu einem kritischen Zeitpunkt (z. B. Arbeitsende), und mit welchen Zeitverzögerungen ist dabei zu rechnen?

Welche Anmarschzeiten sind bei angespannter Verkehrslage für einen Einsatz innerhalb der Altstadt zu erwarten?

Öffentlichkeitsarbeit analog den Jahresübungen der Freiwilligen Feuerwehr, um durch ihr Mitwirken in der Übung die THW-Einheiten der Öffentlichkeit vorzustellen.

Um 17.10 Uhr waren 63 Bergungshelfer (80% der Iststärke) sowie 26 ABC-Helfer (85% der Iststärke) versammelt. Hinzu kamen sechs Helfer der DRK-Bereitschaft HD-Rohrbach, die im Rahmen des ABC-Zuges an der Übung teilnahmen. Die ABC-Helfer begannen nach einem vorher ausgearbeiteten Plan sofort mit der Beladung der Fahrzeuge (THW-Kombi und THW-LKW). Um 17.45 Uhr erfolgte die Abfahrt mit 18 Fahrzeugen in zwei Kolonnen gem. § 27 StVO zum Einsatzort, den im Kern der Altstadt gelegenen und durch Kettenabsperungen vom ruhenden Verkehr freigehaltenen Rathausvorplätzen. Um 18.05 Uhr waren die vorgesehenen Einsatzplätze erreicht.

Als Übungslage wurde für die Bergungseinheiten der durch Abschaltung simulierte komplette Ausfall der Stromversorgung und damit der Beleuchtung des Rathauses angenommen. Die Zugführer H.

Martin und W. Gärtner erhielten von Bereitschaftsführer H. Schreckenberger den Auftrag, die für das Rathaus erforderliche Notbeleuchtung aufzubauen. Zur ersten Ausleuchtung wurden Petromax-, Tilay- und Flourex-Leuchten benutzt. Diese wurden sofort durch die Stativscheinwerfer aus dem GWK ersetzt. Bei der Außenbeleuchtung bewährten sich besonders die Halogen-Lichtfluter. Ferner wurde die Versorgungsleitung eines Sitzungssaales aufgetrennt und die Stromversorgung mit Hilfe eines Notstromaggregates durch direktes Einspeisen in die Rauminstallation sichergestellt. Damit wäre im Ernstfall das reibungslose Funktionieren der KEL gewährleistet.

Als weitere Aufgabe wurde vom II. Zug der Bergung eine Materialtransport-Seilbahn errichtet, während ein Trupp mit schwerem Atemschutz in einem durch Rauchbomben verqualmten Keller nach Eingeschlossenen zu suchen hatte. Für den 1. ABC-Zug wurde die Kollision eines Tankfahrzeuges mit einem LKW an einer engen Stelle einer Bundesstraße im Heidelberger Altstadtbereich angenommen. Der Tankinhalt von 30 000 Litern einer in der Foto- und Farbstoff-Industrie als Zwischenprodukt verwendeten flüssigen Chemikalie ergoß sich auf die Straße. Dabei kamen ungefähr 80 Schaulustige sowie die Einsatzkräfte mit der Flüssigkeit in Kontakt. Da bei längerer Einwirkung mit schlecht heilenden, nekrotischen Hautläsionen gerechnet werden mußte, erhielt der Zugführer des ABC-Zuges, Dr. H. Arnold, den Auftrag, einen Dekontaminationsplatz für 100 Personen in der Nähe der Unglücksstelle (also auf einem der

Rathausvorplätze) einzurichten. Der Aufbau erfolgte nach vorher ausgearbeiteten Plänen, die den Truppführern kurz vor dem Abmarsch ausgehändigt worden waren. Nach einer Stunde Aufbauzeit konnte der Betrieb beginnen. Kernstück der Anlage war ein Baustellen-Durchlauferhitzer mit elektrischem Gebläse-Ölbrenner sowie eine zerlegbare Feldduschenanlage mit 18 Duschköpfen. Die Kontamination wurde durch eine alkoholische Lösung des fluoreszierenden Farbstoffes Lumogen LT hellgelb (BASF) simuliert. Mit Hilfe von UV-Lampen wurde der Grad der Kontamination sowie der Ablauf und der Erfolg der Dekontamination bei einigen „Freiwilligen“ auch für die Zuschauer erkennbar demonstriert. Während der ganzen Übung stand zur Information von Presse und Bevölkerung ein Gruppenführer zur Verfügung, der auch über eine ausreichende Anzahl schriftlicher Übungsunterlagen verfügte. Außerdem wurde vom Ortsbeauftragten, Stadtrat und Architekt H. Vieth, und seinem Ortsverbandsführungstab nach einer Stunde — kurz vor dem Befehl zum Abbau — eine kleine Pressekonferenz in dem „notstromversorgten“ Sitzungssaal abgehalten. Gegen 20.15 Uhr war der Abbau beendet.

Schornsteinsprengung in Schiltach

Sprengmeister Kanetzki und seine gut ausgebildeten Helfer sprengten einen 35 Meter hohen Fabrik-schornstein in Schiltach an der B 294 in unmittelbarer Nähe von Gebäuden. Viele Vorbereitungen gingen der Sprengung voraus. Landessprengmeister Goller ließ es sich nicht nehmen, die Durchführung zu begutachten. Auch der älteste aktive THW-Helfer vom OV Rottweil, Franz Bantle (75 Jahre), war dabei. Pünktlich um 15 Uhr erfolgte das Hornsignal und die Zündung, die den Schornstein in die gewünschte Fallrichtung einstürzen ließ. Zahlreiche Zuschauer verfolgten dieses Schauspiel. Bereits 17 Minuten nach der Sprengung war die Bundesstraße wieder für den Verkehr frei.



Diesen zwölf Tonnen schweren Felsbrocken aus verwittertem Jura-Gestein, der seit Jahren auf zwei Herrlinger Wohnhäuser zu rollen drohte, beseitigten Männer vom Technischen Hilfswerk Ulm. Im Rahmen einer Übung sicherten sie den Brocken, der nur noch lose auf einer schrägen Felsplatte lag und zerkleinerten ihn mit Hammer, Meißel und Bohrgeräten.

THW-Ortsverband Theley zehn Jahre alt

Der THW-Ortsverband Theley hat in den zehn Jahren seines Bestehens seine Bewährungsprobe bestanden und ist zum Wohle der Bürger und der Allgemeinheit zu einer leistungsstarken Einheit zusammengewachsen. Dieses Resümee kann nach der Jubiläumsfeier gezogen werden, die als „Tag der offenen Tür“ im THW-Gelände „Oberst Reitzwies“ begangen wurde.

Zur offiziellen Feierstunde hieß Ortsbeauftragter Anton Schäfer besonders den THW-Landesbeauftragten Gerhard Reimann, seinen Stellvertreter Artur Schillo,

als Vertreter der Regierung Regierungsdirektor Grundmann, Landrat Gerhard Breit, Kreisbrandmeister Peter Klein und Bürgermeister Toni Lermen herzlich willkommen. Der Landesbeauftragte brachte in seiner Festrede seinen Dank bei allen Helfern für die vielen persönlichen Opfer an Kraft und Zeit zum Ausdruck. Wer sich heute noch einem Dienst für die Allgemeinheit freiwillig und ehrenamtlich verschreibe, der zeige, daß er die Ideale unserer Gesellschaft anerkenne. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß beim THW-Ortsverband Theley das Helfenwollen und das Helfenkönnen auch in Zukunft lebendig bleiben möge.

Für zehnjährige Zugehörigkeit zum Ortsverband wurden von ihm 15 Helfer besonders geehrt. Dem Ortsbeauftragten Anton Schäfer, dem Geschäftsführer Erich Backes sowie den Ausbildern Josef Schütz und Ewald Bard überreichte er das Helferzeichen in Gold mit Kranz. Landrat Gerhard Breit als nächster Redner versprach auch für die Zukunft dem THW jegliche Unterstützung und brachte zum Ausdruck, daß er stolz sei, solche Helfergruppen in seinem Kreis zu haben. Weitere Glückwünsche überbrachten Bürgermeister Toni Lermen, Kreisbrandmeister Peter Klein und die Beauftragten der Ortsverbände aus St. Wendel, Freisen, Nohfelden und Nonweiler.

Im Anschluß an die Feierstunde hatten die zahlreichen Besucher bei einem Rundgang durch das THW-Gelände und des Heimes Gelegenheit, an Hand von Anschauungsmaterial und Geräten sich ein Bild von der praktischen Arbeit des THW zu machen. Besonders interessierte die Wasseraufbereitungsanlage des Landesverbandes, die schmutziges Wasser aus dem Übungsweiher zu Trinkwasser aufbereitete. Auch die Demonstrationsübung und die Vorführung einer Sauerstoffpflanze fanden reges Interesse. Bereits am Vortage konnten sich Schüler der Haupt- und Kreisrealschule über die Ausrüstung und das Wirken des THW informieren.



15 Helfer — rechts vorn Ortsbeauftragter Anton Schäfer — erhielten Ehrenurkunden für zehn Jahre Zugehörigkeit zum THW.



THW-Helfer zeigen Schülern das Brennschneiden.

Die ersten Anfänge des Ortsverbandes Theley waren zu Beginn des Jahres 1962, als der damalige THW-Landesbeauftragte Obering. Jüttner und sein Mitarbeiter Ing. Marx einige Männer in der Gemeinde Theley für die damals hier nur wenig bekannten Aufgaben des THW gewannen. Zur Gründungsversammlung, bei der Amtsvorsteher Anton Schäfer die Ernennungsurkunde als Ortsbeauftragter erhielt, kam es am 19. Januar 1963. In den zehn Jahren des Bestehens wurden insgesamt 410 Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt. Insgesamt 166 Helfer absolvierten 185 Lehrgänge. Die Statistik des Baudienstes sagt, daß von den Helfern 5262 Arbeitsstunden geleistet wurden. Sie errichteten auch das THW-Heim und legten das Übungsgelände an.

OV Völklingen stellte Bronze-Denkmal auf

Püttlingen, eine 15 000 Einwohner zählende Stadt bei Völklingen, hatte von einem Saarbrücker Künstler ein 1,50 m hohes und 1,5 Tonnen schweres Bronze-Denkmal herstellen lassen, das vom Motiv her an den ehemals in Püttlingen vorherrschenden Bergbau erinnern und gleichzeitig als Brunnen dienen sollte. Es sollte vor dem Rathaus aufgestellt werden. Die als Sockel dienende Plattform war bereits hergestellt und auch die Außenanlagen bepflanzt, daher mußte die Aufstellung mit einem Kranwagen erfolgen. Im Beisein

der zuständigen Baureferenten der Stadt Püttlingen sowie des Künstlers M. Mertz transportierte eine Gruppe von 10 Helfern des Ortsverbandes Völklingen unter der Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten H. Hecht und des Ausbildungsleiters E. Bard den Bronzeuß zum Standort und stellte ihn innerhalb von zwei Stunden auf. Erschwerend wirkte sich aus, daß 16 Einzelteile zusammengestellt werden mußten.

THW-Helfer bauten Schutzhütte und Aussichtsturm

Die vor einiger Zeit vom THW-OV Saarlouis in enger Zusammen-

arbeit mit der Gemeinde Schwalbach und der Forstverwaltung auf dem „Krickelsberg“ zwischen Schwalbach, Elm-Sprengen und Schwarzenholz errichtete Schutzhütte mit Aussichtsturm erfreut sich mittlerweile großer Beliebtheit. Bei den Überlegungen vor der Errichtung wurde davon ausgegangen, der Bevölkerung nach Feierabend und an Wochenenden ein Gebiet zu erschließen, das Erholung vom Alltag bietet. Die Helfer des THW-OV Saarlouis erfüllten diese Aufgabe, und nun werden diese Anlagen bei Spaziergängen und Kurzausflügen von der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden oft aufgesucht.

Bayern



Auboführer-Lehrgang bewies gute Zusammenarbeit

Katastrophenschutz ist nicht nur auf dem Lande notwendig. Auch auf dem Wasser drohen Gefahren, die es abzuwehren gilt. So können Schiffe kollidieren, das Wasser durch Öl oder andere Schadstoffe verunreinigt werden, oder Menschen und Tiere müssen aus Wassernot geborgen werden. Die Gefahren häufen sich auf den vielbefahrenen Bundeswasserstraßen.

Aus diesem Grunde hat das Bayerische Staatsministerium des Innern das THW zusammen mit der Feuerwehr beauftragt, den Katastrophenschutz auf Bundeswasserstraßen in Bayern zu übernehmen. Am Main, am Europa-Kanal und an der Donau auf bayerischem Gebiet, mit im Endausbau 680 km Länge, werden an 36 Standorten für den jetzigen Ausbau A-Boote (Arbeitsboote) zur Verfügung stehen, um im Ernstfall einsatzbereit zu sein. Weitere werden mit dem fortlaufenden Ausbau des Europa-Kanals zwischen Nürnberg und Kelheim folgen.

Weiterhin stehen für den Katastrophenschutz auf den oberbayerischen Seen und an den größeren Flüssen mit Hochwassergefährdung Helfer mit Booten bereit, um Hilfe zu leisten.

Um diese Boote auch mehrschichtig einsetzen zu können, werden 273 voll ausgebildete Aubo-Führer benötigt. Daher müssen möglichst rasch genügend Bootsführer ausgebildet werden. Der ständig

steigende Bedarf an ausgebildeten Auboführern in allen Bundesländern ist schon allein im Hinblick auf die Lehrgangsbelegung an der Katastrophenschutzschule des Bundes mit der Außenstelle Hoya nur in einem längeren Zeitraum zu decken.



Für gute Stimmung künftiger Auboführer war die Feldküche zuständig.

Um so mehr waren die OV Bogen, Landshut, Straubing und Deggendorf erfreut, als sich das Pionier-Btl. Bogen erbot, die Ausbildung von 44 dringend benötigten Auboführern zu übernehmen.

An fünf Wochenenden und vier Wochentagen abends unterrichtete der Ausbilder der 5/Pi.Btl. 4 Feldwebel Wörmann die Lehrgangsteilnehmer in Theorie und Praxis über „Fahren auf dem Wasser“, „Retten aus Wassernot“ und

„Aubofahren“. Im Verlaufe der einzelnen Ausbildungsabschnitte mußten zahlreiche Fahrten auf der Donau, aber auch in den wilden Gewässern der Isar durchgeführt werden, um allen Teilnehmern die Sicherheit und das Gefühl zu vermitteln, jeder Situation und den vielfältigen Aufgaben gewachsen zu sein.

In echter kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den militärischen Stellen und dem THW wurde ein Programm absolviert, das den 44 Kandidaten alles abverlangte. Mit viel Idealismus und dem Willen zur Leistung waren alle für das gemeinsame Ziel bei der Arbeit. Oberleutnant Voltz von 5/Pi.Btl. 4 legte bei der Prüfung einen strengen Maßstab an, denn die künftigen Auboführer müssen in jeder Gefahrenlage das ihnen anvertraute Katastrophenschutzboot beherrschen. Der Prüfung im Theoretischen folgte das Unterbeweisstellen von Können, das einem Bootsführer abverlangt werden muß. Der Prüfungsverlauf wurde vom stellv. Landrat MdL Alfons Schäffer und vom Kompaniechef der 5/Pi.Btl. 4 neben anderen interessierten Zuschauern verfolgt.

Bei der Schlußveranstaltung auf dem Pionier-Wasserübungsplatz lobte Oberleutnant Voltz die THW-Helfer für ihr Verhalten und ihre Leistungen. Er teilte mit, daß alle 44 Lehrgangsteilnehmer die strengen Prüfungen bestanden haben und gratulierte ihnen zu diesem beachtlichen Erfolg.

Hier ist durch vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und THW ein Ziel erreicht worden, das für den Katastrophenschutz und damit für die Hilfe unserer Bürger bei Wassergefahren von bedeutendem Wert ist. Den Ausbildern der Bundeswehr ist für ihre ideelle Arbeit in ihrer Freizeit, zusätzlich zu dem sonstigen internen Dienstbetrieb, herzlich zu danken.

Nachtübung im Labyrinth auf dem Theresienstein

Das reibungslose Zusammenspiel aller Hilfsorganisationen in einem Katastrophenfall ist ein außerordentlich wichtiger Faktor. Darum sind gemeinsame Übungen unter Ernstfallbedingungen unerlässlich. Drei Organisationen der Stadt Hof —



Für taghelles Licht mit Halogen-Scheinwerfern sorgte der THW-Ortsverband Hof bei einer Nachtübung.

die Bergwacht-Bereitschaft, der Ortsverband des THW und der Krankentransportzug — probten daher gemeinsam, um gerüstet zu sein. Der angenommene Schadensfall wurde folgendermaßen definiert: Ein Kleinbus war nachts auf einem vereisten Fahrweg ins Schleudern geraten, hatte ein Geländer durchbrochen und war 10 Meter tief abgestürzt. Das Gelände, das sogenannte Labyrinth auf dem Theresienstein, ist schwer zugänglich. Angenommen wurde ferner, daß bei dem Unfall die sechs Insassen verletzt worden waren. Die Aufgabenabteilung wurde entsprechend der Ausbildung und Ausrüstung vorgenommen. Die Bergwacht übernahm die Erste-Hilfe-Leistung und den ersten Teil des Abtransportes der Verletzten im schwierigen Gelände. Das THW war

für die Ausleuchtung der Schadensstelle und Sicherung der Verkehrswege sowie für technische Arbeiten bei der Bergung zuständig. Aufgabe des Krankentransportes war, die Verletzten zur weiteren Versorgung abzufahren.

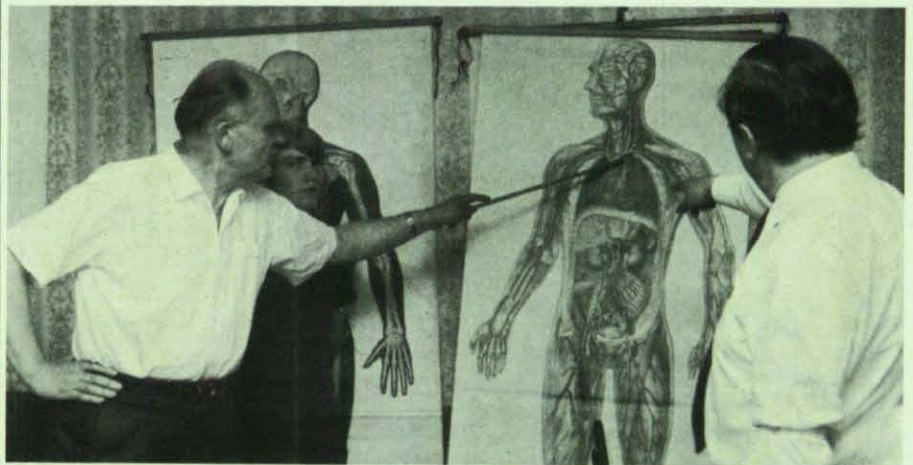
Als erste trafen am Unfallort 15 Helfer der Bergwacht ein. Nach Klärung der Lage wurde sofort der THW-Ortsverband und der Krankentransportzug verständigt. Das THW rückte mit 40 Helfern und allen vorhandenen Fahrzeugen zur Schadensstelle aus. Fast gleichzeitig machten sich zwölf Sanitäter mit vier Sankas auf den Weg. Am Unfallort hatten inzwischen die Männer der Bergwacht mit der Bergung der Verletzten und deren Versorgung begonnen. Zunächst behinderte aber die Dunkelheit noch weitergehende Aktionen. Die aber gleich darauf eintreffenden THW-Helfer konnten hier Abhilfe schaffen. Aus dem GWK wurden die Geräte geholt, um eine wirksame Stromversorgung für eine Ausleuchtung

der Schadensstelle mit leistungsstarken Halogenscheinwerfern aufzubauen. In kürzester Zeit installierten die Helfer die Anlage, und alles war taghell erleuchtet. Mit vereinten Kräften ging man dann an die restliche Bergung der Verletzten. Es wurden angenommene Rippen- und Schlüsselbeinbrüche, Brustquetschungen, Gehirnerschütterungen, Schnittwunden und Unterkühlungen festgestellt. Fachkundig wurden die Verletzten in Erster Hilfe versorgt. Nach Überwindung des schwierigen Geländes mit den Verletzten übernahm der Krankentransport die Fahrt zur ärztlichen Versorgung. Die zahlreichen Zuschauer staunten, wie schnell und gewissenhaft die einzelnen Gruppen zu Werke gingen. Nach knapp zwei Stunden waren sämtliche Aufgaben erledigt. Bei der gemeinsamen Abschlußbesprechung in der THW-Unterkunft zollten die Leiter der drei beteiligten Organisationen den Helfern großes Lob.

Oberbürgermeister ließ sich zum Helfer ausbilden

Zur Vollausbildung der Stufe I der Helfer des THW im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes gehört auch ein Erste-Hilfe-Kursus. Anlässlich eines Helferabends im Ortsverband Coburg erklärte sich der

Dr. Wolfgang Stammberger, erklärte spontan seine Teilnahme an diesem Ausbildungskurs. Als oberster Katastrophenschutzleiter der Stadt Coburg nimmt er seine Aufgabe sehr ernst und will den Helfern in



Der Ausbilder vom ASB erklärt die Funktion der inneren Organe.

Ausbilder des Arbeiter-Samariter-Bundes bereit, den Helfern des THW in 8 Doppelstunden die Grundkenntnisse der sofortigen Hilfeleistung am Unfallort zu vermitteln.

Der an diesem Abend anwesende Oberbürgermeister der Stadt Coburg,

seinen Katastrophenschutzeinheiten nicht nachstehen. Als Helfer unter Helfern nahm er an allen Ausbildungsveranstaltungen aktiv teil.

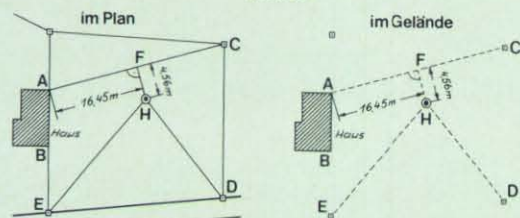
Die Abschlußprüfung war der selbstverständliche, krönende Abschluß auch für den OB.

Festpunkten bestimmt der Plan. Sie werden plangerecht in das Gelände übertragen.

Aufgabe:

Der Hauptpunkt H ist in das Gelände zu übertragen. Gegeben sind der im Plan maßstäblich eingetragene Hauptpunkt H, als Festpunkte die Hausecken A und B sowie die Grenzsteine C, D und E.

Abb. 95



Hauptpunkte im Plan und im Gelände

Lösung:

Im Plan wird zunächst Punkt A mit Punkt C verbunden und vom Hauptpunkt H das Lot HF auf die Gerade AC gefällt. Der Winkel ist stets nach der Formel $a^2 + b^2 = c^2$ zu überprüfen. Die Entfernungen AF (16,45 m) und FH (4,65 m) werden abgegriffen.

Im Gelände wird sodann die Gerade AC eingefluchtet, auf ihr von A aus die Länge 16,45 m abgetragen (AF) und in F eine Senkrechte errichtet.

Auf der Senkrechten wird von F aus die Lotlänge 4,56 m abgetragen und somit Punkt H gefunden. Derselbe ist identisch mit dem gesuchten Punkt H.

Zur Überprüfung des Ergebnisses ist im Plan die Entfernung vom Grenzstein D zum Hauptpunkt H abzugreifen. Diese Messung ist im Gelände zu

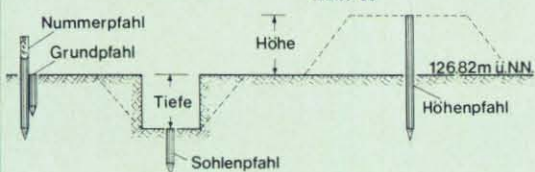
126

bestimmt. Der Höhenwert ist seitlich am nebenstehenden Nummerpfahl anzuschreiben.

Höhen- und Sohlenpfähle

[150] Bei geringem Auf- oder Abtrag können Höhen- oder Sohlenpfähle direkt in die Bauachse geschlagen werden. Ihre glatt abgeschnittene Kopfseite gibt die entsprechende Geländehöhe an. Sie geben im Auftrag als Höhenpfähle die geforderte Höhe, im Abtrag als Sohlenpfähle die Einschnitttiefe an. Um einen Sohlenpfahl höhengerecht setzen zu können, ist der Boden an der Meßstelle auszuheben.

Abb. 98



Bezeichnung der Pfähle

Beachte: Höhen- oder Sohlenpfähle werden während der Bauarbeiten gesetzt, wenn die Höhenunterschiede beim Auf- und Abtrag sehr groß sind. Das Setzen erfolgt, wenn die entsprechende Höhe bzw. Tiefe annähernd erreicht ist. Das gilt auch beim Setzen von Sohlenpfählen, wenn mit starkem Grundwasserdruck in den ausgehobenen Löchern zu rechnen ist. — Während des Bauvorganges sind die Höhen regelmäßig — bezogen auf den Grundpfahl — nachzuprüfen.

Aufgabe:

Die Sohlenhöhe eines Grabens bei Station $1+^{200}$ ist festzulegen. Gegeben sind die Höhe des Grundpfahles mit 126,82 m ü. N. N., die Bauachse und die Sohlenhöhe von 125,52 m ü. N. N. nach dem Bauentwurf.

130

Aufgabe:

Die Fluchten AC und BD mit dem Bogenanfangspunkt A und dem Bogenendpunkt B sind durch einen Bogen zu verbinden. Die Entfernung der Punkte A und B vom Schnittpunkt E ist unterschiedlich.

Abb. 94



Gitterverfahren

Lösung:

Durch Verlängern der Geraden AC und BD wird der Schnittpunkt E festgestellt und mit einem Fluchtstab markiert.

Die Strecke AE wird gemessen und in wenigstens sechs gleiche Strecken unterteilt. Die Teilpunkte sind durch Fluchtstäbe zu markieren. Sodann wird die Strecke BE vermessen, unterteilt und markiert. Die Anzahl der Teilstrecken muß der Anzahl der Teilstrecken AE entsprechen. Anordnung der Teilstreckenzahlen von links nach rechts bzw. von oben nach unten.

Die Teilpunkte (hier 1 bis 6) der Strecke AE werden mit den Teilpunkten 1 bis 6 der

123

wiederholen. Hauptpunkt H ist richtig in das Gelände übertragen, wenn beide Messungen übereinstimmen.

[147] Im Gelände bestimmte Hauptpunkte werden durch Pfähle vermarktet. Die Länge der Pfähle richtet sich nach Geländeform und Bodenbewachung. Durch seitlich aufgestellte Fluchtstäbe können die Pfähle sichtbar gemacht werden.

Bei allen Bauvorhaben müssen entsprechend lange Pfähle verwendet werden, die an der Kopfseite mit einer Bohrung zur Aufnahme der Fluchtstäbe versehen sind. Diese Pfähle sollen etwa 0,20 bis 0,25 m aus dem Boden herausragen und an den Kopfseiten wie folgt farbig gekennzeichnet werden:

- Achspunkte (Hauptpunkte) = rot
- Stationspunkte (Zwischenpunkte) = weiß
- Böschungspunkte (Meßpfahl des Böschungsprofils) = blau

Hauptpunkte, die erhalten bleiben sollen, werden durch eingegrabene Steine mit Kreuzmarken, Rohre oder Bolzen in Beton, vermarktet. Weit auseinanderliegende Hauptpunkte können durch Einfichten von Zwischenpunkten sichtbar gemacht werden. Die Bauachse wird dadurch deutlich erkennbar.

Streckenteilung (Stationieren)

[148] Die durch Hauptpunkte — ggf. durch weitere Zwischenpunkte — festgelegte Bauachse wird in möglichst gleich lange Strecken unterteilt (stationiert).

Die Stationierung beginnt am Anfangspunkt (Hochpunkt, Festpunkt) mit dem Punkt $0+^{00}$. Die Abstände der Stationspunkte sind mindestens alle 20,00 m einzusetzen.

Die Bezeichnung der Stationspunkte hängt im

127

Strecke BE entsprechend ihrer Numerierung verbunden, d. h.: Teilpunkt 1 der Strecke AE mit Teilpunkt 1 der Strecke BE, Teilpunkt 2 der Strecke AE mit Teilpunkt 2 der Strecke BE usw.

Der Schnittpunkt der Verbindung 1 nach 1 und 2 nach 2 ergibt den ersten Bogenpunkt des Kreisbogens, der Schnittpunkt der Verbindung 2 nach 2 und 3 nach 3 den zweiten Bogenpunkt. Sind sämtliche Bogenpunkte festgelegt, so ist der gesuchte Kreisbogen abgesteckt.

6.10.

allgemeinen ebenfalls von der Länge der Bauachse ab. Längen unter 1000,00 m (1 km) werden wie folgt bezeichnet:

- 0+000 = Ausgangspunkt oder Punkt 0 der Stationierung
- 0+050 = 50,00 m von der Station 0+000 entfernt
- 0+072 = 72,00 m von der Station 0+000 entfernt
- 0+100 = 100,00 m von der Station 0+000 entfernt
- 0+150 = 150,00 m von der Station 0+000 entfernt

Bei Längen über 1000,00 m sind nachstehende Bezeichnungen üblich:

- 0+000 = Ausgangspunkt oder Punkt 0 der Stationierung
- 1+500 = 1 500,00 m von der Station 0+000 entfernt
- 2+000 = 2 000,00 m von der Station 0+000 entfernt
- 2+540 = 2 540,00 m von der Station 0+000 entfernt

Beispiel:

Nach den Bauunterlagen ist bei Station 2+410 ein Durchlaß geplant. Das bedeutet, daß der Durchlaß 2 410,00 m vom Ausgangspunkt entfernt liegen soll.

Abb. 96



Stationierung

Sämtliche Stationspunkte werden durch 0,30 bis 0,40 m lange Stationspfähle vermarktet. Die Pfähle werden zunächst in der Flucht der Bauachse eingeschlagen. Auf ihre glatten Schnittflächen wird mit Ölkreide die Stationsnummer eingetragen.

6.10. Abstecken von Bauvorhaben

Allgemeines

[143] Durch Absteckungsarbeiten wird ein Bauentwurf (Bauplan, Lageplan) in das Gelände übertragen und kenntlich gemacht. Die Maße des Bauentwurfes werden dem Bauplan entnommen.

Die Absteckungsarbeiten gliedern sich in

- Einmessen und Vermarken von Hauptpunkten,
- Streckenteilung (Stationierung),
- Festlegen von Höhen,
- Abstecken von Böschungen (Setzen von Böschungsprofilen),
- Aufstellen von Schnurgerüsten.

Kein Bauvorhaben darf ohne eine einwandfreie Absteckung begonnen werden.

Einmessen und Vermarken von Hauptpunkten

[144] Grundlage jedes Einmessens und Vermarkens ist die im Lageplan eingezeichnete Mittellinie oder Bauachse. Sie setzt sich in der Regel aus Geraden und Übergangs- bzw. Korbbögen zusammen. Ihre Hauptpunkte sind die Anfangs-, End- und Tangentenschnittpunkte der Geraden sowie die Anfangs- und Endpunkte der Kreisbögen. Durch Verbinden der Hauptpunkte entsteht die Bauachse.

[145] Die Übertragung der Achse aus dem Plan in das Gelände erfolgt durch Einmessen der Hauptpunkte. Zum Einmessen derselben ist von Festpunkten aus zu beginnen, welche sowohl im Plan wie auch im Gelände gekennzeichnet sind. Festpunkte können Gebäudeecken, Grenzsteine, Kilometersteine, Höhenbolzen, Polygonpunkte o. a. sein.

[146] Die Entfernungen der Hauptpunkte von den

6.10.

Abb. 97



Nummerpfahl

Da bei Beginn der Bauarbeiten die eingeschlagenen Stationspfähle in der Bauachse hinderlich sind, werden seitlich zu ihnen weitere Punkte eingemessen. Diese Punkte sind rechtwinklig zu den einzelnen Stationspunkten und im gleichen Abstand anzulegen. Der Abstand ist so zu bemessen, daß die Pfähle im Verlauf der Bauarbeiten nicht beseitigt werden können.

Diese Pfähle werden Nummerpfähle genannt. Sie sind von gleicher Beschaffenheit wie die Stationspfähle. Sie tragen die Stationsnummer ebenfalls auf der Kopfseite.

Beachte: Aus Gründen der Arbeitersparnis kann auf das Einschlagen der Stationspfähle in der Bauachse verzichtet werden. Sie können durch Fluchtstäbe während der Vermessungsarbeiten ersetzt werden, bis die Nummerpfähle eingemessen sind. Hauptpunkte sind jedoch stets durch Pfähle in der Bauachse zu vermarken und durch je zwei links und rechts der Hauptpunkte einbetonierte Punkte zu sichern.

Festlegen von Höhen

Grundpfähle

[149] Um für einen Geländeauf- oder -abtrag eine Grundhöhe als Ausgangsbasis zu erhalten, werden sogenannte Grundpfähle neben den Nummerpfählen bodengleich eingeschlagen. Ihre Höhe — somit die Geländehöhe — wird von einem Höhenfestpunkt aus mit dem Nivelliergerät

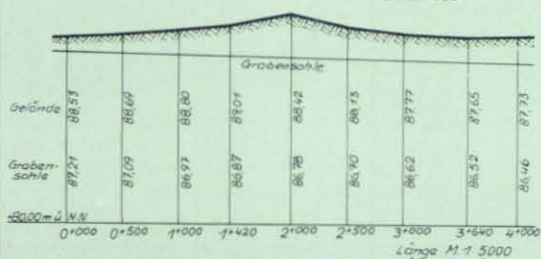
Einschnitttiefe und die Auftragshöhe sind für alle Stationspunkte zu ermitteln und in das Verzeichnis einzutragen.

Station	Höhe des Grundpfahles ü.N.N.	Höhe der Grabensohle ü.N.N.	Grabentiefe in m
0+000	88,53	87,21	1,32
0+500	88,69	87,09	1,60
1+000	88,80	86,97	1,83
1+420	89,01	86,87	2,14
2+000	88,42	86,78	1,64
2+500	88,13	86,70	1,43
3+000	87,77	86,62	1,15
3+640	87,65	86,52	1,13
4+000	87,73	86,46	1,27

Tiefenverzeichnis

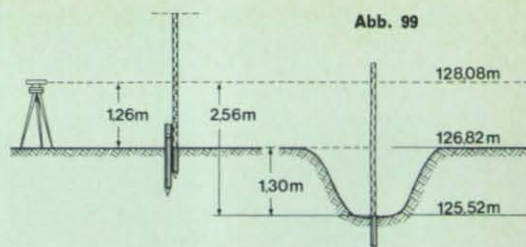
Die Tiefen eines Einschnittes lassen sich aus der Differenz zwischen Geländehöhe (durch Nivellement bestimmte Höhen der Grundpfähle) und den Höhen der geplanten Sohle (dem Bauentwurf zu entnehmen) errechnen.

Abb. 101



Längsschnitt des Grabens

Die Höhen des Höhenverzeichnisses werden entsprechend errechnet. Dabei ist die Differenz zwischen Geländehöhe (Höhe der Grundpfähle) und der Dammkrone (nach dem Bauentwurf) festzulegen.



Setzen eines Sohlenpfahles

Lösung:

Der Meßvorgang wird von zwei Helfern durchgeführt, die mit Nivelliergerät und Nivellierlatte ausgerüstet sind.

Das Nivelliergerät wird etwa 5,00 m vom Grundpfahl entfernt aufgestellt und die Nivellierlatte auf den betreffenden Grundpfahl aufgehalten.

Die Lattenablesung ergibt eine Höhe von 1,26 m. Zur Höhe 126,82 m ü. N. N. ist der Wert der Lattenablesung 1,26 m zu addieren. Daraus ergibt sich die Höhe der Ziellinie von 128,08 m ü. N. N.

Nach dem Bauentwurf ist die Grabensohle auf 125,52 m ü. N. N. festgelegt. Um die Differenz zwischen Höhe der Ziellinie und der Grabensohle zu ermitteln, ist wie folgt zu rechnen:

$$\begin{array}{r} \text{Höhe der Ziellinie} \quad 128,08 \text{ m} \\ \text{Höhe der Grabensohle} \quad -125,52 \text{ m} \\ \hline \quad \quad \quad 2,56 \text{ m} \end{array}$$

Die Grabensohle liegt demnach 2,56 m unter der Ziellinie.

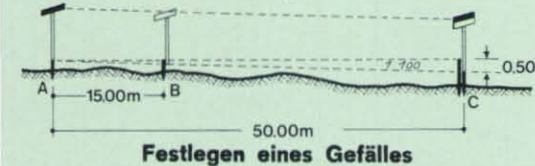
Nunmehr wird der Sohlenpfahl in der Achse des Grabens bis annähernd zur Sollhöhe ein-

Festlegen eines Gefälles

[155] Aufgabe:

Die Achse eines Dammes ist im Gelände in einem Gefälle 1:100 abzustecken. Gegeben sind die beiden Punkte A und B mit einem Abstand von 15,00 m, die auf gleicher Höhe liegen.

Abb. 104



Festlegen eines Gefälles

Lösung:

Pfahl C in der Bauachse, 50,00 m von Pfahl A entfernt, einschlagen und das Gefälle der Strecke AC im Verhältnis 1:100 errechnen.

$$\begin{aligned} \text{Formel: Höhenunterschied} &= \frac{\text{Strecke}}{\text{Verhältniszahl}} \\ &= \frac{50,00 \text{ m}}{100} = 0,50 \text{ m} \end{aligned}$$

Der Pfahl C liegt 0,50 m unter der Pfahlhöhe A.

Neben Pfahl C einen weiteren Pfahl einschlagen, der mit diesem in gleicher Höhe steht. Sodann Pfahl C um die Differenz von 0,50 m tiefer eingeschlagen (gemessen an der Kopfhöhe des Nebenpfahles).

Auf Pfahl C die Tafel und auf die Pfähle A und B die Krücken aufsetzen. Pfahl B so weit in den Boden schlagen, bis die Oberkanten der Krücken mit dem Grenzstrich der Tafel eine Ziellinie bilden. Dadurch ist das Gefälle der Strecke AC festgelegt. Weitere Punkte können jetzt durch Tafeln in beliebiger Anzahl

Erst nach Anlegen des Tiefen- bzw. Höhenverzeichnisses werden die Sohlen- und Höhenpfähle entsprechend der errechneten Höhe im Gelände eingeschlagen.

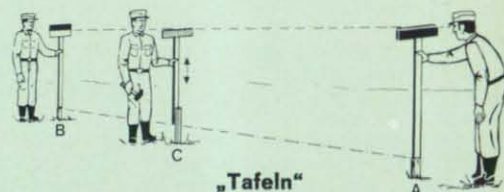
Festlegen von Höhen durch Tafeln

[153] Zwischen zwei in ihrer Höhe festliegende Geländepunkte können beliebig viele Punkte durch „Tafeln“ oder „Einwägen“ (Nivellieren) eingeschaltet werden. Die Verbindung dieser Punkte ergibt eine waagerechte oder geneigte Gerade.

Zum Tafeln sind stets zwei in ihrer Höhe gegebene Ausgangspunkte erforderlich, welche nicht mehr als 50,00 m auseinanderliegen dürfen. Die Höhen der Anfangs- und Endpunkte werden durch die Oberkante zweier in den Erdboden eingeschlagener Holzpfähle bestimmt. Die Aufgabe der Pfähle können auch andere in ihrer Höhe festliegende Geländepunkte übernehmen. Die Anfangs- und Endpunkte werden als Aufstellflächen beim Tafeln benutzt.

Das Tafeln wird mit Hilfe von Zielkreuzen durchgeführt (vgl. 6.2, Zif. 31). Hierfür sind drei Helfer erforderlich.

Abb. 102



„Tafeln“

Durchführung des Tafelns:

- Der erste Helfer (zugleich Beobachter) stellt die schwarze Krücke auf den Anfangspunkt A,
- der zweite Helfer stellt die schwarz/weiße Tafel auf den Endpunkt B,

geschlagen. Um denselben auf die geforderte Höhe (Tiefe) von 2,56 m unter der Ziellinie zu bringen, wird abwechselnd die Nivellierlatte aufgehoben und der Pfahl mit einem Hammer nachgeschlagen.

Das Nachschlagen mit der Nivellierlatte ist verboten!

[151] Im gleichen Meßvorgang können auch Sohlen- und Höhenpfähle eingemessen werden.

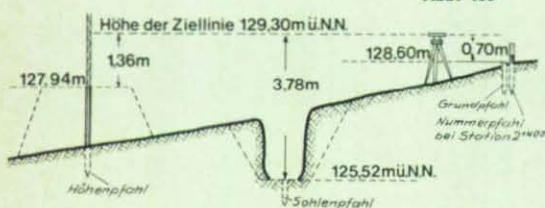
Aufgabe:

In einem zur Längsrichtung der Bauachse abfallenden Gelände ist ein Entwässerungsgraben auszuheben. Der dabei anfallende Aushub soll gleichzeitig für einen parallel verlaufenden Damm verwendet werden. Hierzu ist bei Station 2+400 für den Graben der Sohlenpfahl und für die Dammkrone der Höhenpfahl einzumessen.

Nach dem Bauentwurf sind gegeben:

- Grabensohle 125,52 m ü. N. N.
- Dammkronen 127,94 m ü. N. N.
- Grundpfahl 128,60 m ü. N. N. (Station 22+400)

Abb. 100



Setzen von Sohlen- und Höhenpfahl

Lösung:

Das Nivelliergerät ist zwischen Stationspunkt und Grabenachse aufzustellen. Die Nivellier-

- der dritte Helfer schlägt einen Holzpfahl auf der Bauachse im Abstand von etwa 15,00 m vom Anfangspunkt entfernt in den Boden und hält die rote Krücke an den Pfahl.
- Der erste Helfer visiert über die Oberkante seiner Krücke die Tafel des zweiten Helfers am Endpunkt der Strecke so an, daß die schwarze Fläche der Tafel über der schwarzen Fläche der schwarzen Krücke steht (die beiden schwarzen Flächen stehen übereinander),
- der dritte Helfer schiebt auf Weisung des ersten Helfers die rote Krücke auf- und abwärts, bis sich die Oberkanten beider Krücken mit dem Grenzstrich auf der Tafel decken und dadurch die gesuchte Ziellinie bilden.
- Der dritte Helfer schlägt nun den Pfahl bis zur Unterkante ein oder sägt ihn in der betreffenden Höhe ab.

Zur Überprüfung des Ergebnisses ist nach dem Einschlagen (oder Absägen) des Pfahles nachzutafeln. Alle weiteren Punkte der Strecke werden in gleicher Weise festgelegt. Beim Tafeln ist darauf zu achten, daß die Krücken senkrecht stehen.

Festlegen von Höhenpunkten in der Verlängerung zweier gegebener Punkte

[154] Das Tafeln ist nicht nur innerhalb einer durch Anfangs- und Endpunkt begrenzten Strecke möglich, sondern auch in Verlängerung zweier im Gelände gegebener und in ihrer Höhe festgelegter Punkte. Während Punkt A wiederum Anfangspunkt (auch Fest- oder Höhenpunkt) der Strecke ist, liegt der durch einen Holzpfahl dargestellte Punkt B ebenfalls in seiner Höhenlage fest, gibt jedoch gleichzeitig Richtung, Steigung oder Gefälle der Strecke an, ohne Endpunkt derselben zu sein.

Aufgabe:

Einzutafeln ist die Sohle eines Grabens mit

latte wird auf den Grundpfahl aufgesetzt und der Höhenwert abgelesen.

Höhe der Ziellinie = Grundpfahlhöhe + Höhenwert,
d. h. in Zahlen:

$$\begin{aligned} &128,60 \text{ m ü. N. N.} \\ &+ 0,70 \text{ m (Höhenwert)} \\ &= 129,30 \text{ m ü. N. N. (Höhe der Ziellinie)} \end{aligned}$$

Sodann ist die Differenz zwischen der Ziellinie und der geforderten Höhe des Sohlenpfahles zu errechnen:

$$\begin{aligned} \text{Ziellinie} &129,30 \text{ m ü. N. N.} \\ \text{Grabensohle} &- 125,52 \text{ m ü. N. N.} \\ &= 3,78 \text{ m Differenz} \end{aligned}$$

Der Sohlenpfahl ist bis zur Sollhöhe einzuschlagen (vgl. Zif. 150). Seine Höhe (Tiefe) ist korrekt, wenn die Ziellinie mit dem Höhenwert 3,78 m übereinstimmt.

Zur Ermittlung des Höhenunterschiedes zwischen Dammkronen und Ziellinie ist wie folgt zu rechnen:

$$\begin{aligned} \text{Ziellinie} &129,30 \text{ m ü. N. N.} \\ \text{Dammkronen} &- 127,94 \text{ m ü. N. N.} \\ &= 1,36 \text{ m Differenz} \end{aligned}$$

Die Nivellierlatte wird auf den vorgeschlagenen Höhenpfahl aufgesetzt und derselbe soweit eingeschlagen, bis der Höhenwert 1,36 m auf der Latte abgelesen werden kann.

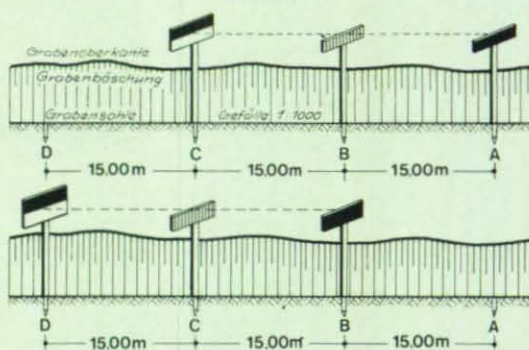
Beachte: Zu tief eingeschlagene Höhen- oder Sohlenpfähle sind herauszuziehen, entstandene Löcher aufzufüllen und die Pfähle an der gleichen Stelle wieder einzuschlagen.

Höhen- und Tiefenverzeichnis

[152] Die Tiefen eines Geländeabschnittes werden im „Tiefenverzeichnis“, die Höhen eines Geländeauftrages im „Höhenverzeichnis“ festgehalten. Die

Gefälle. Gegeben sind die Höhen des Anfangs- und Endpunktes sowie das Gefälle der Grabensohle durch zwei Pfähle A und B. Der Abstand zwischen beiden Punkten beträgt 15,00 m.

Abb. 103



Festlegen von Höhenpunkten durch „Tafeln“

Lösung:

Die schwarze Krücke wird auf den Pfahl A, die rote Krücke auf den Pfahl B aufgesetzt (Querbalken der Krücke senkrecht zur Grabenachse). Pfahl C in einer Entfernung von 15,00 m von Punkt B einschlagen und die Tafel anhalten.

Über schwarze und rote Krücke den Grenzstrich der Tafel anvisieren. Dabei die Tafel durch Auf- und Abwärtsschieben in die Ziellinie bringen und schließlich Pfahl C bis zur Unterkante des Tafelfußes einschlagen.

Die weiteren Punkte werden in gleicher Weise festgelegt, wobei der Meßtrupp um einen Pfahlabstand jeweils vorrückt.

Betriebsausflug des Warnamtes II/Bassum

Am 3. Mai war es soweit: Der spontane Entschluß, den diesjährigen Betriebsausflug des Warnamtes II für eine Auslandsreise zu nutzen, wird Wirklichkeit.

Noch „mitten in der Nacht“, um 04.30 Uhr, steht der Reisebus mit zwei Fahrern abfahrtbereit. In den ersten Stunden der Fahrt zur holländischen Grenze versucht so mancher, in der Morgendämmerung noch etwas von dem versäumten Schlaf nachzuholen. Das ist aber plötzlich vorbei, als es beim Grenzübergang Nordhorn das erste Frühstück auf holländischem Boden gibt.

Schon nach einer halben Stunde geht es weiter, und es ist immer wieder beeindruckend, wie rasch sich das Landschaftsbild ständig verändert. Besonders bei den Ortsdurchfahrten fallen die typisch holländischen Häuser besonders ins Auge, bei denen man durch die blankgeputzten Fenster in die guten Stuben, zum Teil sogar quer hindurch bis in die dahinter liegenden Gärten schauen kann. Genauso blitzsauber und farbenfroh wie die Häuser präsentieren sich auch die Gärten. Auffallend viele und große Kinderspielplätze bei den an der Straße liegenden Rasthäusern erregen das besondere Interesse.

Bei Arnheim geht es auf die Autobahn und vorbei an der Stadt durch die reizvolle Landschaft der Veluwe. Auf einem idyllischen Rastplatz wird zum zweiten Frühstück gehalten. Belegte Brötchen und wohltemperierter Sekt aus der Kühlbox sind gerade die richtige Erfrischung. Beim Passieren von Utrecht wird allgemein bedauert, daß wir den Kollegen des niederländischen Warndienstes keinen Besuch abstatten können.

Nachdem sich während der Fahrt entlang des „Rijn“ mit den zahllosen, nebeneinanderliegenden Bootswerften und den Hunderten von Hausbooten wiederum ein neues, aber typisches Landschaftsbild gezeigt hat, wird uns zur Mittagspause das neue, moderne Holland präsentiert. Im kürzlich erbauten Motel Sassenheim lernen wir die Qualitäten der holländischen Küche würdigen und können dann wohlgestärkt die international bekannte und viel gerühmte

Blumenpracht von Keukenhof bewundern.

Über Haarlem und vorbei am Flughafen Schiphol geht die Fahrt weiter, direkt bis ins Zentrum von Amsterdam. Nach der Hektik des weltstädtischen Straßenverkehrs wirkt die Bootsfahrt auf den Grachten umso beruhigender. Auch hier beeindruckt wieder sehr stark das enge Nebeneinander der alten Fassaden und Denkmäler neben den in ihrer Großzügigkeit zukunftsweisenden Großbauten der Gegenwart. Der zur Grachtenfahrt gehörende Abstecher in den Hafen vermittelt einen Hauch vom „Duft der großen weiten Welt“ und weckt auch ein kleinwenig Fernweh.

In der „rush-hour“ des Feierabendverkehrs beginnt die Heimfahrt. Von der E 35 aus können wir auf das IJsselmeer blicken und auch den Südteil des aufgeschwemmten Zuidelijk-Flevoland erkennen. Auf der neuen Autobahn E 8 geht es zügig bis Apeldoorn, wo im „De Cantharel“ schon mit Kerzen geschmückte Tische auf uns warten. Einige kühle Biere und ein gepflegter Genever runden das Abendessen ab und geben das nötige Sitzfleisch für die restliche Heimfahrt. Müde, aber dennoch glücklich und zufrieden, so viel gesehen und erlebt zu haben, kletterten die Teilnehmer gegen Mitternacht in Bassum wieder aus dem Bus. Diesen schönen Tag werden wir gewiß noch lange in Erinnerung behalten.

Warnamt VI dritter Sieger

Beim diesjährigen Fußballturnier um den Wanderpokal des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz am 12. Mai belegte die Mannschaft des Warnamtes VI/Usingen den 3. Platz.

Ausgetragen wurde das Turnier auf dem Dyckerhoff-Sportfeld in Wiesbaden-Biebrich. Veranstalter war der Vorjahressieger, die Mannschaft des Bundeskriminalamtes. Mit ihren Mannschaften waren an dem Turnier beteiligt:

- das Bundesamt,
- die BzB-Außenstelle Marienthal,
- das Warnamt VI,
- das Bundeskriminalamt,
- das Landeskriminalamt,

- die Bundeszentrale für politische Bildung,
- das Presse- und Informationsamt und
- das Landratsamt Ahrweiler.

Wie im Vorjahr waren die Teilnehmer in 2 Gruppen eingeteilt; die Gruppensieger spielten um den 1. und 2. Platz. Das Warnamt VI gehörte zur Gruppe A, in der auch der Vorjahressieger und Favorit, die Mannschaft des Bundeskriminalamtes, spielte. Gegen die Bundeszentrale für politische Bildung gewann das Warnamt VI mit 1:0, gegen das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz mit 3:0 Toren. Die entscheidende Begegnung mit dem Bundeskriminalamt ging mit 0:1 verloren. So blieb dem Warnamt nur das Spiel um den 3. Platz gegen die BzB-Außenstelle Marienthal, das mit 3:0 Toren für das Warnamt VI endete.



BzB-Präsident Dr. Kolb überreicht die Preise an die Mannschaften.

Gesamtsieger wurde erneut das Bundeskriminalamt. Für das Warnamt war der 3. Platz ein schöner Erfolg. Der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz nahm die Siegerehrung zum Anlaß, den sportlichen und kameradschaftlichen Wert der Pokalspiele hervorzuheben und den Teilnehmern für ihren Einsatz zu danken.

Wasser für Notstandsgebiet

Die anhaltende Dürre im Usinger Land hat den Magistrat der Stadt Usingen gezwungen, drastische Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauchs zu treffen. So mußte

zunächst das Hallenschwimmbad geschlossen und später das Rasensprengen und Wagenwaschen verboten werden. Da die Bemühungen, eine zusätzliche Quelle zu erschließen, bisher nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben, wird von einem Stadtteil mit besserer Wasser-

versorgung eine Verbundleitung gebaut, über die der Wasserbedarf im gesamten Stadtgebiet gedeckt werden soll. Bis zur Fertigstellung dieser Leitung wird der Hochbehälter der Stadt zur Überwindung des bestehenden Mangels an Trinkwasser über eine von der Freiwilligen Feuerwehr verlegte Schlauchleitung aufgefüllt.

Um diese Maßnahme zu beschleunigen, hat das Warnamt VI/Usingen auf Vorschlag von RA Battke dem Bürgermeister der Stadt die Entnahme von Trinkwasser aus der warnamts-eigenen Wasserversorgung angeboten. Dieses Angebot wurde auch dankbar angenommen. Am 8. Juli wurden aus 3 Brunnen des Warnamtes erstmalig 10 000 Ltr. Wasser entnommen und in das Usinger Versorgungsnetz eingespeist. Hierfür hat die Feuerwehr mit Tanklöschfahrzeugen 4 Fahrten durchgeführt.

Dem Vernehmen nach soll von dem Angebot des Warnamtes VI im Bedarfsfall auch weiterhin Gebrauch gemacht werden.



Entnahme von Trinkwasser aus einem Hydranten des Warnamtes für die Stadt Usingen.

Hohe Auszeichnung



Wie erst jetzt berichtet werden kann, konnte Herbert Lewecke bereits im Dezember vorigen Jahres auf eine 10jährige erfolgreiche Tätigkeit als Leiter der Warndienst-Leitstelle 35 in Lemgo

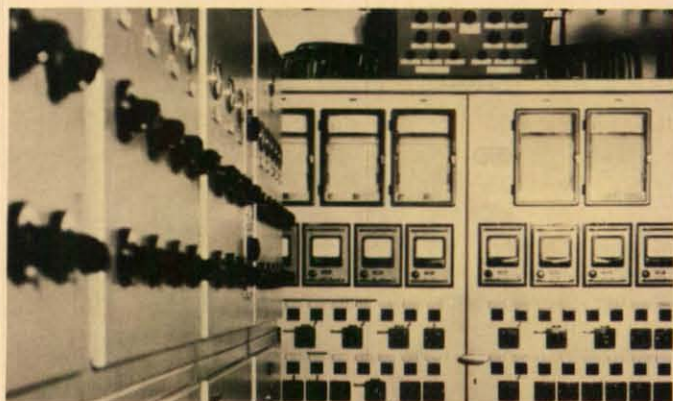
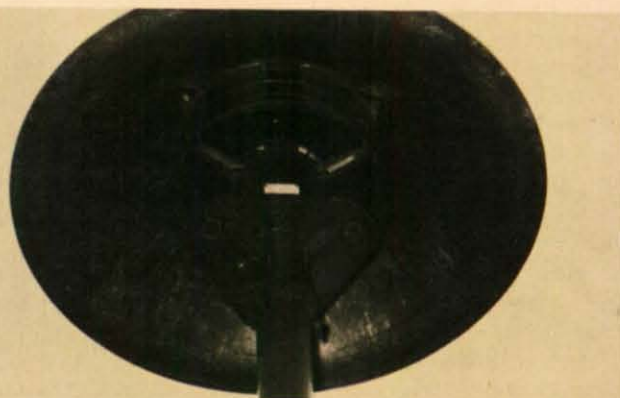
zurückblicken.

Nach längerer Zugehörigkeit zum LSHD, wo Lewecke hauptsächlich im ABC-Dienst eingesetzt war, wurde er Anfang Dezember 1962 mit dem Aufbau und der Leitung der WD-Leitmeßstelle 35 beauftragt. Diese Aufgabe hat Herbert Lewecke mit großem Fleiß und viel Umsicht durchgeführt.

Anlässlich seines Dienstjubiläums dankte VOR Ebeling, der Leiter des Warnamtes III in Rodenberg/Deister, Herbert Lewecke für die geleistete Aufbauarbeit und überreichte ihm die vom Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz verliehene Warndienst-Ehrendnadel in Gold mit Eichenlaub.



Links: Frauen und Mädchen übernehmen in einem Warnamt eine verantwortliche Aufgabe: Aufnehmen und Weitergeben von Meldungen, Herstellen von Nachrichtenverbindungen. Rechts unten: Vom Warnamt werden die Sirenen ausgelöst. Umfangreiche technische Anlagen schalten die Relais in Sekundenschnelle. Rechts oben: Lautstarke Sirenen sind über die gesamte Fläche der Bundesrepublik verteilt. Einheitliche Signale warnen die Bevölkerung vor Gefahren oder zeigen das Ende der bedrohlichen Lage an.



Heinz Quittnat, Verkehrsbeauftragter der Männerarbeit der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck

Mehr Partnerschaft im Straßenverkehr

Fahrer sollten ethischen Automatismus in sich entwickeln

Am 3. Juni haben die Kirchen erneut anlässlich des Tages des Straßenverkehrs ihre Gemeinden zu einer Besinnung aufgerufen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Betrachtungen stand der Gedanke der Partnerschaft in der Begegnung von Mensch zu Mensch auf unseren Straßen.

Immer wieder ist es erschütternd, feststellen zu müssen, daß trotz aller Bemühungen von Behörden und Verbänden — sei es straßenbaulicher Art oder verkehrspolizeiliche Überwachung und Aufklärungsmaßnahmen — es nicht gelingt, von den hohen Unfallziffern herabzukommen. Was versagt, ist fast immer der Mensch. 80 — 90 v. H. aller Unfälle sind hierauf zurückzuführen.

Gesetze, Verordnungen, Bestrafungen — das wissen alle Verantwortlichen — reichen nicht aus. Der Straßenverkehr sprengt mit seiner Kommunikation alle Lebensräume, und die Dämonisierung des Autos verlangt von den Verkehrsteilnehmern besondere Verhaltensweisen, die über das sonst Übliche zwischen Menschen hinausgehen.

In den Fahrschulen versucht man nun durch das Erlernen von sogenannten „Automatismen“, d. h. von Verhaltensweisen, die in „Fleisch und Blut“ übergehen sollen, spezielle Verkehrsvorgänge vom Bewußtsein unabhängig zu machen. Verträgt sich das eigentlich mit einem bewußten Partnerschaftsverhalten? Bedingtheit und Begrenztheit menschlichen Könnens stehen dem doch im gewissen Sinne entgegen.

Ich meine, trotz der Notwendigkeit einer möglichst vollkommenen Beherrschung der technischen Vorgänge, der Fahrweise, der Reaktion u. a. bedingt die Eigengesetzlichkeit des Straßenverkehrs, daß der Mensch hier sich stets seiner Mitverantwortung, gepaart mit u. a.



Hier ist verständnisvolle Rücksicht am Platze. Der Fußgänger muß durch den an der Halteinsel vorbeierollenden Verkehr, um zu der haltenden Straßenbahn zu kommen.

Toleranz und Nächstenliebe, bewußt sein muß. Er soll und darf nicht zum seelenlosen Automaten werden.

Das, meine ich, ist überhaupt das Wesentliche, wenn wir den Partnerschaftsgedanken zu erklären versuchen. Partnerschaft bedeutet teilhaben. Teilhaben an etwas kann ich aber nur, wenn ich Mitverantwortung trage.

Im Alltagsleben begegnet man der Partnerschaft in mannigfaltigen Formen. Nur zwei der bekanntesten seien herausgegriffen: den Ehe- und den Geschäftspartner. Sie haben mit dem Verkehrspartner gemeinsam, daß der eine den anderen an Lebens- oder Wirtschaftsvorgängen teilnehmen läßt.

Das Eherecht (BGB), das Handelsrecht und auch das Verkehrsrecht legen nun für das Partnerschaftsverhältnis bestimmte Normen fest, deren Einhaltung Mindestforderungen darstellen, um eine Teilhaberschaft zu ermöglichen.

Ein echtes Partnerschaftsverhältnis verlangt aber mehr. Es stützt sich auf das Geben über das gesetzlich Zugestandene hinaus. Mir scheint es, daß das auch in dem Verhältnis der Menschen zueinander besonders im Straßenverkehr wichtig ist. Nicht nur nach Recht und Gesetz fahren, sondern bemüht sein, sich in die Verhaltensweisen des Verkehrspartners hineinzudenken heißt hier: echte Teilhaberschaft.

Im „Geben“ liegt aber auch der Unterschied zwischen dem Verkehrspartner und dem der anderen Formen. In den beiden ersten Fällen kennt man den Partner. Es ist mehr oder weniger eine individuelle Partnerschaft. Man kann hier — da man die Stärken und Schwächen des anderen kennt — leichter helfen als seinem Partner im Straßenverkehr. Wie ist aber hier die Situation zur Zeit? Sehen wir überhaupt im anderen Verkehrsteilnehmer einen Partner? Ja, können wir das überhaupt? Stehen

die Augenblickssituationen und das Gefühl des Isoliertseins im Kraftfahrzeug dem nicht entgegen? Jedenfalls im fließenden Verkehr. Was kann man tun, um dem Partnerschaftsgedanken auch hier zum Durchbruch zu verhelfen? Verhältnismäßig einfach ist es im begleitenden Unfalldienst (Seelsorge am Unfallort) oder beim kirchlichen Unfallfolgedienst. Die Augenblickssituation und die „Massenpartnerschaft“ stellen an das sittliche und ethische Empfinden des einzelnen weitaus höhere Anforderungen.

Zweierlei scheint zur Erreichung dieses Zieles notwendig zu sein. Zunächst das ständige Arbeiten an sich selbst, d. h. sich seiner persönlichen Verantwortung im Straßenverkehr dauernd bewußt zu sein. Nicht nur sich selbst gegenüber, sondern gerade dem Begegnenden. Hier könnte ruhig ein gewisser ethischer Automatismus am Platz sein.

Voraussetzung für dieses Sich-fest-in-der-Hand-haben ist aber u. a. die Kenntnis der bestehenden Rechtsnormen für den Straßenverkehr, das Wissen um die Schwächen in jedem Menschen, wie Aggressivität, Rücksichtslosigkeit, Unvorsichtigkeit, Leichtsinne u. a. m. Stellt man das in Rechnung, dann hat man einige Hilfen, um über das gesetzlich von mir Geforderte dem anderen mehr geben zu können.

Die Gruppenpartnerschaft als ein besonderes Element im Straßenverkehr verlangt aber noch mehr. Je nachdem, zu welcher Gruppe (Kraftfahrer, Radfahrer, Fußgänger — hier besonders Kinder und ältere Menschen) mein Verkehrspartner gehört, muß auch mein Verhältnis zu ihm unterschiedlich sein.

Bei der Begegnung mit Kraftfahrern wird wohl das defensive Fahren mit im Vordergrund stehen. Auf die Gefahren einer übertriebenen Defensivhaltung möchte ich aber nicht versäumen hinzuweisen.

Bei der Gruppe der Radfahrer und besonders bei den Fußgängern muß der Gedanke vorherrschend sein, daß es sich hier um schwächere Partner handelt. Unter Umständen trifft das aber auch zu für verschiedene mir als Kraftfahrer Begegnende.

(Anfänger, Fahrshüler u. a.). Dem Schwächeren gegenüber sollten im Vordergrund stehen: Toleranz, Rücksicht, Nächstenliebe und bei den Schwächsten, den Kindern und den älteren Menschen, ständige und besondere Vorsicht.

Partner im Straßenverkehr und damit mündiger Verkehrsteilnehmer kann man nicht von heute auf morgen werden. Deswegen reicht es wirklich nicht aus, wenn sich der kirchliche Beitrag hierzu auf eine einmalige Besinnung am Tage des Straßenverkehrs erschöpft. Das weite Feld der Unfallseelsorge

muß über die Seelsorge am Unfallort und nach dem Unfall hinausgehen. Wenn es zutrifft, daß sich die Partnerschaft eines Christen an seinem Gewissen orientiert, dann scheint mir ein dauerndes Aufrütteln und eine nie ermüdende Anleitung und Einführung zur Besinnung bei allen kirchlichen Veranstaltungen notwendig zu sein.

Bundesarzt Dr. Norbert Specht

Sofort kaltes Wasser auf Brandwunden

Alte Hausmittel verschmieren die Wunden — Schnell zum Arzt

Heute erschien eine Frau in meiner Praxis. Vor drei Tagen hatte sie sich durch Ungeschick mit heißem Wasser verbrannt. Die Wunden an beiden Unterarmen sahen nicht gut aus. Als ich fragte, was sie als Erstmaßnahme unternommen habe, erklärte sie, sie habe Mehl draufgestreut. Es ist mir unerklärlich, daß heute noch Mittel angewendet werden, wie Butter, Öl, Mehl, Puder, Salben oder Gel, bevor ein Arzt die Wunden beurteilt hat und dann entsprechend behandelt.

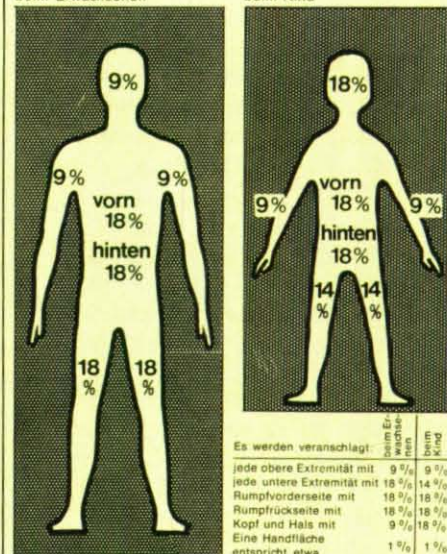
Die Verbrennung ist eine Reaktion auf Wärme einwirkung, wobei der Grad der Wärme, die Einwirkungsdauer und die Leitfähigkeit des Wärmeübertragers entscheidend sind. Die Verbrennungen werden eingeteilt in solche

- 1. Grades — Rötung der Haut
- 2. Grades — Blasenbildung
- 3. Grades — Zellzerstörung
- 4. Grades — Verkohlung des Gewebes.

Die Ausdehnung der Verbrennung spielt die größte Rolle (siehe Skizze). Wenn 50 v. H. der Hautoberfläche 2. Grades oder 30 v. H. 3. Grades verbrannt sind, besteht selten eine Überlebenschance. Das zerstörte Eiweiß der Hautzellen führt zur Intoxikation (Vergiftung). Der Wasserverlust aus dem Blut in das schwellende Gewebe oder in die Blasen und die Schmerzen führen zum Schock. Schon ein Sonnenbrand kann einen Schock auslösen. Deshalb sollte bei jeder großflächigen Verbrennung 2. und 3. Grades so schnell wie möglich eine Kreislaufüberwachung in einer Klinik durchgeführt werden.

Kann der Laie überhaupt Hilfe bei Verbrennungen bringen? Da bei jeder Verbrennung die Reaktionsdauer der Haut eine Rolle spielt, sollte zuerst an den sofortigen Wärmeentzug gedacht werden. Jede Verbrennung übergieße man zuerst

Neuner-Regel zur Schätzung der verbrannten Körperoberfläche beim Erwachsenen



mit kaltem Wasser. Dabei wird nicht nur Wärme entzogen, auch die Reaktion der Haut mit Hyperämie (Mehrdurchblutung), Schwellung und auch der Schmerz werden verringert. Man vermutet heute, daß eine Wärmezufuhr, die zu einer Verbrennung 3. Grades führen müßte, nur eine Verbrennung 1. Grades erreicht, wenn sofort kaltes Wasser zur Anwendung kommt.

Nach einer Wasserkühlung sollten die Wunden entweder steril abgedeckt (nicht verbunden) oder sogar offen der ärztlichen Versorgung zugeführt werden.

Butter, Mehl, Öl, Puder, Salben, Brandgel verschmieren eine Brandwunde, so daß die Beurteilung durch einen Arzt verhindert wird. Ein Abtragen oder Reinigen der Wunde von diesen Mitteln ist schmerzhaft und vergrößert oftmals unnützlich die Wundfläche.

Deshalb merke: Auf eine Brandwunde nur kaltes Wasser und dann so steril wie möglich zum Arzt.

Aus einem Originalgeschehen heraus — ein Unfall mit in Brand geratetem Personenwagen dient als Grundlage — erläutert der Film in chronologischer Reihenfolge die Sofortmaßnahmen am Unfallort:

Absichern der Unfallstelle
Bergung aus akuter Gefahr
Unfallmeldung
Blutstillung
Seitenlage
Beatmung
Schockbekämpfung
Aufheben und Transport

Die Vorgänge werden so gerafft, daß sich beim Betrachter nur die entscheidendsten Handgriffe, diese aber umso intensiver, einprägen. Hierbei entspricht die Behandlung der einzelnen Themen dem für Führerscheinerwerber nach § 8 a StVZO vorgeschriebenen Ausbildungsprogramm der Unter- richtung in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“.

Nicht zuletzt auf Grund der inhalt- lichen Beschränkung auf das Notwendigste, seines logischen Aufbaus und seiner beispielhaften didaktischen Gestaltung erhielt der Film das Prädikat „Besonders wertvoll“.

Heute, 1½ Jahre nach Fertigstellung des Films, läuft er mit über 400 Kopien bei den verschiedensten Organisationen, Verbänden, Institutionen und Behörden zur Ausbildung von Führerschein- Neuerwerbenden, Helfern im Katastrophenschutz sowie zur Aus- bildung von Betriebshelfern.

In zwei Fernsehausstrahlungen wurden Millionen Zuschauer über die entscheidenden Sofortmaßnahmen nach einem Verkehrsunfall informiert. Noch in diesem Jahre 1973 soll dieser interessante Film als Vorfilm in die Lichtspieltheater der Bundesrepublik gehen; ein Beitrag des Malteser- Hilfsdienstes zur Verbesserung der Situation Verletzter im Straßen- verkehr.

Verleih und Verkauf:

Malteser-Hilfsdienst e.V. — General- sekretariat
5038 Rodenkirchen/Köln, Hauptstr. 24,
Telefon (02 21) 30 22 93 / 30 34 01
Telex 8 882 337

Hergestellt bei:

München-Film-Produktion
8 München 2, Brienner Straße 10
Buch, Gesamtgestaltung: Mario Nowak
Regie: Alfred Noell
Kamera: Rolf Godo
Schnitt: Gabriele Doll
Sprecher: Egon Hoegen

Fachliche Beratung:

Prof. Dr. med. W. Reichmann, Leiter der Abteilung Unfallchirurgie an der I. Chirurgischen Universitätsklinik, Köln; Prof. Dr. W. Herzog, Gummers- bach, Dr. P. Birkenbach, Lebach,

Dr. E. Friedhoff, Köln, Dr. N. Tietz, Köln, Dr. K.-W. Wedel, Bonn, Polizeidirektor E. Schultze, Köln

Filmkopien:

16 mm (35 mm) Farbfilm
Ton: Lichtton
Länge: 148 m (371 m)
Laufzeit: 13,34 min.
Verkaufspreis: DM 658,70
(incl. MWSt) mit Spule und Kassette,
Format 16 mm

Fremdsprachen-Kopien:

englisch, französisch, spanisch,
arabisch, portugiesisch. Preis auf
Anfrage.



Die „Rettungs-
kette —
symbolisch um
das Malteser-
kreuz gruppiert.



Um die Hilfs-
maßnahmen
nicht zu gefähr-
den, wird die
Unfallstelle
abgesichert.



BERGEN AUS AKUTER GEFAHR

Besteht —
durch Brand,
Explosion —
akute Gefahr,
sofort Verletzten
bergen.



Bei schweren Unfällen sofort Polizei mit sachlichen Angaben verständigen.



Blutungen, besonders nach Verletzung von Schlagadern — sofort stillen.



Stark blutende Wunden mit einem Druckverband versorgen.



Auch unverletzte Unfallbeteiligte können unter Schockwirkung stehen.



Bewußtlose werden zu ihrer eigenen Sicherheit in die Seitenlage gebracht.



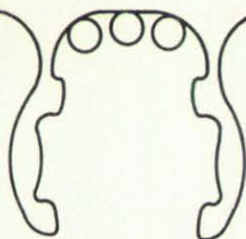
Beatmung ist lebensrettend! Durchführen, bis Arzt oder Sanitäter eintrifft.



Zusammenarbeit — nur durch Schulung erreichbar! — beim Aufheben.



Oft muß die Brandbekämpfung gleichzeitig mit der Ersten Hilfe beginnen.



AKTUELLE NACHRICHTEN

Bärte behindern

Nach Untersuchungen des britischen Amtes für die Sicherheit in Bergwerken besteht für Bartträger dann, wenn sie zum Gebrauch einer Schutzmaske gezwungen sind, ein erhöhtes Sicherheitsrisiko.

Von den in der britischen Norm vorgeschriebenen Werten — die bei einer Glattrasur am Dichrahmen der Schutzmaske eindringende Luftmenge darf 500 ppm, bezogen auf die eingeatmete Luft oder Sauerstoffmenge, nicht überschreiten — ausgehend, wurden genaue Messungen durchgeführt, die in je einer Versuchsreihe Vollbartträger, Kotelettenträger und Glattrasierte umfaßte. Alle Versuchspersonen, zwölf an der Zahl, mußten während des Testes eine Tretmühle bewegen und Sprechübungen und Kopfbewegungen machen. Die sogenannte Leckrate lag bei den glattrasierten Personen zwischen 25 und 70 ppm, d. h. nur bei 1/20 bis 1/7 der zulässigen Menge.

Bei den Versuchspersonen, die Backenbärte trugen, schwankte der Meßwert zwischen 35 und 790 ppm; Vollbärtige mußten Werte zwischen 600 und 5130 ppm in Kauf nehmen. Die Nebenluft hatte einen Wert erreicht, der im Höchstfalle den zulässigen Wert um mehr als das 10fache überschritt, in einem Falle mit 30 670 ppm sogar um das 61fache. Im Ernstfalle eine lebensgefährliche Angelegenheit.

Mione durchdringen Materie

Die Versuche, ein Nachrichtenträgersystem zu entwickeln, welches auch feste Materie durchdringen kann, haben jetzt in den USA zu

einem Erfolg geführt. Amerikanische Wissenschaftler haben Mione — Teilchen eines Atoms — als Nachrichtenträger benutzt und mit deren Hilfe die Durchdringung von fester Materie demonstriert. Ohne Schwierigkeiten durchdrangen die Elementarteilchen, die als Träger für Morsezeichen benutzt wurden, auf ihrem 135 m langen Wege eine zwei Meter starke Betonwand und andere Hindernisse.

Mionen — das sind negativ oder positiv geladene Atomteilchen, die über 200 mal schwerer als Elektronen sind, werden im Gegensatz zu Funkwellen oder anderen Teilchenstrahlungen, von Materie kaum aufgehalten. Man ist der Überzeugung, daß dieses neuartige Übertragungssystem noch auf Entfernungen bis zu 800 Kilometer wirksam ist.

Abgesehen von der Möglichkeit, auf der Basis einer solchen Entdeckung wirksamere Verständigungsmittel für Verschüttete zu entwickeln, könnte es durchaus möglich sein, Nachrichtenübertragungen direkt durch die Erde hindurch vorzunehmen.

Flüssiggas als Treibstoff

Neben Versuchen zur Entwicklung eines wirtschaftlichen Elektromotors, die auch in anderen europäischen Staaten laufen, werden in der Sowjetunion die Arbeiten an Motoren, die Flüssiggas als Treibstoff nutzen können, vorangetrieben.

Der Ministerrat der UdSSR hat beschlossen, daß im Rahmen der Maßnahmen gegen eine Umweltverschmutzung künftig weitgehend Erdgas als Treibstoff für Kraftfahrzeuge zu verwenden ist. In den Jahren 1974 — 1976 werden allein in Moskau 35 000 Kraftfahrzeuge auf Flüssiggas umgestellt; bisher laufen hier bereits 2000 solcher Kraftfahrzeuge. Die Serienanfertigung von Kraftfahrzeugen aller Art — LKW, Taxi, Busse —, die Flüssiggas als Treibstoff verwenden, ist bereits angelaufen. Dank der nahezu vollkommenen Verbrennung enthalten die Auspuffgase bei der Verwendung von Flüssiggas nur etwa ein Viertel der schädlichen Stoffe wie bei der Verwendung normaler Treibstoffe. Die Angelegenheit hat überdies noch einen wirtschaftlichen Aspekt — Flüssiggas ist nicht nur umweltfreundlich, es ist auch billiger als Benzin.

Klein-Anhänger für Zivilschutz-Aufklärung

Aus der Überlegung heraus, daß auch in kleinsten Gemeinwesen eine praxisnahe Zivilschutzaufklärung betrieben werden muß, hier aber nicht überall eine große Zivilschutz-Ausstellung aufgebaut werden kann, hat man in Österreich einen speziellen



Informationswagen entwickelt. Ein kleiner Kfz.-Anhänger nimmt entsprechendes Bild- und Anschauungsmaterial auf; später ist beabsichtigt, auch noch einen Filmprojektor einzubauen.

Das Innere des Wagens dient gleichzeitig als Beratungsstelle, hier werden Broschüren u. a. mitgeführt. An den Außenseiten sind bestimmte Themenkreise bildlich oder grafisch dargestellt.

Kurse in Katastrophenmedizin

An der Universität Zürich wurde erstmals ein zweitägiger Kurs über Katastrophenmedizin durchgeführt, der als Blockkurs organisiert war. Bereits vor vier Jahren hatte der Oberfeldarzt den Antrag auf die Einführung eines solchen Kurses gestellt, der alle künftigen Mediziner mit dem Problem der Katastrophenmedizin vertraut machen sollte. Dieser erste Kurs wurde vom Lehrbeauftragten für Katastrophenmedizin, Dr. Lanz, der auch Chefarzt des Krankenhauses Herisau ist, veranstaltet. Nicht weniger als 15 Referenten befassen sich mit den Grundbegriffen der Katastrophenmedizin, den chirurgischen Aspekten einer Katastrophe, dem intermedizinischen Massenansturm, den epidemiologischen Gesichtspunkten einer Katastrophe sowie mit den im Falle einer Katastrophe auftretenden psychiatrischen Problemen. Ebenfalls stehen neben den sanitätsdienstlichen Fragen auch Probleme des Zivilschutzes im Vordergrund.

Helmut Freutel

Geballte Löschkraft

Ein neues Feuerlöschboot für die Stadt Duisburg

Unter den vielen Gefahren, denen Schiffe im Hafen und auf der Reise ausgesetzt sind, spielt die Brandgefahr eine besondere Rolle. Bei Aufbauten-, Ladungs- und Maschinenraumbränden findet das Feuer reichlich Nahrung und kann schnell umherschreiten. Die Brandausbreitung wird durch Farbanstriche, Betriebsgänge, Lüftungskanäle und andere besondere bauliche Eigenheiten noch begünstigt. Dazu kommt, daß Brandherde oft sehr schwer zugänglich sind. Häufigste Brandursache in den Aufbauten ist Nachlässigkeit und Unachtsamkeit von Fahrgästen und Besatzung im Umgang mit offenem Licht, brennbaren Flüssigkeiten und elektrischen Geräten. Auch Selbstentzündung von ölhaltigen Putzplatten oder die Entstehung versteckter Brandherde bei Schweißarbeiten sind nicht selten. Ladungsbrände entstehen ebenfalls häufig durch Selbstentzündung, speziell nach Reisen von längerer Dauer. Insbesondere solche Ladungsgüter neigen zur Selbstentzündung, die aus pflanzlichen Faserstoffen wie Baumwolle, Jute, Hanf und Flachs oder aus ölhaltigen Stoffen wie Kopra, Palmkernen und Sojabohnen bestehen und deren Verpackungsmaterial aus Pflanzenfasergewebe besteht.

Zwar werden in der Schifffahrt ausnahmslos Treiböle mit hohem Flammpunkt verwendet, wodurch

direkt keine Brandgefahr gefolgt werden kann, doch wenn aus undichten Leitungen Treiböl auf heiße Abgasleitungen trifft, kann es auch hier zu Entzündungen kommen.

Schwierige Brandbekämpfung

Brandgefahr besteht auch immer während des Ladens und Löschens im Hafen, insbesondere wenn es sich um brennbare flüssige Ladungen handelt. Umfangreiche Sicherheitsvorschriften der Seeschiffahrtsstraßenordnung müssen darum beim Umschlag von brennbaren Flüssigkeiten im Bereich der deutschen Flüsse und Küstengewässer beachtet werden.

Weil die Bekämpfung von Bränden an Bord so schwierig ist und alle Brände, die über die Größe eines Entstehungsbrandes hinausgewachsen sind, schnell große Ausmaße annehmen und oft zum Verlust des Schiffes und seiner Ladung führen, spielt der vorbeugende und abwehrende Brandschutz auf Schiffen eine große Rolle. Ist erst einmal der Punkt überschritten, an dem ein Einsatz mit Bordmitteln keinen Erfolg mehr verspricht, muß schnellstens Hilfe von außen kommen.



Das Steuerhaus ist einschließlich der beiden Monitore zum Zweck eines besseren Überblicks bis zu einer Höhe von 8,50 m über Wasserlinie hydraulisch ausfahrbar, kann aber auch unter die Kanalbrückenhöhe von maximal 4,40 m abgesenkt werden. Jede Zwischenstellung ist beliebig einstellbar.

Löschboote zur Unterstützung der Feuerwehr

Bei der Brandbekämpfung auf Binnenschiffen in Häfen, Werften und an Liegeplätzen stehen die von der Landseite anrückenden Einsatzkräfte der Feuerwehr vor dem Problem, das feuertechnische Gerät an Bord des Schiffes zu bringen. Oft ist das Schiff nur über eine schmale Planke oder mit Hilfe eines Bootes zu erreichen. Es kann auch vorkommen, daß

das Schiff soweit von Land ab liegt, daß die Wurfweiten der Strahlrohre oder Monitore nicht mehr ausreichen, um einen Brand von Land aus erfolgreich bekämpfen zu können. Darum gibt es in vielen Häfen Feuerlöschboote, die speziell für den vielseitigen Einsatz in Häfen konzipiert sind. Neben der Bekämpfung von Schiffsbränden und Bränden im Hafengebiet gibt es für ein solches Boot noch mannigfache andere Aufgaben, wie z. B.: die Unter-

stützung der Wasserversorgung bei Bränden an Land, Hilfeleistung bei Schiffsunfällen, die Rettung Ertrinkender, der Schutz anderer mit besonderen Aufgaben betrauter Fahrzeuge, das Sichern auslaufender brennbarer Flüssigkeiten sowie der Schutz des Personals während der Erfüllung dieser Aufgaben.

Neue Konstruktionsideen

Der Fortschritt auf dem Gebiet der Schifffahrt, aber auch die sich wandelnde Art der zu transportierenden Güter zwingt die Hafencities zur entsprechenden Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Erwerb eines neuen Feuerlöschbootes durch die Stadt Duisburg. Gegenüber dem ebenfalls von einer Werft in Mainz-Mombach schon früher für die Stadt Duisburg gelieferten Feuerlöschboot kamen bei diesem neuen Fahrzeug wesentlich andere Konstruktionsideen zur Ausführung.

Diesmal wurde besonderer Wert gelegt auf die Durchführung technischer Hilfeleistungen, die Beseitigung brennbarer Flüssigkeiten von der Wasseroberfläche und die Automatisierung der Bedienung.

So besitzt das neue Boot einen stufenlos steuerbaren Hydraulikkran, der bis 18 m Ausladung ausgefahren werden kann. Zur Entfernung von wassergefährdenden Stoffen von der Wasseroberfläche ist ein Absaugegerät an Bord, eine Spezialkonstruktion, die sich schon tausendfach in der ganzen Welt bewährt hat und auf derselben Werft gebaut wurde. Die maximale Löschwasserleistung beträgt 15 000 l/min. bei 100 m Wurfweite.



Die maximale Lenzleistung beträgt 40 000 l/min. Bei einer Fahrgeschwindigkeit von 6 km/Std. kann ein Schaumteppich von 50 m Breite und 100 mm Höhe erzeugt werden. Mit der nötigen Reserve ist deshalb die Mittelschaumanlage für eine Leistung von 800 cbm/min. ausgelegt. Um das Einfahren in brennende Flächen zu ermöglichen, befinden sich rings um das Boot Sprühdosen, die eine Wasserwand zwischen Flamme und Boot legen. Für Löschwasser sind drei Monitore vorgesehen, zwei auf dem Steuerhaus und einer auf dem Achterdeck. Mit den gleichen Monitoren können je Minute 225 000 l Schwertschaum über 60 m Entfernung geworfen werden.

Guter Überblick

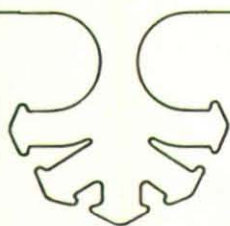
Da das Boot sowohl auf dem freien Rhein als auch in Kanälen einsetzbar sein muß, wurde des besseren Überblicks halber der Steuerstuhl heb- und senk-

bar eingerichtet. Das Steuerhaus ist einschließlich der beiden Monitore bis zu einer Höhe von 8,50 m über Wasserlinie hydraulisch ausfahrbar, kann jedoch andererseits unter die Kanalbrückenhöhe von maximal 4,40 m abgesenkt werden. Jede Zwischenstellung ist beliebig einstellbar.

Die Länge des Bootes beträgt 31,25 m, die Breite 7,50 m. Die beiden Antriebsmotoren haben je 350 PS, die drei Pumpenmotoren haben je 230 PS. Besonders erwähnenswert ist ein Aluminium-Beiboot mit eigenem Wasserstrahlantrieb, das sich innerhalb des Feuerlöschbootes befindet und über eine Rollbahn achtern während der Fahrt ausgesetzt werden kann. Es dient als schnelles Vorausfahrzeug bei allen Einsätzen des Feuerlöschbootes, bei Bedarf zum Nachschub für Mannschaft und Material, zur Rettung Ertrinkender sowie in dringenden Fällen zum Krankentransport. Außerdem ist es mit einer Schlingelanlage ausgestattet, mit deren Hilfe

Auf einer Werft in Mainz-Mombach wurde dieses neue Feuerlöschboot für die Stadt Duisburg gebaut, bei dem ganz neue Konstruktionsideen verwirklicht werden konnten. Unser Bild zeigt das Boot, an dessen Kran ein Absauggerät für wassergefährdende Stoffe von der Wasseroberfläche hängt.

ausgelaufenes Öl eingekreist wird zwecks späterer Entfernung durch das an Bord des großen Bootes befindliche Ölabsaugegerät. Auch dieses Beiboot hat eine minimale Feuerlösch-einrichtung sowie Schaummittel an Bord. Es ist durch Funk mit dem Mutterschiff verbunden. Ein bis zu zehn Metern Höhe hydraulisch ausfahrbarer Lichtmast, Radar, Funk, Echolot und noch viele andere Dinge vervollständigen die Ausstattung des neuen Feuerlöschbootes.



Presseschau DES INLANDS

Ist die Energieversorgung gefährdet?

Weitere, verschärfte Umweltschutzmaßnahmen würden die Stromversorgung Nordrhein-Westfalens ernsthaft gefährden. Dies behaupten die Vertreter der Elektrizitätswirtschaft dieses Landes, die damit gegen die von Minister Figgen beabsichtigte Verschärfung der Bestimmungen zur Reinerhaltung der Luft bei Kraftwerken Front machen. Ministerpräsident Kühn ist für eine sachliche und nüchterne Beurteilung eingetreten.

Von 217 Kraftwerken, die in den sechziger Jahren als verbesserungsbedürftig gemeldet wurden, haben bis jetzt alle ihre Auflagen erfüllt. Neun Großanlagen aber tragen noch weiterhin zur Luftverschmutzung bei. Inzwischen erstellte medizinische Gutachten, die davon ausgehen, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen noch erweitert werden müßten, sind die Ursache für einen neuen Plan Minister Figgens, der eine totale Rauchgasentschwefelung garantieren soll. Danach, so Figgen, könnten auf die Dauer nur mehr Kraftwerke zugelassen werden, die dieser Auflage entsprechen. Die Kraftwerke dagegen behaupten, nicht dazu in der Lage zu sein, Milliardenbeträge zu investieren, um den erwünschten Grad der Luftqualität zu erreichen. (Neue Rheinzeitung, Essen)

Heuschrecken- Katastrophe droht

Eine Katastrophe wahrhaft biblischen Ausmaßes bahnt sich für siebzig Staaten der Erde — in ihnen wohnt ein Fünftel der Weltbevölkerung — an. Es droht ihnen eine der größten Heuschreckenplagen dieses Jahr-

hunderts. Die Brutgebiete der Insekten liegen in Ländern, in denen es aus religiösen oder aus politischen Gründen einfach nicht möglich ist, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen.

Der Alarm kam aus Beirut, die Nahost-Vertreter der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen — FAO — verkündeten „Gefahrenstufe I“. In Saudi-Arabien waren bereits Ende Februar 23 große Heuschreckenschwärme gesichtet worden; dabei schlüpfte die Masse der Brut erst im März und April. Mit einem Schadensvolumen von 60 bis 80 Milliarden DM liegt eine Heuschreckenplage noch vor Erdbeben, Wirbelstürmen und Überschwemmungen in der Skala der Naturkatastrophen. Bekämpft werden kann sie nur in den ersten 6 Wochen nach dem Ausschlüpfen der Brut, fliegen die Tiere erst einmal, ist eine Gegenmaßnahme so gut wie aussichtslos. Im Ursprungsland, in Saudi-Arabien, ist zum günstigsten Zeitpunkt der Bekämpfung Fastenzeit — niemand arbeitet dann; zudem gibt es dort kaum Landwirtschaft, man ist also an einer Bekämpfung der Heuschrecken nicht interessiert; Sprühflugzeuge wurden aus politischen Gründen zurückgewiesen, sie kamen aus dem Iran. (Stern, Hamburg)

Schutzbunker sollen bleiben

Bei Überlegungen, Schutzbunker aus dem letzten Kriege baulich zu verändern oder sie einem anderen Verwendungszweck zuzuführen, muß immer noch das bestehende Veränderungsverbot berücksichtigt werden. Zudem müßte bei einer solchen Planung nach modernen baulichen Gesichtspunkten auch beachtet werden, daß für jedes einzelne Objekt eine kostensteigernde Bearbeitung eintritt, weil die Bauwerke nicht einheitlich ausgeführt wurden.

Der Vorschlag der Stadträtin Hoegner, die städtischen und staatlichen Luftschutzbunker in München zu umbauen, um sie für andere Zwecke zu verwenden, hat kaum Aussicht auf Erfolg.

Das Baureferat bezeichnet die Vorschläge als unrealistisch, weil nach

dem Luftschutzgesetz ein Veränderungsverbot besteht; die Schutzbauten dürfen durch keine Baumaßnahmen in ihrem Schutzwert gemindert und ebenso nicht deren Instandsetzung erschwert werden. Bei jeder geplanten Umbauung muß man eine Reihe von Voraussetzungen berücksichtigen: Schaffung eines trümmersicheren Zuganges, Möglichkeit einer direkten Belüftung und Platz für die Abteufung eines Brunnens. Weil alle diese Kosten vom Bauherren getragen werden müssen, werden die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Umbauten negativ belastet.

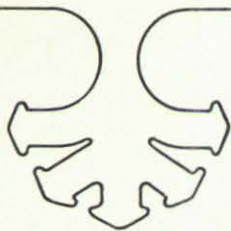
(Süddeutsche Zeitung, München)

Bessere Unterkünfte schaffen

Der Bundestagsabgeordnete Möller, Lübeck, hat im Parlament als Berichterstatter das unzureichend gelöste Problem der Unterkünfte der Helfer im Katastrophenschutzdienst angeschnitten und gefordert, daß der Mittelansatz für den Neu- und Ausbau von Unterkunftsräumen für freiwillige Helfer des THW um 33 Prozent erhöht werden müsse.

„Besondere Aufmerksamkeit haben bei der Haushaltsfestsetzung jene Maßnahmen gefunden, die ihre Auswirkungen . . . auch im Katastrophenschutzdienst erfahren und . . . dazu geeignet sind, den vielen freiwilligen Helfern . . . ihren Dienst . . . wenigstens etwas leichter zu gestalten. Zumal, wenn man draußen feststellen muß, daß diese freiwilligen Helfer . . . zum Teil in Unterkünften hausen, die man . . . fast als Hühnerstall bezeichnen muß, war es nur folgerichtig, daß dieser Zustand durch die Bewilligung der zusätzlichen Mittel . . . langsam wird behoben werden können. . . . leider war es dem Haushaltsausschuß nicht möglich, im Bereich der zivilen Verteidigung die angestrebte Relation zu den Mitteln der militärischen Verteidigung herzustellen. Ja, wir mußten auf Grund der augenblicklichen Haushaltslage sogar eine weitere Verschlechterung der Situation hinnehmen.“

(Das Parlament, Bonn)



PRESSESCHAU DES AUSLANDS

Sorgen um das Zivilschutzbudget

Die Presse

Die zuständige Abteilung im österreichischen Innenministerium betrachtet ihr Budget für die staatlichen Zivilschutzmaßnahmen mit tiefer Besorgnis. Nur 5,3 Mio Schilling stehen zur Verfügung, ein Betrag, der allerdings zunächst einmal auf dem Papier steht; 15 Prozent Budgetbindung sind davon noch abzuziehen.

Wenn auch in Friedenszeiten niemand an die Möglichkeiten eines Krieges denken mag, so darf doch die Bedeutung des Zivilschutzes für den Fall eintretender Katastrophen nicht verkannt werden. Gewiß, die Bundesländer sind initiativ; Niederösterreich setzte beispielsweise mit der Verabschiedung des Katastrophenhilfsdienstgesetzes, welches auch den Verteidigungsfall einbezieht, gewissermaßen einen Parademodellfall. Trotz aller Bemühungen in den Bundesländern scheint eine zentrale Leitungsstelle unerlässlich zu sein; doch ob es dazu kommen wird? Wien begnügt sich mit Richtlinien; in der Bundeshauptstadt werden nicht einmal die Möglichkeiten, die der U-Bahnbau bietet, genutzt, um Schutzräume für die Bevölkerung zu schaffen. Da bietet das Ausland allerdings einige nachahmenswerte Beispiele — so etwa in Rotterdam, wo die Stadt 5 Prozent der Baukosten der U-Bahn zulegt und dafür Rettungsbunker für Tausende schaffen läßt. (Wien, 14. März 1973)

Zivilschutz im Bürgerkrieg

The JOURNAL

OF THE INSTITUTE OF CIVIL DEFENCE

Die nordirische Regierung hat gemeinsam mit verschiedenen Hilfs-

organisationen eine Hilfskette für die Einsätze in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten aufgebaut. Am Beispiel Belfast wird die Arbeitsweise dieser Organisation, die sich hier „Community Relations Commission“ nennt und durch die Stadtverwaltung und das Nordirische Amt für Soziale Dienste unterstützt wird, verdeutlicht. Die Kommission ist eine teilunabhängige Körperschaft und arbeitet vorzugsweise mit Freiwilligen. Ihre Hauptaufgabe lag in der Unterbringung von Personen, die ihre Unterkünfte aus den verschiedensten Gründen verlassen mußten. Die freiwilligen Mannschaften waren rund um die Uhr im Einsatz; es waren etwa 24 Hilfszentren eingerichtet worden.

Diese Hilfszentren versuchten, die ersten, dringendsten Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerungskreise — Unterbringung, Erste Hilfe, Verpflegung — zu decken. Maßgeblich in die Arbeit der Hilfszentren war auch das „Housing Committee“ (Unterbringungskomitee) einbezogen, welches die Belegung leerstehender Häuser, die Instandsetzung beschädigter Häuser und die Legalisierung der Miet- und Pachtverhältnisse in Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern regelte. Auch das Britische Rote Kreuz, das Stadtamt für soziale Wohlfahrt, die Bürgerberatungsstelle, die Johanniter, die Malteser und die Heilsarmee beteiligten sich an den Hilfsarbeiten. (London, Vol. XXXIV, Nr. 4)

Höhere Entschädigung für Hausfrauen

Schweizerischer Bund für Zivilschutz

Presse- und Informationsdienst
Dem schweizerischen Bundesrat ist eine Gesetzesvorlage zugeleitet worden, die einen besseren Erwerbsersatz für Hausfrauen vorsieht. Nach der geltenden Erwerbsersatzordnung haben dienstpflichtige Ehefrauen keinen Anspruch auf eine Haushaltsentschädigung. Wenn sie nur den eigenen Haushalt der Familie versorgen, gelten sie als „nicht berufstätig“ und erhalten nur eine Mindest-Entschädigung von 4,80 Franken je Tag. Damit kann jedoch weder eine Haushaltshilfe als Ersatz, noch eine auswärtige Verpflegung der Familienmitglieder finanziert werden. Eine Rekrutierung von Frauen für Zivilschutzaufgaben und ihre Ausbildung in Kursen wird aber durch diese bestehende Regelung

sehr erschwert.

Auf Antrag von Nationalrätin Blunschy-Steiner soll der Bundesrat nun die Entschädigung für wehr- und zivilschutzpflichtige Frauen verbessern.

Es ist zu begrüßen, daß hier ein Mitglied der Volkskammer die Initiative ergreift — ihr Antrag wird von 24 weiteren Nationalräten unterstützt —, um durch eine gerechtere Erwerbsersatzordnung den weiteren Ausbau des Zivilschutzes zu unterstützen und zu fördern. (Bern, 20. Juli 1973)

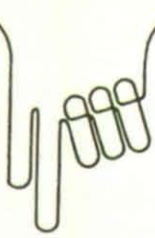
Katastrophen- Rettungseinheiten



LE BULLETIN
REVUE TRIMESTRIELLE
DE
PROTECTION CIVILE

Der französische Innenminister hat durch einen besonderen Erlaß die Ausbildung der Mitglieder der Katastrophen-Rettungseinheiten neu geregelt. Es wird künftig nach drei Ausbildungsstufen unterschieden: Gruppe 1 — die Sanitätshelfer im Rettungseinsatz; Gruppe 2 — die Gruppenführer der Katastrophen-Rettungseinheiten; Gruppe 3 — die Sektionschefs. Für die Angehörigen der Gruppe 1 bleibt es bei der bisherigen Ausbildungs-Regelung.

Für die künftigen Gruppenführer ist zunächst ein ärztliches Attest für alle erforderlich, die über 40 Jahre alt sind. Außerdem muß der Kandidat nach einem gegebenen Punktesystem mindestens 56 — 60 Punkte erreichen. Die Prüfung besteht aus einem theoretischen Teil, in dem 10 Fragen beantwortet werden müssen, und einem praktischen Teil, der Gelände-einsätze und Kommando-Aufgaben umfaßt. Jede einzelne Übung der Prüfung wird mit einer Punktzahl zwischen 0 und 20 bewertet. Die angehenden Sektionschefs müssen Fragen aus zwei verschiedenen Komplexen beantworten: Die erste Frage betrifft ein Problem der Rettung, sie ist schriftlich zu beantworten; die zweite Frage wird aus dem Bereich der speziellen Verantwortung des Sektionschefs gewählt, dazu muß im Gelände eine von den Kandidaten selbst erarbeitete Übungssituation bewältigt werden. In einem besonderen Anhang hat der Minister die genaue Unterrichtseinteilung festgelegt. (Paris, Nr. 61)



ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Stern
Hamburg, Nr. 6/1973

Ein Land vergiftet sich

Das ist ein krasses Beispiel einer realen Umwelt-Katastrophe, aufgezeigt am Alltag einer Weltstadt, keine Kurzfassung eines utopischen Romans; was der Stern abdruckt, ist tatsächliches Geschehen aus dem Tokio von heute. Wer diesen Beitrag liest, muß sehr nachdenklich werden, weil sich die Frage stellt, wie man die Geister wieder los wird, die mit der Über-Industrialisierung um jeden Preis gerufen wurden.

Immerhin erlebt Japan nicht nur die gefährlichste Umweltverschmutzung in Tokio, es bahnt sich inzwischen eine dritte „Quecksilber-Vergiftungswelle als Zeitzünder“ an. Im Stadtgebiet Tokios stehen über 2000 Meßtafeln, die jederzeit vor der Luftverschmutzung warnen.

Japanische Wissenschaftler sagen es sehr deutlich: „Unser Beispiel sollte der ganzen Welt eine Warnung sein.“ Man befürchtet, daß das Tragen von Gasmasken für die japanische Bevölkerung eines Tages makabre Wirklichkeit werden könne; wenn ein Leben überhaupt noch möglich ist.

Der Giftschock von Tokio hat jetzt die Behörden gezwungen, endlich den Kampf gegen die Umweltverschmutzung aufzunehmen.

Zivilschutz
Bern, Nr. 4/1973

Das israelische Zivilverteidigungskorps HAGA

Nach der Einführung des Luftschutzdienstes „HAGA“ in Israel im Mai 1948 verabschiedete die Knesset im Jahre 1951 ein Gesetz über die rechtliche Stellung des Zivilschutzkorps. 1964 wurde dieses Gesetz ergänzt.

Die schweizerische Zivilschutz-Fachzeitschrift hat eine Studienreise

von Angehörigen des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz nach Israel zum Anlaß genommen, in aller Ausführlichkeit über den israelischen Luftschutz — und hier speziell über die HAGA — zu berichten.

Die israelische Zivilverteidigung umfaßt alle Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Angriffsfahrten und gegen Angriffe sowie zur Minderung der Angriffsfolgen unter „Ausschluß der Verwendung eigener Kampfmittel“.

Eine lückenlose Aufzählung der verschiedenen Gliederungen und Organisationsformen, der Fragen der Finanzierung und der Ausbildungsmaßnahmen leitet über zu den Spezialaufgaben.

Die HAGA wird auch bei Naturkatastrophen eingesetzt; Evakuierungs- und Betreuungsaufgaben werden ebenfalls von ihr durchgeführt. Die HAGA ist der Armee unterstellt.

Civiltforsvars Bladet
Kopenhagen, Nr. 1/1973

Kommunale Aufgaben für den Zivilschutz

Um den im Frieden nicht voll ausgelasteten Zivilschutz trotzdem in seiner Substanz zu erhalten, werden in Dänemark teilweise neue Wege beschritten. Hauptziel dieser Aktionen ist es, Aufgaben für den Zivilschutz zu schaffen, die dieser im Frieden wahrnehmen soll.

Zivilschutzleiter E. Klöve, Viborg, veröffentlicht seine Vorstellungen zu diesem Problem in der dänischen Zivilschutz-Fachzeitschrift. Seiner Meinung nach sollte der Zivilschutz kein 8- bis 16-Stunden-Job sein, sondern eine Tätigkeit rund um die Uhr. Er solle Aufgaben lösen, die andere nicht oder doch nur mit kostspieligen Mitteln, lösen könnten. Dazu seien die verfügbaren Mittel des Zivilschutzes zweckmäßig einzusetzen. In Viborg wurde der Versuch unternommen, durch eine enge Zusammenarbeit mit der Feuerwehr die Voraussetzungen für einen Zivilschutz zu schaffen, welcher der Bevölkerung im Alltag nützen kann.

Durch eine Reihe von Beispielen zeigt Klöve auf, wie er sich eine solche Zusammenarbeit vorstellt, die im Falle Viborg sogar zu einer vollständigen Koordinierung der beiden Organisationen geführt hat. Die Zusammenarbeit geht von der Unterstützung der Polizei über vielerlei Möglichkeiten bis zur Lösung

von Umweltschutz-Aufgaben. Zumindest hat man, so Klöve, einen wirksameren Zivilschutz und eine wirksamere Feuerwehr erhalten.

Väestönsuojelulehti
Helsinki, Nr. 6/1972

Chemische und biologische Waffen

Der Schutz der Bevölkerung sei erheblich ins Hintertreffen geraten, das ist die Schlußfolgerung, die das finnische Zivilschutz-Fachblatt aus einer Veröffentlichung zieht, die sich mit einem Seminar des Helsinkier Unesco-Komitees befaßt. Im Rahmen dieses Seminars wurde über die angestrebte Abrüstung der chemischen und biologischen Waffen gesprochen. Dr. Toivo Korosuo referierte über die modernen chemischen Waffen. Botschafter Ilkka Pastinen erläuterte die derzeitige Situation bei den Abrüstungsverhandlungen.

Der Beitrag zeigt auf, in wie vielfältiger Weise — über die seit dem ersten Weltkriege bekannten chemischen Kampfmittel hinaus — die Entwicklung fortgeschritten ist. Es ist durchaus richtig, der chemischen Kriegführung eine strategische Rolle zuzuschreiben. Die eigentliche Gefahr — das wird klar herausgestellt — liegt darin, daß sich auch „arme Staaten“ ein umfangreiches Arsenal chemischer und biologischer Waffen zulegen könnten. Mit einer Aufzählung der wichtigsten Stoffe und ihrer Wirkungen wird der Beitrag ergänzt und vervollständigt.

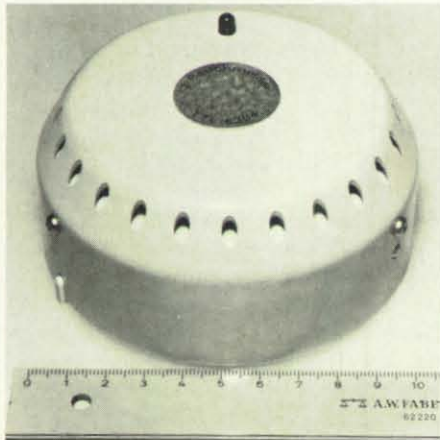
(Stuttgarter Zeitung)

Gemeinschaftskundeunterricht

Die Befürchtungen, die Landesregierungen würden bei ihren Erlassen über die Themen, die zum Gemeinschaftskunde-Unterricht zählen, dem sogenannten Wehrkunde-Unterricht einen Vorrang einräumen, sind zumindest in Niedersachsen unbegründet. Dem seit Juni 1971 vorliegenden Entwurf war eine diesbezügliche Tendenz nachgesagt worden.

Das Kultusministerium betont, bei diesem Entwurf handele es sich nicht um einen Wehrkundeerlaß; dieser vordergründige, der Technik und der Ideologie der Verteidigung entlehnte Begriff umfasse gerade das nicht, was der Entwurf darstellen solle.

WISSENSCHAFT UND TECHNIK



3-Bereichs- Ionisations-Rauchmelder

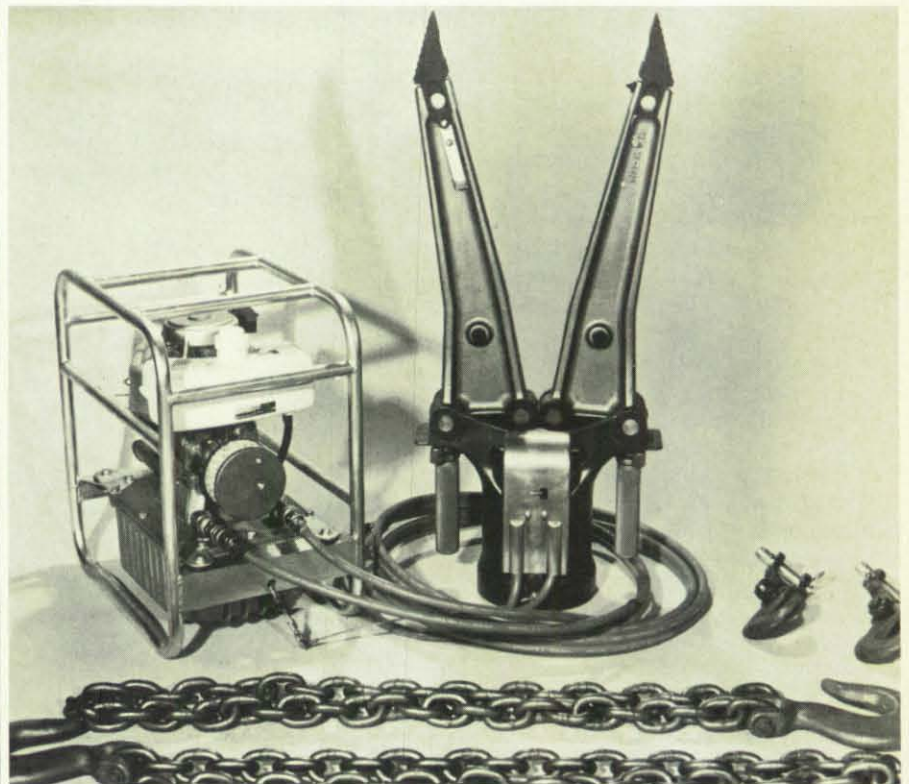
Auf der ACHEMA, der Ausstellung chemischer Apparate in Frankfurt/Main, wurde eine neuartige, zum Patent angemeldete Ausführung eines Melders gezeigt, der sowohl auf Rauch als auch auf Verbrennungsgase anspricht. Das Gerät arbeitet mit einem sehr schwachen radioaktiven Präparat, das so schwach ist, daß die Anwender dieses Rauchmelders vom Arbeits- und Sozialministerium von der Anzeigepflicht gem. § 18 der Strahlenschutzverordnung befreit werden konnten.

Aufgrund einer im Melder an gut sichtbarer Stelle angeordneten Leuchtdiode, die in kurzen Abständen aufblitzt, ist eine routinemäßige Überprüfung der Funktionstüchtigkeit des Melders auch aus größerer Entfernung möglich, so daß der Melder nicht mit Rauch überprüft werden muß. Seine Empfindlichkeit läßt sich innerhalb der vom Verband der Sachversicherer zugelassenen Toleranzen in drei Stufen einstellen. Damit ist eine optimale Anpassung für den jeweiligen Einsatzfall gegeben. Ein Stecksockel ermöglicht jederzeitiges Auswechseln und gestattet den Austausch gegen andere Melder aus dem Programm des Herstellers und somit eine Anpassung der Meldeanlage an veränderte Umweltbedingungen.

Vielseitig verwendbare Rettungsschere

Bei Unfällen mit Kraftfahrzeugen, Eisenbahnen, Straßenbahnen und Flugzeugen haben die Einsatzkräfte oft große Schwierigkeiten, die in den Trümmern eingeklemmten Opfer schnell und gefahrlos zu bergen. Dabei wären gerade bei einer schnellen Bergung und Behandlung sowie bei umgehendem Transport zum Krankenhaus noch manche Verletzte zu retten. Schwierigkeiten bei dem Versuch, an die eingeklemmten Opfer heranzukommen und sie zu befreien, machen zumeist die sperrigen Trümmer aus Holz und Metall, die nur mechanisch, aber auf keinen Fall von Hand beseitigt werden können. Ausgelaufener Kraftstoff und andere feuergefährliche Materialien machen manchmal den Gebrauch von Schweißgeräten und

Europa zu haben. Es ist eine Rettungsschere, aus Titanium geschmiedet, und 25 kg schwer. Die hydraulisch angetriebene Schere mit ihren ca. 85 cm langen Armen spaltet, reißt auf, drückt in- und auseinander mit einer maximalen Kraft von über 4500 kg. Die Schere ist über einen vier Meter langen Hochdruckschlauch mit einem 220-Volt-Elektromotor oder einem 5-PS-Zweitaktmotor verbunden. Eine Zweikreispumpe erzeugt einen Öldruck von etwa 500 atü, der über ein Steuerventil auf 300 atü reduziert wird. Zwei Ketten und auswechselbare Arbeitsplatten erweitern die Anwendungsmöglichkeiten. Die Scherenarme können unter vollem Druck innerhalb von 40 Sekunden eine Öffnung von 85 cm machen. Die Schere bricht die Türscharniere

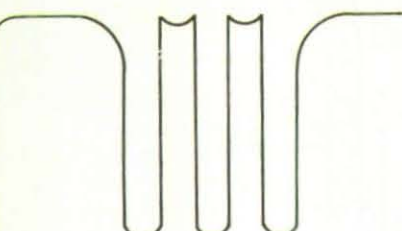


von Sägen oder Schleifgeräten, die beim Gebrauch Funken bilden, unmöglich. Aber auch ohne die feuergefährlichen Kraftstoffe sind diese Geräte dann nicht anwendbar, wenn durch den Funkenflug die eingeklemmten in Mitleidenschaft gezogen würden.

Ein Gerät, das diese Nachteile nicht hat, ist in den Vereinigten Staaten in achtjähriger Forschungsarbeit entwickelt worden und nun auch in

verunglückter Fahrzeuge in wenigen Sekunden auf. Ist ein Unfallopfer unter der Lenksäule eingeklemmt, werden unter Zuhilfenahme der Ketten und Haken die Lenksäule und das Lenkrad wieder hochgezogen. Man kann damit auch Schiebetüren, Aufzugstüren und andere verklemmte, sonst nicht zu öffnende Eingänge öffnen. Die ganze Rettungseinheit läßt sich in einem Kofferraum unterbringen.

H. F.



neue BÜCHER

Praktische Hauskrankenpflege

Von **Dr. med. Erwin R. Birke**
Schlütersche Verlagsanstalt und
Druckerei, Hannover
DM 7,20

In der 6. Auflage erscheint das vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit empfohlene Lehrbuch. Der Verfasser, ein erfahrener Praktiker auf dem Gebiet der Krankenpflege, gibt einen eingehenden Überblick über alle Vorkehrungen bei einem Krankheitsfall, der in der häuslichen Pflege betreut wird.

Alle im Hause möglichen Behandlungsverfahren werden eingehend beschrieben — zur Verhütung von Ansteckungen werden Hinweise zur Durchführung einer wirksamen Desinfektion gegeben. Schwierigeren Pflegefällen, etwa schwerkranken oder gebrechlichen Personen, ist ein besonderes Kapitel des Buches gewidmet. Das Buch will kein „Doktorbuch“ sein, in dem man sich die Symptome der Krankheit herausuchen kann, die man befürchtet; die Tätigkeit des Arztes wird davon nicht berührt. Doch ist sicher, daß eine sachgemäße Ausführung ärztlicher Anordnungen und eine richtige Betreuung im Hause sehr viel zu einer Gesundung des Patienten beiträgt.

Umwelt-Report

Herausgegeben von
Hermann Schultze
Umschau Verlag, Frankfurt/Main
DM 28,—

Wenn Biologen, Physiker, Chemiker, Ärzte, Soziologen, Techniker und viele andere in diesem Report eines der aktuellsten Gegenwartsprobleme jeweils aus ihrer Sicht darstellen, muß sich für den Leser ein unmittelbarer Zugang zu diesem Problem in seiner Gesamtheit ergeben. Wenn er in der Presse täglich von katastrophalen Auswirkungen der Umwelt-

verseuchung lesen kann, dann gehen ihm diese Dinge unter die Haut, denn morgen könnte er der Betroffene sein.

Das Buch zeigt Gefahren auf, die man bereits erkannt hat und an deren Beseitigung man arbeitet; es will bei der Erkennung und der Beseitigung von Notständen helfen und appelliert an jeden, ebenfalls mitzuhelfen.

Die Autoren der einzelnen Beiträge schreiben eine unmißverständliche Sprache. In der Einführung schreibt Staatssekretär Dr. Hartkopf, BMI, über die wirtschaftlichen Aspekte der Umweltpolitik.

Realistische Unfalldarstellung

Eine alte Kunst auf neuen Wegen.
Von **Michael Körner.**

Ärztliche Leitung und Beratung:
Dr. med. W. Stoeckel, Dr. med. H. Gerlach.

Zu beziehen bei: **Fa. W. Soehngen,**
6204 Taunusstein; **Zentrale**
Beschaffungsstelle Süd des DRK,
8 München

Die Arbeitsgrundlagen für die Darstellung künstlicher Wunden und Verletzungszustände sowie eine genaue Anleitung über das mimische Verhalten geschminkter „Verletzter“ geben heute die Möglichkeit, den Unterricht in der Ersten Hilfe durch realistische Unfalldarstellungen maßgeblich zu unterstützen. Denn wer Verletzten mit Erfolg helfen soll, muß wissen, wie Wunden aussehen und wie Verletzte äußerlich und innerlich auf ihren Zustand reagieren. Man sollte also dem Helfer schon bei der Ausbildung, aber auch später, immer wieder die Gelegenheit geben, „Verletzten“ zu begegnen. Da es verständlicherweise nicht möglich ist, wirkliche Verletzte als Übungsobjekt zu verwenden, war man schon immer bemüht, blutende Wunden, Verletzte sowie das ganze Unfallgeschehen künstlich nachzuahmen und als Übungsobjekt anzubieten. Dazu ist einmal ein hierzu besonders entwickelter Schminkkasten erforderlich, mit dessen Material echt aussehende Verletzungen geschminkt werden können; zum anderen benötigt man diese Arbeitsmappe für die Unfalldarstellung. Sie enthält 70 farbige Abbildungen von Verletzungen und 10 Darstellungen von Unfallsituationen mit den dazugehörigen Texten. Ferner bietet sie eine ausführliche Anleitung für das verletzungsgerechte Mimen.

Gnom Europa

Notruf — Telefonnummern —
Verzeichnis

Entwickelt von der **Wilhelm Soehngen GmbH,** 6204 Taunusstein-Wehen,
DIN A 6, 22 Seiten, DM 0,50

Das europäische Notruf-Telefonnummern-Verzeichnis, das nach den in der Mythologie und in Sagen vorkommenden Zwergen und Erdgeistern „Gnom“ genannt wurde, enthält, alphabetisch nach Nationalitätskennzeichen geordnet, wichtige Notruf-Nummern und Anschriften. Das Verzeichnis gibt darüber hinaus die Anschriften und Telefonnummern von Informations- und Behandlungszentren bei Vergiftungen an, sowie von Luftrettungsdiensten und ausländischen Automobilclubs, die deutschen Verbänden gleichzusetzen sind und ebenfalls Rat und Hilfe erteilen. Das kleine Heft im Taschenformat kann für den Benutzer eine große Hilfe sein, wenn es in Notfällen darum geht, keine Zeit zu verlieren. Da die Entwicklung der Notfall-Rettungsdienste aller Länder stets in Fluß ist, hat der Herausgeber für später Neuauflagen vorgesehen.

Taschenbuch Unfallstatistik

Das Unfallgeschehen in Zahlen und
Schaubildern,

Zusammengestellt von **Dr.-Ing.**
P. Mehlem,

Erich Schmidt Verlag, Berlin,
DM 9,60

Das erstmals erschienene „Taschenbuch Unfallstatistik“, das auch in den nächsten Jahren vorgelegt werden soll, wendet sich an alle Organisationen und Personengruppen, die sich mit Problemen der Unfallverhütung befassen. Insbesondere sollen Sicherheitsingenieure und Sicherheitsbeauftragte schnell und ausführlich über Stand und Entwicklung des Unfallgeschehens im Arbeitsbereich informiert werden. Das Zahlenmaterial ist den „Hauptergebnissen der Arbeits- und Sozialstatistik“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung entnommen und durch weitere Daten ergänzt worden. Übersichtliche Tabellen und Diagramme geben Auskunft über Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten in der Bundesrepublik seit 1949.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Beim

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist in der Bundeshauptstelle in Köln 41, Eupener Str. 74, die Stelle eines(r)

Mitarbeiters(in) für die Öffentlichkeitsarbeit

zu besetzen.

Gesucht wird ein kontaktfreudiger, journalistisch erfahrener und redegewandter Mitarbeiter mit einer guten Allgemeinbildung (möglichst Hochschulabschluß). Vorkenntnisse auf dem Gebiet des Zivilschutzes sind wünschenswert, aber nicht Voraussetzung. Die Aufgaben sind Ausbau und fachliche Betreuung eines Redner-Dienstes, d. h. Erarbeitung fachlicher Grundlagen für einige hundert Redner, Versorgung der Redner mit aktuellen Informationen und Mitwirkung bei ihrer Aus- und Weiterbildung.

Geboten werden Vergütung nach Vergütungsgruppe IIa BAT, die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen, Trennungsgeld und Umzugskosten sowie Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 15. September 1973 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

— Bundeshauptstelle — 5 Köln 41, Eupener Straße 74, Telefon: 02 21 / 49 50 71 Apparat 3 45

Beim

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist ab 1. Januar 1974 die Stelle des

Leiters der BVS-Landesstelle Hamburg

zu besetzen:

Gesucht wird eine Persönlichkeit mit Führungseigenschaften, Durchsetzungsvermögen, Kontaktfreudigkeit und möglichst langjährigen Erfahrungen im Bundesverband für den Selbstschutz oder in anderen Zivilschutzorganisationen. Bewerber mit entsprechender Fachausbildung und Kenntnissen auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung werden bevorzugt.

Geboten werden Vergütung nach Verg.-Gr. IIa BAT, die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie Trennungsgeld und Umzugskosten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 30. September 1973 zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

— Bundeshauptstelle — 5 Köln 41, Eupener Straße 74. Personalbogen wird auf telefonische Anforderung übersandt — Telefon 02 21 / 49 50 71 Apparat 3 45 —

Persönliche Darlehen

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche Auskunft und Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Nettogehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG

5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon 73 65 29

unsere bitte:

helfen Sie mit, druckfehler zu vermeiden!

Ihr auftragsschreiben an uns ist — zur Vermeidung von Übertragungsfehlern — im allgemeinen gleichzeitig das Satz-Manuskript.

stellen Sie deshalb bitte den Anzeigentext deutlich heraus — möglichst maschinengeschrieben oder in Blockschrift.

besten dank und freundliche grüße

Ihr anzeigenteam



Tageszeitungen
Zeitschriften
Bücher
Vertrieb von
Massendrucksa-chen



Zeitschriftenvertrieb
über Computer
Der günstigste Weg
für den Verleger



Es geht auch ohne Motorkraft



Einheiten des Bergungs-, Instandsetzungs- oder Brandschutzdienstes, die auch für die Bekämpfung von Wassergefahren eingesetzt werden sollen, brauchen Helfer, die Wasserfahrzeuge ohne Motorkraft sicher beherrschen. Sie sollen in der Lage sein, Gewässer mit unterschiedlichen Strömungsverhältnissen

sowohl bei Tage als auch bei Dunkelheit zu überwinden und alle anfallenden Aufgaben, wie die Rettung von Personen aus Inseln, die Bergung von Sachwerten und Treibgut, auch unter erschwerten Bedingungen zu erfüllen. Dazu bedarf es einer sorgfältigen und eingehenden Ausbildung. Die Helfer erhalten diese in Sonder-



lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya. Hier gibt es an einem 5 1/2 km langen Teil der Weser einen idealen Wasserübungsplatz mit verschiedenen Stromverhältnissen, mit Schleusen und Sperrwerken und unterschiedlichen Stromgeschwindigkeiten. Besonders begünstigt ist dieser

Übungsplatz dadurch, daß es hier keinen Berufsschiffsverkehr gibt. Mehr über die Schulung von Helfern im Retten von Menschen und Bergen von Gütern aus Wassergefahren bringen wir in unserem Beitrag „Paddeln, staken, wriggeln, treideln“ im Innern dieser Ausgabe.

H. F.

